WOHIN GEHT NICARAGUA?...Seite 3

permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE!

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Nr. 31 / November 1979 / Preis: S 7,–

Freiheit für die im Prager Schauprozeß Verurteilten!

Nur zwei Tage genügten dem Gericht in Prag, um die „Schuld" der sechs Angeklagten festzustellen. Ihre „Schuld" wäre es, das „Ansehen der sozialistischen Behörden bei den Bürgern" und das „Ansehen der CSSR" zu untergraben! Nichts an diesem Prozeß war öffentlich. Freunde und Kampfgefährten der Angeklagten, ausländische Beobachter wurden mit der dummen und entlarvenden Begründung nicht zugelassen, daß der Saal zu „klein" wäre! Als ob das Interesse an diesem Prozeß nicht lange vor seiner Abwicklung feststand und als ob es in Prag keine größeren Gerichtssäle geben würde!

Die sechs Verurteilten gehören alle dem „Komitee zur Verteidigung von zu Unrecht Verfolgten" an und haben in vielen Fällen die Verletzung von Rechten politischer Gefangener aufgezeigt. Die Verurteilten gehören zu jenen, die sich dem ‚Normalisierungs-Regime' Husaks nicht beugten, die nicht wie hunderttausende andere nach dem Ende des „Prager Frühlings", in die unpolitische Existenz zurückkehrten.

Und gerade deshalb wurden sie nun in die Kerker der Bürokratie geworfen. Mit ihrer Verurteilung will die Bürokratie allen aktiven Oppositionellen und allen stillen Sympathisanten demonstrieren, daß jede Gegenwehr sinnlos ist. Die herrschende Bürokratie in der CSSR kann hunderte und tausende Male stur wiederholen, daß sie im „Namen der Arbeiterklasse" spricht und handelt – sie hat mit diesen Urteilen erneut bewiesen, daß ihre Geisteswelt und ihre Haltung die von heruntergekommenen Despoten ist!



Die Herrschenden in der CSSR wissen genau, daß die Opposition auf die stille Sympathie von hunderttausenden zählen kann, die gerade angesichts der jüngsten massiven Preiserhöhungen leicht zu einer aktiven Solidarität werden könnte. Dieser Gefahr wollte nun die Bürokratie mit dem Schauprozeß entgehen, in dem Menschen, die nichts anderes taten, als Unrecht beim Namen zu nennen, in den Kerker geworfen wurden!

Nicht Konterrevolutionäre standen vor Gericht, nicht „Agenten des Imperialismus" – wie es nun die KPÖ-‚Volksstimme', die an Verkommenheit den bürgerlichen Blättern wohl um nichts nachsteht, zu ‚beweisen' versucht – sondern Menschen, die im „Prager Frühling" nach ihrem besten Wissen und Gewissen an der positiven Veränderung der Gesellschaft arbeiteten.

Es gibt nicht einen einzigen Beweis für die haltlosen Anschuldigungen, nach denen die Verurteilten im Dienste des Imperialismus standen! Und möge die ‚Volksstimme' täglich von solchen ‚Beweisen' faseln, wir wissen daß der Stalinismus schon abertausende Revolutionäre dem Kommunismus ergebene Arbeiter ermordete – und stets irgendeinen ‚Beweis' bei der Hand hatte!

Unabhängig davon, ob wir mit allen politischen Ansichten der Verurteilten übereinstimmen oder nicht – sie sind keine „Agenten", sondern haben zurecht Unrecht beim Namen genannt und bekämpft. Und dies dient dem Fortschritt und nicht eine Staatsgewalt, die im Namen des „realen Sozialismus" alles freie Leben in der Gesellschaft erstickt und unterdrückt!

Wir stimmen nicht ein in jenen kläglichen Chor der Bürgerlichen und Sozialdemokraten, die nun laut ob der „Verletzung der Menschenrechte" zu klagen beginnen, während sie selbst tagtäglich die Würde des Menschen mit Füßen treten!

Der Stalinismus hat im Namen des „Sozialismus" der Sache der Arbeiterklasse einen weiteren großen Schaden zugefügt – dessen klagen wir den Prager Schauprozeß an. Mögen sich die kapitalistischen Staaten mit denen des sogenannten „realen Sozialismus" nun lange darüber streiten, wer denn nun das Abkommen von Helsinki verletzt hat und wer nicht. Die Herrschenden beider Systeme werden – mit der Schlußakte von Helsinki – dort landen, wo schon allzu lange ein Platz für sie reserviert ist: Auf dem Müllhaufen der Geschichte!

permanente revolution
Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Zentralorgan der
INTERNATIONALEN
KOMMUNISTISCHEN LIGA

Einzelpreis: S 7,–
Doppelnummer: S 10,–

ABONNEMENT
10 Ausgaben S 100,–
(inklusive Porto und Versandspesen)
Auslandsabos: S 130,–

ergebnisse u. perspektiven

THEORETISCHES ORGAN
herausgegeben vom
SPARTACUSBUND und der
INTERNATIONALEN
KOMMUNISTISCHEN LIGA

Abonnement
4 Ausgaben S 15o,–
(inklusive Porto und Versandspesen)

Redaktionsanschrift und
Kontaktadresse:
IKL, Postfach 1454, 1010 Wien

Alle Zahlungen:

Konto der Österreichischen
Postsparkasse Nr. 7106.024
(Karl Reitter)

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck und für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stöger, Pazmanitengasse 14, 1020 Wien

Marxismus-Schulung der IKL

Wir wollen alle Genossinnen und Genossen auf unsere Marxismusschulung aufmerksam machen, die von nun an regelmäßig jede Woche stattfinden wird. Sie steht allen offen unabhängig davon, ob und inwieweit sie mit unserer Organisation sympathisieren. Die Schulung ist inhaltlich in drei große Abschnitte gegliedert und soll bis zum Sommer 1980 dauern. Im Abschnitt I soll versucht werden, die theoretischen Grundlagen des Marxismus zu vermitteln, der Abschnitt II ist den Lehren aus den Siegen und den Niederlagen der Arbeiterklasse gewidmet. Im Abschnitt III sollen weitergehende und kompliziertere Fragen behandelt werden. Zum einen soll auf die Entwicklung und den Stand der ‚trotzkistischen Bewegung' eingegangen werden. Zum anderen sollen wichtige Entwicklungen des Klassenkampfes, etwa die Erfahrungen der Iranischen Revolution oder die Ereignisse in Nicaragua in ihrer Gesamtheit durchbesprochen werden. Die Literatur für Teil I und II wurde folgendermaßen bestimmt (das genaue Programm für Teil III ist derzeit noch offen):

* *Das Kommunistische Manifest - Karl Marx*
* *Der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft - Friedrich Engels*
* *Staat und Revolution - Lenin*
* *Lohn, Preis und Profit - Karl Marx*
* *Lohnarbeit und Kapital - Karl Marx*
* *Was tun? - Lenin*
* *Schriften zum imperialistischen Krieg - Leo Trotzki*
* *Auszüge aus: Gegen den Strom - Lenin und Sinowjew*

Abschnitt II:

* *1917 – Lehren der Revolution - Trotzki*
* *Die Permanente Revolution – Trotzki*

Zum Thema „Volksfront":

* *Wohin geht Frankreich - Trotzki*
* *Spanische Lehren - Trotzki*
* *Chile-Artikel in „Ergebnisse & Perspektiven" Nr. 6*

Zum Thema „Einheitsfront-Arbeiterregierung":

* *Schriften zum Programm - Trotzki*
* *Über die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung - M. Pablo (Enthalten in „Ergebnisse & Perspektiven" Nr. 6)*
* *Auszüge aus den Diskussionen und Beschlüssen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale*

Zum Thema „Faschismus" die beiden Arbeiten:

* *Was nun? - Trotzki*
* *Faschismus-Artikel in „Ergebnisse & Perspektiven" Nr. 9*

sowie außerdem:

* *Verratene Revolution - Trotzki*
* *Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus - Lenin*

Die Schulung findet voraussichtlich jeden Freitag um 19.30 Uhr (pünktlich!) im Gewerkschaftshaus, 1040, Treitlstraße 4, 4. Stock, Zimmer 65a statt.

Folgende Termine wurden bisher fixiert:
Freitag, den 9. November 19.30 Uhr
Freitag, den 16. November 19.30 Uhr

INHALT

VERANSTALTUNGEN

Die Prozesse gegen die linke Opposition in Ägypten und die Situation im Nahen Osten

Mittwoch, 7. November, 19 Uhr

Salzburg – Akademiestraße 22
Hörsaal 312

Veranstalter: Komitee zur Verteidigung der arabischen Revolution und Internationale Kommunistische Liga

Feier zum 100. Geburtstag Trotzkis

Samstag, 17. November, 17 Uhr

Ort: Gewerkschaftshaus, Treitlstr. 4
4. Stock

Referat und Diskussion: Die heutige Bedeutung des Trotzkismus

Musik: Es spielt eine bolivianische Gruppe

Wohin geht Nicaragua?

Die Diskussion um die Perspektiven der nicaraguanischen Revolution ist wohl eine der wichtigsten Aufgaben, mit denen die Linke in aller Welt heute konfrontiert ist. Denn die unkritische Haltung gegenüber der chinesischen, vietnamesischen und kubanischen Revolution, hat mit bitterer Regelmäßigkeit in einem bösen Erwachen geendet: Der Einmarsch Vietnams in Kambodscha und der Konflikt zwischen China und Vietnam ließen schlagartig den bürokratischen Charakter der herrschenden Regimes in diesen Ländern – die jahrelang als sozialistische hochgejubelt wurden – hervortreten.

In ähnlicher Weise erfolgte dies in Bezug auf Kuba durch die Intervention der kubanischen Truppen in Äthiopien und–generell–der völligen Übernahme der sowjetischen Außenpolitik durch die kubanische Bürokratie.

Diese Lehren bestätigen den alten Grundsatz des proletarischen Internationalismus: Mit der Solidarität muß immer die politische Kritik verbunden sein. Nur eine solche Herangehensweise kann uns vor einem neuerlichen bitteren Erwachen bewahren. Und Ansatzpunkte für Befürchtungen sind in Nicaragua allerdings zur Genüge vorhanden.

Die Entwicklung nach Somoza

Die heutige Regierungsjunta Nicaraguas setzt sich – entsprechend den politischen Vorstellungen der FSLN – aus Mitgliedern der bürgerlichen Parteien (Chamorro, Robelo), aus einem FSLN-Mitglied (Ortega) und zwei mit der FSLN sympathisierenden Mitgliedern (Ramirez, Hassan) zusammen. Eines der ersten Anliegen der Regierungsjunta war die Herstellung der öffentlichen Ordnung als Voraussetzung für den „nationalen Wiederaufbau". Die Frage ist bloß – auf welcher Grundlage?

Alles, was die Junta bisher unternahm, geht in die Richtung einer kapitalistischen Wirtschaft mit einem starken staatlichen Sektor. Es wurde zwar der Großgrundbesitz des Somoza-Clans, seiner Anhänger und der abwesenden Großgrundbesitzer verstaatlicht, aber die Güter derjenigen, die in Opposition zu Somoza standen, blieben unangetastet. Das gleiche gilt für die Industrie. Ebenso wurden zwar alle nicaraguanischen Banken verstaatlicht, nicht aber die ausländischen (vor allem die US-amerikanischen) Banken. An der Spitze der verstaatlichten Banken steht überdies ein – wie die bürgerliche Presse befriedigt feststellt – „erfahrener, in den USA ausgebildeter" Bankfachmann. Und die Auslandsschulden des Somoza-Regimes in der Höhe von 1,2 Milliarden Dollar wurden überdies, mit der lächerlichen Ausnahme von jeweils 4 Millionen Dollar an Argentinien und Israel, anerkannt! Gelder, die das Somoza-Regime zum Ankauf von Waffen für den Kampf gegen die FSLN, zur persönlichen Bereicherung verwendet hat. Und eben dieser Somoza und seine Günstlinge sind mit Millionenbeträgen aus Nicaragua geflüchtet – die Banken sind heute leer!

Die Reaktion der Imperialisten auf die Entwicklung ist heute noch eine sehr vorsichtige. Angesichts der eben beschriebenen Maßnahmen redet zwar die internationale Sozialdemokratie von der „Solidarität mit der demokratischen Entwicklung in Nicaragua", aber praktisch ist daraus noch nicht sehr viel geworden – die Kredite und Hilfsleistungen auch von sozialdemokratisch regierten Ländern halten sich sehr in Grenzen. Der erste Kredit, den die Junta direkt erhielt, stammt vom IWF (Internationaler Währungsfonds) in der Höhe von 17 Millionen Dollar. Die Politik des IWF ist allerdings berühmt-berüchtigt. Ab einem gewissen Verschuldungsgrad werden an neue Kredite politische und ökonomische Bedingungen geknüpft: Einschränkungen der Staatsausgaben, Abschaffung von Schutzklauseln für das nationale Kapital usw. Die Konsequenz einer solchen Politik ist die massive Verelendung der Massen, verbunden mit dem Erstarken des imperialistischen Kapitals in diesen Ländern (bestes Beispiel für diese Politik in Lateinamerika ist Peru). Die Situation in Nicaragua ist heute zweifellos noch nicht so weit. Aber das internationale Kapital will eine mögliche Entwicklung in diese Richtung nicht verpassen – mit dem Kredit ist jedenfalls der Fuß zwischen Tür und Angel gestellt. Für eine massive ‚Hilfe' ist die Situation zweifellos noch zu unruhig – und eine militärische Intervention kann sich heute der Imperialismus nicht leisten. Vielmehr wird versucht, über diplomatischen und ökonomischen Druck vor allem der ‚befreundeten' Länder, wie Panama, Mexiko, Venezuela, eine Stabilisierung der Situation und eine Verstärkung des Einflusses der bürgerlichen Kräfte zu erreichen. Insbesondere Venezuela tut sich dabei hervor, indem es eine stärkere ökonomische Unterstützung von der Aufnahme der Christdemokraten in die Regierung abhängig macht.

So soll der Boden für eine spätere imperialistische Stabilisierung vorbereitet werden, eine Stabilisierung, die in dieser Form heute auf Grund der anhaltenden Massenmobilisierungen noch nicht möglich ist. Aber eben diese Mobilisierung wird abflauen und in Resignation enden, wenn es keine Lösung der andauernden tiefen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, d.h. keine sozialistische Revolution gibt. Wenn die heutige Politik der Regierungsjunta und der FSLN fortgesetzt wird, wird genau dieser Prozeß der Demobilisierung die Folge sein und den Boden für eine imperialistische Lösung vorbereiten.

Die Massenbewegung

Dem steht heute allerdings ein gewichtiger Faktor entgegen – nämlich das gestiegene Selbstvertrauen der Arbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern. Der Sturz der Diktatur, den die Arbeiter und Bauern mit zehntausenden Toten und Verletzten erkämpft haben, hat ihr Selbstbewußtsein zweifellos gehoben. Die sofortigen Landbesetzungen, die Übernahme der ehemaligen somozistischen Fabriken, verschiedene soziale Forderungen, sind Ausdruck dessen; ebenso wie die Forderung nach Bezahlung der 2 Streikmonate vor dem Sturz Somozas (die Junta hat die Fabriksbesitzer angewiesen, dies durchzuführen), nach höheren Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen und nach dem Entscheidungsrecht über die Produktion. Zweifellos zeigen diese Forderungen, daß sich nach dem Sturz des somozistischen Regimes, die Klassengegensätze zu entfalten beginnen. Schon kurz nach dem Sturz Somozas haben Teile der Landarbeiter recht wenig Verständnis dafür gezeigt, daß die oppositionellen Großgrundbesitzer sie weiterhin ausbeuten dürfen – sie haben einfach das Land besetzt. Damals wurden diese Besetzungen vom INRA (Nationales Bodenreformministerium) rückgängig gemacht, den Großgrundbesitzern dieses Land wieder zurückgegeben und den Bauern statt dessen ehemaliges somozistisches Land zugeteilt. (laut ‚Granma' vom 12. August)

Aber die Situation hat sich geändert: Die Landarbeiter und Kleinbauern organisieren sich heute in der Landarbeitergewerkschaft (ATC), was ihre unmittelbare Kraft zur Durchsetzung ihrer Interessen natürlich erhöht. Ebenso sind die Arbeiter nun massenhaft in der Sandinistischen Arbeiterzentrale (CST) organisiert.

Die Reaktion der Bourgeoisie...

Im Moment ist die Reaktion der nicaraguanischen Bourgeoisie noch nicht sehr einheitlich. Verschiedenen Zeitungsberichten zufolge, läßt eine steigende Anzahl von Kapitalisten die Wiederaufnahme der Produktion nicht zu und verweigert Neuinvestitionen. Andere ziehen es vor, lieber gleich ihre Lager und Besitztümer zu verkaufen und das Land zu verlassen. Sicherlich ist dies noch nicht massenhaft der Fall, aber zweifellos ist dies als erste Reaktion auf die Massenbewegung und auf die steigende Verunsicherung der Bourgeoisie bezüglich der Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen zu betrachten.

Eine verbale Auseinandersetzung gibt es indessen schon seit Anfang September. Sie läuft über die beiden wesentlichen Zeitungen, die bürgerliche ‚La Prensa' und die sandinistische ‚Barricada'. Erstere beklagt sich, daß Kapitalisten immer mit Ausbeutern gleichgesetzt werden – was ihrer Meinung nach nicht stimmt („es gibt auch ausgebeutete Kapitalisten"), während die ‚Barricada' völlig richtig feststellt, daß es nicht darauf ankomme, ob Kapitalisten arm oder reich seien: Ihre objektive Rolle ist die des Ausbeuters.

Ein weiteres Anzeichen für die steigende Nervosität in den Reihen der Bourgeoisie ist der Versuch eines Teiles der alten Konservativen Partei, heute eine Sandinistische Sozialdemokratische Partei zu gründen. Ihre Hauptlosung sollte sein: Sandinismus ja – Kommunismus nein! Der Versuch der Bourgeoisie, sich politisch unter dem Namen Sandinismus zu reorganisieren, schlug fehl – zu plump war dieses Manöver.

All diese Punkte aber sind bereits erste Vorzeichen für zu erwartende massivere Reaktionen der Bourgeoisie – und dann zweifellos auch des Imperialismus!

...und die der Sandinisten

Die Linie der FSLN nach dem Umsturz war relativ klar: Die sich im Endkampf bewaffnenden Komitees wurden entwaffnet bzw. in die EPS (Sandinistische Volksarmee) eingegliedert. Alles was über den Rahmen der „Einheit aller antisomozistischen Kräfte" hinausging, wurde zurückgepfiffen und wenn nötig unterdrückt.

‚Klassenharmonie' und ‚Nationaler Wiederaufbau' waren die Losungsworte der Stunde. Das Beispiel der Bauern, die Land besetzten, wurde schon erwähnt. Ein weiteres Beispiel ist die Deportation von Genossen der Brigade ‚Simon Bolivar', die im wesentlichen von kolumbianischen trotzkistischen Genossen gebildet wurde. Konfrontiert mit dieser Poltik der FSLN, formulierten sie alternative politische Positionen und nahmen für sich das Recht in Anspruch, dies auch offen auszudrücken. Sie traten für die Besetzung aller Fabriken, allen Großgrundbesitzes und für die Verstaatlichung aller Banken ein. Für diese Losungen versuchten sie, Arbeiter und Bauern zu organisieren, und initiierten eine Demonstration am 15. August in Managua, an der 3000 Arbeiter teilnahmen. Einen Tag später wurden 60 Genossen der Brigade von der FSLN in ein Flugzeug gesetzt und nach Panama abgeschoben. Sie seien zu radikal, würden den Erfordernissen des Wiederaufbaus entgegenarbeiten und die „Einheit" stören. Mit diesen Argumenten ging die FSLN zum Schutze der Bourgeoisie gegen die Linke vor.

Die Block- und Stadtteilkomitees (CDS) der MPU wurden zentralisiert und bilden heute die Basis für den Aufbau einer sandinistischen Partei. Im Klartext: Alle *unabhängigen* Ansätze werden eingegliedert und der politischen Linie der FSLN unterstellt; und die CDS sind heute zweifellos ein sehr gewichtiger Faktor. Denn sie umfassen Delegierte, die von allen Bewohnern eines Blocks gewählt werden!

Die Linie der ‚Harmonie' und des ‚nationalen Wiederaufbaus' konnte aber von der FSLN-Führung nicht durchgehalten werden. Denn mit dem steigenden Selbstvertrauen der Massen, geriet die Führung unter den Zwang zu reagieren. Die Tonart gegenüber der Bourgeoisie wurde verschärft – die Betonung liegt heute auf der Wahrung der Interessen der Arbeiter und Kleinbauern.

In einer Rede vor tausenden Arbeitern anläßlich der Neueröffnung des Ruben-Dario-Volkstheaters in Managua sagte W. Ramirez, Kommandant der EPS in Managua: *„In diesem Staat wird das Land den Bauern, die darauf arbeiten, gehören und den Arbeitern die Mittel der Produktion".* Und: *„Die revolutionären Arbeiter sind die einzigen legitimen Repräsentanten unseres Volkes. Es sind sie, die das Recht haben, sich des Triumphes und der Privilegien der Revolution zu erfreuen. Sie sind die Ausgebeuteten – der Rest besteht aus Extras, die sich von selbst langsam abtrennen werden. Oder, wir selbst werden sie abtrennen."*

Auf einer Versammlung der Kaffeebauern am 7.9. in Matagalpa schlug der Agrarminister Jaime Wheelock den kleinen und mittleren Bauern vor, sich in einer nationalen Vereinigung zu organisieren – denn sie seien ja diejenigen, die wirtschaftlich am schlimmsten dran sind und die unter Somoza am meisten gelitten hätten. Auf den Vorwurf der ‚Spaltung' von Seiten einiger Großgrundbesitzer antwortete er, daß *„die Interessen der Kleinproduzenten von denen unterschiedlich sind, die alle Möglichkeiten in der Hand haben."*

Die Perspektiven der nicaraguanischen Revolution

Wenn wir aus der Ferne über die Perspektiven der Revolution diskutieren, ist uns natürlich klar, daß nicht nur die fehlende konkrete Erfahrung eine derartige Diskussion erschwert. Selbst ‚am Ort' ist es unmöglich, alle Fakten zu einer ‚hundertprozentigen' Analyse zu verarbeiten, und vor allem ist es nicht möglich, die Reaktion der Klassenkräfte – im nationalen und internationalen Rahmen – bis ins Detail vorherzusagen. Dies kann auch nicht der Anspruch einer marxistischen Analyse sein.

Zum zweiten Male in diesem Jahre sind wir Zeugen eines großartigen Beweises dafür geworden, welche Kraft, welcher Mut in den unterdrückten Massen geweckt wird, wenn in ihnen nur mehr ein Wille dominiert: Nicht mehr so weiter zu leben, wie bisher. So wie im Iran gilt unsere uneingeschränkte Solidarität den kämpfenden Massen, die nicht zum ersten Male in der jüngsten Geschichte bewiesen haben, daß sie im Moment ihrer wahren Menschwerdung, denjenigen an Weitblick und Sicht für das Notwendige weit überlegen sind, die an der Spitze des Kampfes stehen, oder durch eine Gunst der Geschichte an die Spitze gespült wurden. Natürlich kann kein Vergleich zwischen den islamischen Mumien, die heute das Geschick des Iran noch immer bestimmen können und der FSLN gezogen werden. Zu unterschiedlich sind Tradition, Geisteshaltung und Programm der beiden ‚Führungen'.

Gleich ist an den beiden revolutionären Situationen nur ein Faktor: Es fehlte und fehlt weiter die revolutionäre Partei, die alles das, was im Kämpfen und Sterben der Massen an Willen zur gesellschaftlichen Veränderung zum Ausdruck kam, zu einer Theorie und Praxis der permanenten Revolution formt.

Die nicaraguanische Revolution wird von den Strategen des Pentagon natürlich nicht nur als nationales Phänomen begriffen, sondern zurecht als mögliche Fackel, die den Brand weit über Mittelamerika trägt. Einem offenen Eingreifen der USA stehen heute aber einige Faktoren entgegen, wobei die Reaktion der UdSSR auf ein derartiges Eingreifen, eher ein unbedeutender Risikofaktor für das Pentagon ist. Gehört Mittel- und Lateinamerika doch eindeutig und unbestritten zum „Einflußgebiet" des US-Imperialismus, so besteht kein Grund anzunehmen, daß die Kreml-Bürokratie der nicaraguanischen Massen wegen, die „friedliche Koexistenz" gefährden würde.

Der US-Imperialismus verfolgt in den letzten Jahren eine gegenüber der massiven „Kanonenboot-Politik" modifizierte außenpolitische Linie, deren Grundlage unter anderem das Ziehen von Konsequenzen aus der indochinesischen und kubanischen Erfahrung ist. Die Gefahr, daß durch ein offenes militärisches Eingreifen der Brand auflodert und sich ausweitet, ist den Pentagon-Strategen ebenso klar, wie die Tatsache, daß ein Krieg gegen ein um seine menschenwürdige Existenz kämpfendes Volk nicht einfach durch einige Bomber entschieden werden kann und der erste Schritt von US-Truppen auf nicaraguanischen Boden unübersehbare Auswirkungen auf Mittel- und Lateinamerika haben könnte.

Ohne Zweifel hat die US-Bourgeoisie Konsequenzen aus Kuba und Indochina gezogen (damit wird natürlich nicht behauptet, daß die „Kanonenboot-Politik" für alle Zeiten erledigt ist) und setzt in der momentanen Periode mehr auf die Waffen der ‚Demokratie' und des Kapitals, wobei sie in der internationalen Sozialdemokratie den begabtesten und geeignetsten Erfüllungsgehilfen hat.

Der Militärputsch in El Salvador weist eindeutig auf die Strategie des US-Imperialismus gegen die nicaraguanische Revolution hin. Täglich konnte das verfaulte Regime Romeros von den Massen beseitigt werden und die Massen in die Richtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung gehen. Und es gibt Dutzende Romeros und Somozas in Mittel- und Lateinamerika und es gibt Millionen von Erniedrigten und Beleidigten, deren Gedanken und Hoffnungen schnell zu Handlungen werden können.

Nicaragua soll offensichtlich ‚demokratisch' isoliert werden. Romero wurde vom Pentagon beseitigt, bevor die Massen die Geschehnisse allein bestimmten. Neben dieser Eindämmung der umliegenden Brandherde, soll die Verhinderung einer umfassenden Finanzhilfe und die sich zuspitzende Klassenpolarisierung im Lande, die Tendenz für ein ‚demokratisches Nicaragua' vorbereiten. Flammt der Klassenkampf im Lande auf (was bereits geschehen ist), werden die Stimmen, die nach einer „Beendigung des Chaos" rufen, stärker werden und gesammelte Söldnerheere (mit Unterstützung Chiles und Argentiniens) aktiv werden... zur „Rettung der Nation vor dem Kommunismus"!

Dies ist eine der möglichen Perspektiven der Revolution, aber nichts berechtigt uns, sie als die einzig mögliche anzunehmen, denn zwischen ihrer Skizzierung in den Büroräumen des Pentagon und ihrer Verwirklichung, stehen nicht nur die nicaraguanischen Massen, sondern die ganz Mittelamerikas!

Hat der Sozialismus eine Chance in Nicaragua?

Diese Fragestellung führt uns unweigerlich zu Problemen, die nicht allein die nicaraguanische Revolution betreffen, sondern generell jeden revolutionären Prozeß.

Zyniker und reformistische Theoretiker (der Unterschied ist meistens verschwindend klein) betrachten derartige revolutionäre Prozesse allein von ihrer Warte der akademischen Vernunft und raten den Massen ‚nicht zu weit zu gehen', ‚nicht alles auf einmal' zu wollen usw. Kurz – für sie stellt sich die Frage der Revolution und des Sozialismus allein im nationalen Rahmen, wobei die unterdrückten Massen wünschenswerterweise nach den Regeln und Formen eines ‚linken' parlamentarischen Kretinismus handeln sollten. „Der Imperialismus darf nicht gereizt werden", die „nationale Etappe darf nicht übersprungen" werden, flüstern die ‚gelehrten' Ratgeber in der Hoffnung doch einmal – auf stille Art und Weise – den Beweis für ihre ‚Theorien' geliefert zu bekommen.

Doch die unterdrückten Massen sind schlechte Schüler der imperialistischen ‚Sozialisten'. Wenn sie von der „nationalen Einheit" sprechen, meinen sie nicht die Einheit mit Kapitalisten und Großgrundbesitzern, sondern die zwischen allen Ausgebeuteten. Wenn sie vom Aufbau des Landes sprechen, meinen sie eine Gesellschaft nach ihren Bedürfnissen und Interessen und nicht eine Gesellschaft der ‚Klassenharmonie'. So werden gleiche Begriffe verwendet und doch steht der Klassengegensatz zwischen jenen, aus deren Mund sie kommen!

Der Sturz einer Diktatur von der Art Somozas, kann also ‚nur' der Auftakt zu einer Periode von Klassenkämpfen sein, in der auf der einen Seite Arbeiter und arme Bauern und auf der anderen Seite Bourgeoisie und Großgrundbesitz ihre Alternative zur gestürzten Diktatur durchsetzen wollen. Die Halbheit der „Revolution in Etappen" ist in dieser Situation, das gefährlichste, was der Revolution passieren kann (und kein ‚kleineres' Übel', wie es die vom Linksreformismus verklebten Gehirne glauben).

Für die bürgerlichen Kräfte war der Sturz Somozas das Ziel der Revolution, für die Massen hingegen erst der Ausgangspunkt für eine Entwicklung, die nicht nur ‚ihr' Land betrifft. Was unsere traurigen Helden der ‚ersten Etappe' nicht begreifen, ist die Tatsache, daß sich der Sozialismus als ein internationales Problem stellt. Ist dies auch für ‚große' und ‚reiche' Länder gültig, dann natürlich erst recht für Nicaragua. Der politischen Umkreisung durch bürgerliche Regimes, der ökonomischen Aushungerung durch den Imperialismus kann die Revolution nur begegnen, indem sie die Fackel über die Grenzen wirft und sich ‚nur' als Beginn einer Entwicklung begreift, die ganz Mittel- und Lateinamerika betrifft. Der Gedanke, nach dem die ‚eigene' Revolution entweder der Auftakt zu einer Reihe von Revolutionen wird, oder in einer Niederlage enden muß, gehört zu den Grundlagen eines revolutionären Regimes.

Wer nur vom „Abenteurertum" schwätzt, sollte vorher inhaltlich beweisen, welche anderen Möglichkeiten ein revolutionäres Regime hat. Kann man auch nur einen Augenblick lang annehmen, daß ein revolutionäres Regime in Nicaragua und bürgerliche Diktaturen in den umliegenden Ländern, jahrelang ‚friedlich' nebeneinander bestehen könnten? Welche Möglichkeiten hätte ein derartiges Regime, die nationale Wirtschaft nicht nur wiederaufzubauen, sondern auch weiterzuentwickeln?

Die stalinistischen Reaktionäre und die Opportunisten etwa vom „Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale" werden nun natürlich vom „kubanischen Weg". d.h. von der Anlehnung mehr noch, der Bindung an die Sowjetunion sprechen, doch uns geht es gerade darum, diese Degeneration der Revolution zu verhindern! So erfordert die Erhaltung der nicaraguanischen Revolution ihre Ausweitung auf andere Länder und nur solch ein Regime kann als ein revolutionäres verstanden werden, welches diese Pflicht bewußt und mit dem Einsatz aller Kräfte in die Praxis umsetzt!

„Seht, wir haben das Gewehr ergriffen und unsere Ausbeuter gestürzt. Aber unser Erfolg kann nur überleben, wenn ihr nun ebenfalls die Waffen nehmt und kämpft. Unsere und eure Probleme können wir nur lösen, indem wir gemeinsam eine neue Gesellschaftsordnung aufbauen!"

In diesem Geiste müßte eine revolutionäre Führung sprechen und handeln und ihre gesamte Politik dem Ziel der Bildung einer „FÖDERATION VON SOZIALISTISCHEN STAATEN MITTELAMERIKAS" unterordnen. Anders ausgedrückt: Nur eine Politik, die so wie die der Bolschewiki 1917 die ‚eigene' Revolution allein als Ausgangspunkt, als ersten Stützpunkt eines revolutionären Prozesses begreift, kann die Möglichkeit der gesellschaftlichen Emanzipation der unterdrückten Massen Mittel- und Lateinamerikas nützen!

Die Frage nach den Möglichkeiten des sozialistischen Aufbaues der Gesellschaft, stellt sich also auch in Nicaragua unmittelbar und direkt nicht als eine im nationalen Rahmen begrenzte Frage, sondern ist an die Überschreitung der überlebten und beengenden Grenzen gebunden.

Aber diese Lebensfrage der Revolution kann nicht willkürlich von der inneren Entwicklung des Landes getrennt werden. Außenpolitik ist nur die Verlängerung der Politik im Inneren. Und ist dieser Satz für jedes Regime gültig, dann erst recht für ein solches der sozialen und politischen Umwälzung. Gerade ein solches Regime kann nur existieren, wenn es auf der unmittelbaren und direkten Machtausübung der Massen basiert und jeden Stützpunkt des Imperialismus im Inneren liquidiert. Die sofortige entschädigungslose Enteignung aller Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die Nichtanerkennung der Auslandsschulden des Somoza-Regimes, die Schaffung von national koordinierten Rätestrukturen in denen alle vom bürgerlichen Regime unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Schichten direkt vertreten sind, die Bildung einer Arbeiter- und Bauernarmee, die Aufstellung internationaler Brigaden – dies alles sind Fragen, deren sofortige Verwirklichung nicht nur möglich sind, sondern auch einzig das Überleben der Revolution garantieren können.

Fortsetzung auf Seite 6

Der Militärputsch in El Salvador

El Salvador ist der zweite mittelamerikanische Staat – nach Nicaragua – wo es der herrschenden Oligarchie an den Kragen geht.

Mit dem Putsch vom Montag, dem 15. Oktober, wollte das Militär den wachsenden Massenaktivitäten direkt entgegenwirken und einem revolutionären Aufstand zuvorkommen.

Der sich bis zu diesem Zeitpunkt an der Macht befindliche Massenmörder und General Humberto Romero mußte seine Koffer packen und sich ins Ausland (Guatemala) absetzen. Die neuen Machthaber werfen ihm besonders vor, mit der „wachsenden Terrorgewalt subversiver Kräfte" nicht fertig geworden zu sein.

Der Hintergrund des Machtwechsels

El Salvador ist ein Land, wo die Klassenunterschiede extrem ins Auge fallen. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich ist eklatant.

Das Land wird von 50 Familien faktisch beherrscht. Deren 2.000 Landwirtschaftsbetriebe (von 130.000) nehmen 40% der kultivierten Fläche ein. Die gesamte Industrie befindet sich in ihren Händen. Dagegen nehmen 130.000 Bauerngüter 5% der bebauten Gesamtfläche ein. Zehntausende Bauern sind ohne Land und eher als Leibeigene zu bezeichnen.

Die Verelendung nimmt ständig zu, da El Salvador mit 4,5 Mio. Einwohnern und einem Bevölkerungzuwachs von 150.000 Menschen pro Jahr (3,2%) keine Landreserven, wie Peru oder Brasilien besitzt. Zu dieser dichten Besiedelung (mehr als 200 Einwohner pro km2) kommt noch ein erschwerender Umstand:

In allen, landwirtschaftlich guten Gegenden werden vorwiegend Exportgüter, wie Kaffee, Baumwolle und Zuckerrohr in Monokultur angebaut. Die Nahrungsmittel für die Bevölkerung (Reis, Mais, Erbsen etc.) können wegen dieser Exportorientiertheit nicht stärker angebaut werden. Jährliche Hungersnöte sind die Folge.

45% der Bevölkerung haben keine ausreichende Arbeit, 35% (50% auf dem Land) sind überhaupt arbeitslos. Das Durchschnittseinkommen beträgt ca. 600 Dollar pro Einwohner und Jahr. Ein Arbeiter verdient weniger als 4.50 Schillinge (55 Pf.) in der Stunde.

Seit Romeros Amtsantritt, durch ein gefälschtes Wahlresultat im Jahre 1977, ist die Situation für die Arbeiter und Bauern noch dramatischer geworden. Während sein Vorgänger Molina noch versuchte, eine halbherzige Landreform durchzuführen, welche einige Klein- und Mittelbauern begünstigt hätte, die aber sowieso am Einspruch der Oligarchie scheiterte, machte Romero von Anfang an klar, daß er nur die Interessen der Großgrundbesitzer vertrat. Die arbeitende Bevölkerung des Landes konnte von ihm nur verstärkte Repressionen erwarten. Während seiner zweijährigen Amtszeit konnte Romero nur durch Terror an der Macht bleiben.

Ein Terror, der eine erschütternde Tradition in El Salvador hat:

- 1932 wurden 30.000 Bauern (3,5% der ländlichen Bevölkerung) niedergemetzelt, weil sie gegen den Versuch der Kaffee-Bourgeoisie, die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf ihren Rücken abzuladen, aufstanden.
- 1977 wurden hunderte Menschen erschossen, weil sie gegen den Wahlbetrug Romeros demonstriert hatten.
- 1978 kam es zu den traurig-berühmten März-Massakern, die ebenfalls hunderte von Toten forderten, unter der ländlichen Bevölkerung, welche für eine Verbilligung der für den landwirtschaftlichen Gebrauch notwendigen Güter demonstrierte.

Diese, in jahrzehntelanger Unterdrückung geübte Terrormaschinerie, wurde vom Henker Romero weiter ausgebaut und perfektioniert. Unter seiner Obhut entstanden eine Reihe von paramilitärischen Verbänden und Spitzelorganisationen, die zusammen mit den Privatarmeen (!) der jeweiligen Großgrundbesitzer stärker als die regulären Armee- (Nationalgarde) und Polizeieinheiten sind. Besonders hervorzuheben sind die Mörderorganisationen ORDEN (Organizacion Democratica Nationalista – paramilitärische Organisation der Großgrundbesitzer) und die „Union der weißen Guerilleros" (UGB), welche für den Großteil der politischen Morde in den letzten zwei Jahren verantwortlich waren.

Nahezu täglich geschah und geschieht in El Salvador ein politisches Verbrechen, hinter dem die Regierung Romero direkt oder vermittels ihres Sicherheitsdienstes stand. Die Zahl der politischen Morde überschritt Ende September bereits die 500er Grenze, tausende politische Gefangene schmachten in den Gefängnissen – gelten offiziell als vermißt – und sind den furchtbarsten Foltern ausgesetzt.

ORDEN und UGB arbeiten ähnlich der faschistischen Todesschwadron in Argentinien:

Gefangene werden auf der ‚Flucht' erschossen oder verschwinden bei Verlegung in ein anderes Gefängnis. Menschen, die sich politisch oppositionell betätigen, werden gekidnappt, gefoltert und umgebracht, verstümmelt, als ‚unbekannt' begraben, einfach in den Lagunen versenkt oder auf der Straße ‚weggeworfen'.

Trotz dieser fürchterlichen Repression verstärkte sich der Widerstand der Bevölkerung von Woche zu Woche. Diesen Umstand – und der Tatsache, daß sein Regime in einem Strudel zunehmender Destabilisierung zu versinken drohte – wollte Romero kurz vor seinem Sturz mit einer desparaten Flucht nach vorne entgegenwirken. Er proklamierte eine „demokratische Öffnung". Damit meinte er die Abhaltung von „freien Parlaments- und Gemeindewahlen" im März 1980, die Öffnung der Grenzen für alle Verbannten und die Einladung des Roten Kreuzes zur Überprüfung seiner Behauptungen, daß niemand in El Salvador aus politischen Gründen im Gefängnis sitze (was teilweise in seiner Perfidie stimmte, da politische Gefangene, siehe oben, meistens ermordet wurden).

Mit der „demokratischen Öffnung" gab das Romero-Regime de facto zu, daß die letzten und





Der Funke der nicaraguanischen Revolution droht auf El Salvador überzuspringen. Gewissermaßen als vorbeugende Maßnahme hat der US-Imperialismus die Beseitigung des Diktators Romero, durch eine Militärsjunta (mit ‚Zivilisten' demokratisch aufgeputzt – oberes Bild) unterstützt und gebilligt, die aber sofort klarmachte, wessen Macht sie stützen gedenkt. Die Massen, die den Zweck dieses Putsches sofort begriffen, wurden wie unter Romero dem Feuer der bewaffneten Banditen ausgesetzt. Im Gegensatz zur KP, hat die größte bewaffnete Organisation des Landes, der Junta jede Unterstützung verweigert und führt den Kampf weiter

eine Reihe vorheriger Wahlen gefälscht worden waren. Auch zeigte sich damit, daß der Regierungsstil in eine Sackgasse geraten war, aus der es nur zwei Lösungen geben konnte:

Militärputsch oder Revolution! Gerade letzteres galt es – um die Bourgeoisie zu retten – zu verhindern. Und genau in dieser Unsicherheit, Schwankungen und Ratlosigkeit der Regierung angesichts der aufsteigenden Klassenkämpfe, entschloß sich ein Teil der Militärs zum Machtwechsel.

Unter der Führung der beiden jüngeren Obersten Abdul Gutierrez und Adolfo Arnoldo Majano erfolgte der Putsch. Die Putschisten, die einerseits Romero wegen seiner Unentschlossenheit gegenüber den Organisationen (die sie als terroristisch bezeichnen) der Arbeiter und Bauern tadelten, sehen sich nun andererseits selbst gezwungen, den revolutionären Massen gegenüber die schon von Romero demagogisch benützten demokratischen Wortspiele weiter zu verwenden. So hat die neue Junta unter anderem eine Verfassungsreform und baldige Präsidentenwahlen („so rasch als möglich") angekündigt.

Zweifellos versuchen die neuen Machthaber durch die Zusicherung von gewissen „Freiheiten" den revolutionären Elan der Massen zu bremsen und der Bewegung insgesamt den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Dazu kommt noch die Rolle der USA, welche schon zu Zeiten Romeros durch diplomatischen Druck auf seine Regierung dessen „demokratische Öffnung" mitinitiiert hatten. Sie scheinen mit dem Sturz des Generals zufrieden (sind sie doch ganz offensichtlich die Urheber) und stehen der neuen Militärclique mit Symphatie gegenüber, gilt sie doch in ihren Augen als „gemäßigt".

Die Opposition gegen Romero und die neuen Machthaber

Von den drei bürgerlichen Oppositionsparteien, die in der Union Nacional Opositora (UNO) zusammengeschlossen sind, hatte die kommunistennahe Union Democratica Nacionalista (UDN) ihre Teilnahme am ‚Demokratisierungsprojekt' Romeros abgelehnt; das sozialistische Movimiento Nacional Revolutionario (MNR) und die DC (Christdemokraten) haben sich noch nicht entschlossen, in welcher Form sie die neue „Regierung" unterstützen werden.

Doch es gibt eine große linke Opposition. Sie hat angekündigt, daß sie den Kampf gegen die neuen Machthaber fortsetzen wird. Diese linke Opposition hat in den letzten Jahren ein beträchtliches Gegengewicht zur herrschenden Klasse aufbauen können. Neben den drei Guerillagruppen FPL, ERP und FARN, die besonders im Norden des Landes präsent sind und beträchtlichen Einfluß unter der regionalen Bauernschaft haben und Teile der Streitkräfte militärisch binden, gibt es noch die ORT (Revolutionäre Organisation der Arbeiter). Die größte der linken Gruppierungen ist der „Bloque Popular Revolucionario" (Revolutionärer Volksblock – BPR) dessen militärischer Arm die FPL ist. Dieser entstand 1975 aus einer Fusion der UTC (Gewerkschaft der Landarbeiter) und der FECCAS (Christliche Föderation der Bauern), sowie einer weiteren Bauerngewerkschaft, der Lehrer- und Erziehergewerkschaft (ANDES), der Vereinigung der Slumbewohner (UTP) und der Revolutionären Studentenbewegung (MER).

Dieser Revolutionäre Volksblock führte unter Romero Kampagnen für Lohnerhöhungen, Senkungen der Pachtzinse und Freilassung von politischen Gefangenen durch. Diese Bewegung wurde zum Teil auch von Priestern – namentlich den Jesuiten – unterstützt, weshalb die Regierungen Molina und Romero neben den Mitgliedern diverser linker Organisationen und den Gewerkschaften auch die Priester blutig verfolgte, was ihnen die Verurteilung durch die Kirche und deren Opposition eintrug. Weiters gibt es noch die Front der Einheitlichen Volksaktion (FAPU), in der hauptsächlich Industriearbeiter organisiert sind.

Die KP Salvadors konzentrierte ihre Aktivitäten hauptsächlich auf die Wahlkämpfe. Sie hat die neue Junta – letzten Meldungen zufolge – auch bereits anerkannt.

Das Hauptgewicht der Massenaktivitäten wird von BPR und FAPU getragen. Sie, sowie die drei Guerillaorganisationen haben in ersten Stellungnahmen erklärt, daß der Kampf gegen die neue Militärdiktatur fortgesetzt werden wird.

An der Repression gegen die Massen und ihre Organisationen hat sich seit dem Putsch nichts geändert. Die bewaffneten Abteilungen von BPR, FAPU, FPL, ERP und FARN befinden sich in einem unerbittlichen Kleinkrieg mit den paramilitärischen Einheiten, der Polizei und Teilen des Militärs. Man kann dem Erzbischof von San Salvador nur beipflichten, wenn er meint: „Es scheint so, daß wir uns in einer Situation des Bürgerkrieges befinden – eines erklärten und pulsierenden Krieges aber ohne Gnade und Mitleid." (Nach ‚Le Monde' vom 17. 10. 79)

Gegenwärtig ist es so, daß der Militärputsch einen weiteren Aufschwung der Massenkämpfe hervorgerufen hat: Die Streiks nehmen zu, Ländereien werden besetzt, die Organisationen führen Demonstrationen durch. Zweifellos hat der Wille nach politischen Freiheiten die Massen beflügelt.

eine Ausweitung der Revolution auf die umliegenden Länder, nicht ein sofortiges Eingreifen des Imperialismus provozieren und damit die kleine Chance des „nationalen Weges" zunichte machen?

Derartige Fragestellungen sind nicht neu in der Arbeiterbewegung und sie werden in dieser oder jener Form, anläßlich jedes revolutionären Prozesses gestellt. Es handelt sich dabei im Grunde genommen um nichts anderes, als um eine Absage an die sozialistische Revolution, die mit der dummen Hoffnung, daß der Imperialismus irgendwie ‚von selbst' unfähig wird bewaffnet gegen die Revolution zu intervenieren, auf den St.Nimmerleinstag verschoben wird. Bis dahin müsse man eben ‚vernünftig' sein und eine Politik der ‚kleinen Schritte' verfolgen. Die Verfechter einer derartigen Argumentationslinie sind allerdings unfähig, den konkreten historischen Verlauf der Kämpfe gegen den Imperialismus und gegen die nationale Reaktion einigermaßen zu deuten. Denn die Niederlage in Chile war ‚nur' der jüngste Beweis für die Unzulässigkeit dieser Politik, die gerade das Gegenteil von dem herbeiführt, was die Theoretiker der ‚revolutionären Vernunft' uns vorbeten...statt der ‚kleinen Schritte der Revolution', den großen, alles zerstampfenden Schritt der Konterrevolution!

So bleibt den Zynikern nichts anders anzubieten, als die Sowjetunion mit ihrem „großen Einfluß" und das etwas frischere Gesicht des kubanischen Stalinismus, wo doch der Kapitalismus geschlagen wurde und auch eine Politik des Status quo mit den lateinamerikanischen Diktaturen betrieben wird. Daß es für jeden Revolutionär gerade zu verhindern gilt, daß auch Nicaragua den Weg in das „Bündnis der Staaten des realen Sozialismus" nimmt, weil damit das Aufgeben der vorhandenen Möglichkeiten und die Degeneration der Revolution verbunden ist, sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Natürlich würde eine revolutionäre Politik die Gefahr der direkten militärischen Intervention des Imperialismus bedeuten, aber eine derartige

Fortsetzung von Seite 4

WOHIN GEHT NICARAGUA?

Um die Fackel der sozialen Revolution über die Grenzen des Landes schleudern zu können, ist also im Inneren des Landes ein Regime notwendig das unabhängig und gegen die Bourgeoisie und gegen den Großgrundbesitz agiert, direkter Ausdruck der Rätediktatur ist – kurz: Eine ARBEITER UND BAUERNREGIERUNG!

Die Führung der FSLN ist das Haupthindernis für die Revolution!

Spätestens seit der Regierungsbildung und den ersten Stellungnahmen der sandinistischen Führung war klar, daß diese grundsätzlich an einem Bündnis mit den bürgerlichen Kräften, an einer „Revolution in Etappen" und am „nicaraguanischen Weg zum Sozialismus" festhält. Der ‚linke' Borge übernahm nicht zufällig das Amt des Innenministers. Seine Funktion besteht darin, den Kredit, den die Sandinisten bei den Massen haben, dazu einzusetzen, ‚übertriebene Maßnahmen' rückgängig zu machen und den Kämpfen die Spitze zu brechen.

Mit der Betonung des „nicaraguanischen Weges" wurde auch von Anfang an eine Absage an die Ausweitung der Revolution über die Grenzen des Landes abgegeben. Das Konzept der FSLN-Führung entspricht den Überlegungen des linken „gesunden Menschenverstandes". Durch die Zurücknahme und Eindämmung radikaler Maßnahmen der Massen und durch die Nichteinmischung in revolutionäre Prozesse anderer Länder, erhofft die Führung der FSLN eine offene Intervention des Imperialismus verhindern zu können. Diese Außenpolitik der „Nichteinmischung" (von Kuba bezüglich Lateinamerika schon jahrelang praktiziert) wird durch eine innere Politik ergänzt, die eine Repräsentierung der bürgerlichen Kräfte zuläßt (und fördert), die nicht im geringsten dem tatsächlichen gesellschaftlichen Kräfteverhältnis zwischen den Klassen entspricht. Durch eine Politik der ‚Vernunft' erhofft sich die FSLN-Führung die Unterstützung der internationalen ‚demokratischen' Kräfte, Kredite usw.

Aber ein solcher gesellschaftlicher Zustand ist nicht lange aufrechtzuerhalten. Die bürgerlichen Kräfte wollten mit dem Sturz Somozas eine Neuordnung der bürgerlichen Gesellschaft erreichen, die ihnen bessere Profitmöglichkeiten sichert. Diejenigen unter den Großgrundbesitzern, die gegen Somoza in Opposition standen, taten dies nicht, um heute ruhig ihrer Enteignung durch die Massen zuzusehen. Heute kann allein die sandinistische Führung, mit ihrer im Kampf erworbenen Autorität das Land führen, aber gerade die Halbheiten, das Kompromißlertum dieser Führung, stärkt tendenziell die bürgerlichen Kräfte, desorientiert die Massen und bereitet so den Weg für eine ‚demokratische' Lösung im Sinne des Imperialismus vor.

Aber würde eine radikale, revolutionäre Politik

Intervention würde zur Explosion in Mittelamerika führen und nicht ohne Auswirkungen auf Südamerika bleiben, ganz zu schweigen von den Auswirkungen auf die innere Situation in den USA selbst und vom Demoralisierungsprozeß, dem die imperialistischen Truppen unterworfen wären usw.

Welcher Revolutionär hat jemals bestritten, daß der Sozialismus nur aus einem gewaltigen Krieg gegen die imperialistische Bourgeoisie entstehen kann? Welcher Revolutionär hat auch nur eine Sekunde lang ernsthaft angenommen, daß die Rätediktatur neben bürgerlichen Diktaturen und mit der Duldung des Imperialismus bestehen kann?

Es geht also nicht um die Alternative: Hier friedlicher, nationaler Weg zum Sozialismus – dort der Krieg um jeden Preis. Gegenüber stehen sich die für die Revolution tödliche Illusion der „friedlichen Koexistenz" und der Klassenzusammenarbeit, die bestenfalls zu einem neuen Kuba führen kann und die einzige Möglichkeit zum Sozialismus zu gelangen, die Grundlagen für eine neue Gesellschaft zu legen: Die Ausweitung des Bürgerkrieges!

Die Aufgabe der Stunde: Der Aufbau einer revolutionären Partei

Aber wenn wir nicht daran glauben wollen, daß die Führung der FSLN ‚von selbst' zur Durchführung einer revolutionären Politik kommt, was allerdings eine törichte Hoffnung wäre, muß dann nicht angenommen werden, daß die nicaraguanische Revolution verloren ist? Eine derartige defätistische Haltung wäre ein Verbrechen und letztlich nur die Kehrseite zu jenem Opportunismus, der seine gesamten jämmerlichen Hoffnungen an die sandinistische Führung und den „kubanischen Weg" klammert.

Tausende und abertausende Arbeiter und Bauern in Nicaragua nehmen heute bewußt ihr Schicksal in die eigenen Hände, sind aufnahmebereit für radikale, revolutionäre Ideen, wollen eine Gesellschaft nach ihren Interessen und Bedürfnissen errichten. Wann, wenn nicht in einer derartigen gesellschaftlichen Situation sollte der Aufbau einer revolutionären Partei möglich sein?

Den Halbheiten der FSLN–Führung die Kraft der revolutionären Ideen entgegensetzen, die völlige entschädigungslose Enteignung aller Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die Nichtanerkennung aller Auslandsschulden, die sofortige Bidlung einer Arbeiter- und Bauernarmee und internationaler Brigaden, die Schaffung von Rätestrukturen, die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung, die allein den Räten verantwortlich ist – dies alles zu fordern, entsprechende Maßnahmen der Massen zu unterstützen, sich völlig unabhängig von der FSLN organisieren, deren Führung loyal aber schonungslos kritisieren – eine derartige Politik würde binnen Wochen einer kleinen Gruppe von Revolutionären einen gewaltigen Einfluß innerhalb der Massen sichern! In den Reihen der FSLN befinden sich Tausende von schwankenden Elementen, die gerade durch eine solche Politik nach links gestoßen werden könnten.

Bedingungsloses Vertrauen in die kämpfenden Massen, in die gesellschaftliche Kraft, die in und um Nicaragua vorhanden ist, das Vertrauen der Entschlossenheit von Millionen, die ihr Elend abwerfen wollen – aber keinen Funken Vertrauen in die Halbheiten der FSLN-Führung!

* * *

In der nächsten Ausgabe werden wir uns mit dem "Modell Kuba" und der Politik des „Vereinigten Sekretariats der IV.Internationale" zu Nicaragua beschäftigen.

Der Kampf der Kurden um ihr nationales Selbstbestimmungsrecht!

Nach dem Sturz des Schah-Regimes im Februar durch eine bisher ungeahnte Massenbewegung waren im ganzen Gebiet des Iran lokale Selbstverwaltungsansätze entstanden. Besonders die Nationalitäten erwarteten von der neuen Situation eine Befreiung aus der Unterdrückung durch die Zentralregierung. Die Armeeinheiten, wesentliches Instrument der Unterdrückung, hatten den Einsatz größtenteils verweigert, der SAVAK war vorerst mit der Rettung der eigenen Haut beschäftigt.

In Kurdistan wurden in vielen Städten und Dörfern Stadt- und Verwaltungsräte aufgebaut bzw. gewählt. Allen voran der Stadtrat von Mahabad, in dem kein Repräsentant der islamischen Republik vertreten war. Soldaten, die aus den Kasernen desertiert waren, hatten ihre Waffen mitgenommen und an die Bevölkerung ausgegeben, Kaserren wurden überfallen und die Waffen konfisziert. Breite Teile der Bevölkerung standen damit unter Waffen, zumal der Waffenmarkt frei war, Milizen wurden aufgestellt. Die Kurden waren bereit, ihre neu errungene Freiheit auch zu verteidigen!

Schon während der Kämpfe zum Sturz des Schah-Regimes entbrannte auch der Kampf zwischen Grundbesitzern und Bauern. Vor allem im Norden des Landes versuchten Landeigner, durch die ‚Landreform' des Schah verlorene Gebiete (für die ihnen Entschädigungszahlungen geleistet worden waren) wieder zurückzuerobern. Auf der anderen Seite besetzten Bauern und Landarbeiter Ländereien, gründeten Bauernkomitees und begannen mit der Bestellung der Felder in eigener Regie.

Die Landreform des Schah 1963 hatte zwar offiziell die Abschaffung und Aufteilung des Großgrundbesitzes proklamiert, tatsächlich brachte sie keinerlei Verbesserungen für die Bevölkerung. Die Grundbesitzer bekamen für ihre Ländereien Entschädigungen, die den Aufbau einer nationalen Industrie in Iran vorantreiben sollten und in Industrieprojekten *außerhalb* Kurdistans angelegt wurden. Jeder Grundbesitzer konnte darüberhinaus Teile seines Landbesitzes behalten, und die Landwirtschaft, die ausreichend mechanisiert war, blieb von der ‚Reform' ausgeschlossen. Für die Kleinbauern blieb das Gros unfruchtbaren und unbewässerten Landes, das sie kaufen oder pachten mußten. Die Erträge daraus können ihnen kein ausreichendes Einkommen gewähren. 70% der kurdischen Bevölkerung sind daher Bauern, die kaum in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt aus dem Feld herauszuholen, und Landarbeiter, die gezwungen sind, auf den Feldern der Grundbesitzer Arbeit zu finden.

So kam es im Laufe der Kämpfe gegen das Schah-Regime besonders im Süden von Kurdistan, wo die Stammestraditionen nicht mehr so einflußreich sind, schnell zu Landbesetzungen und Gründungen von Bauernkomitees. Dazu kam, daß linke Gruppierungen, wie die „Revolutionäre Organisation der Werktätigen Kurdistans", die Volksfedajin und die „Liga zur Befreiung der kurdischen Werktätigen" aus der Illegalität auftauchten und Einfluß auf die Bauern gewinnen konnten.

Nach dem Referendum über die islamische Republik, an dem sich große Teile der kurdischen Bevölkerung nicht beteiligten, wurden von seiten der neuen Regierung und der religiösen Machthaber die ersten Weichen für eine ‚Normalisierung' der Situation in Kurdistan bzw. in ganz Iran gestellt. In Kurdistan bedeutete das, daß aus den Reihen der religiösen reaktionären Gruppierungen Organisationen aufgebaut wurden, die den Schutz der ‚Islamischen Republik' gewährleisten sollten. Eine prominente Rolle nahm dabei die Koranschule des Mullah Muftizadeh ein. Aber auch aus Zentraliran, aus Teheran, Quom und Isfahan strömten „Wächter der Revolution" ein, deren Aufgabe darin bestand, das Entstehen einer autonomen Verwaltung in Kurdistan zu verhindern.

Die ersten Auseinandersetzungen fanden schon im März in Sanandaj statt, als die Stadtverwaltung mit khomeinitreuen Mitgliedern besetzt werden sollte. Es bildete sich ein „Provisorischer Revolutionsrat", bestehend aus KDP, der „Revolutionären Organisation der kurdischen Werktätigen", den Volksfedajin und der „Bewegung zur Verteidigung der Freiheit und der Revolution in Kurdistan", der die Milizen und die Bevölkerung gegen die „Wächter der Revolution" und gegen die Armee mobilisierte. Die Regierung wurde gezwungen, einen Waffenstillstand zu schließen.

Gleichzeitig wurden die Delegationen der Kurden, die mit der Zentralregierung über die zukünftige Autonomie Kurdistans verhandeln sollten, hingehalten. Die 8-Punkte-Erklärung (Mitspracherecht bei der Abfassung der neuen iranischen Verfassung, kulturelle Freiheiten, Kurdisch als offizielle Sprache, Recht auf Selbstverwaltung, Zugutekommen der Einkommensquellen Kurdistans für die Region, Mitspracherecht der Kurden auch bei Entscheidungen, die den gesamten Iran betreffen, Entwicklungshilfe der Regierung für Kurdistan, Abbruch aller Beziehungen der Regierung zur „Provisorischen Führung" der KDP – Barzani - Gruppe) sollte im Rahmen der Verhandlungen über eine neue Verfassung Irans behandelt werden.

Die Antwort von Khomeini und Bazargan auf die Forderungen der Kurden war der verstärkte Ausbau von religiösen Milizen, die in den darauffolgenden Monaten den Kampf gegen die Selbstverwaltung und die Landbesetzungen aufnahmen. Aber auch andere Gruppen kamen der Regierung und Khomeini zu Hilfe.

Ein Beispiel dafür waren die Ereignisse in der Stadt Mariwan. In diesem Gebiet war es noch zu Zeiten des Schah-Regimes zu Auseinandersetzungen zwischen Bauern und Grundbesitzern gekommen. Den Bauern mußte nach langen Kämpfen, die auch von der Stadtbevölkerung Mariwans unterstützt worden waren, der Besitz von anbaufähigen Landflächen zugestanden werden. Nach dem Sturz des Schah versuchten die Grundbesitzer, den Kampf um ihre Ländereien wieder aufzunehmen. Sie stützten sich dabei auf die Gruppierung „Provisorische Führung" der KDP, geführt von Söhnen des seinerzeit im Kampf gegen das irakische Baath-Regime vom Schah unterstützten Mustafa Barzani. Diese Auseinandersetzungen zwischen Landbesitzern und Bauern wurden zum Anlaß genommen, um Truppen und „Wächter der Revolution" in die einzelnen Gebiete zu entsenden und diese faktisch zu besetzen.

Als über 2 000 Bauern in Urmieh gegen ihre Landvertreibung protestierten und kämpften,

gelang es der Barzani-Gruppe, ein Zuhilfekommen von Bauern und Milizen aus Mariwan militärisch zu verhindern. Diese Gruppe stützt sich auf die Stammesführer des Nordens. Deren Platz ist heute an der Seite der Regierung und Khomeinis, von dem sie sich die Wiederherstellung feudaler Verhältnisse erhoffen.

Gestützt auf Stammestraditionen ist der politische Einfluß der „Provisorischen Führung" weiterhin groß, was den Angriffen der Grundbesitzer Vorschub leistet.

Im Süden von Kurdistan wiederum konnten sich linke Gruppierungen Einfluß verschaffen. Dort wurden in etlichen Städten und Dörfern Einheitsfrontkomitees gebildet, die „Associationen", in denen die meisten Gruppierungen links von der KDP arbeiten.

So gibt es z.B. in Sanandaj die "Bewegung für die Verteidigung der Revolution und der Freiheit", in Mahabad die "Bewegung für die Unterstützung des Kampfes der Werktätigen", in Bokan die "Bewegung für die Verteidigung der Werktätigen", in Oshno die „Bewegung für die Verteidigung der Rechte des kurdischen Volkes."

Alle diese Associationen haben das Ziel, Massenorganisationen der Arbeiter und Bauern aufzubauen. In Mariwan wurde ein Bauernbund gegründet, in Bane eine Arbeiterunion. Diese Associationen haben inzwischen einen Koordinierungsrat gegründet, um die einzelnen lokalen Arbeiter- und Bauernkomitees zu vereinigen.

Schritt für Schritt führten die Kämpfe um Stadtverwaltungen und Landbesitz, der steigende Einfluß linker Organisationen zu einer Situation, in der die Regierung durch die Grundbesitzer zum offiziellen Eingreifen gedrängt wurde.

Die Zentralregierung war inzwischen im Iran zur Offensive übergegangen. Trotz der Unfähigkeit der Regierung, die wirtschaftliche Situation im Lande und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, war es den Linken nicht gelungen, breiten Einfluß zu gewinnen und Organisationen der Arbeiter und Bauern aufzubauen. Das Verhalten vieler Gruppen zur Wahl des Expertenrats hatte noch einmal aufgezeigt, daß ihr Verhältnis zur Islamischen Republik vor allem von politischer Unklarheit geprägt war. In dieser Situation ging die Regierung, gestützt auf die „Wächter der Revolution", zum Angriff auf die Linke und die erkämpften demokratischen Rechte über. Durch die Ausschaltung der Linken und der Pressefreiheit sollen bessere Voraussetzungen für die Stabilisierung der kapitalistischen Verhältnisse geschaffen werden. Geflohene Bourgeois wurden inzwischen wieder ins Land gerufen, um die Wiederaufnahme der Produktion anzukurbeln. In dieser Situation mußten auch die Kämpfe der Nationalitäten verhindert bzw. unter Kontrolle gebracht werden. Denn auch im Erdölgebiet Khusistan verstärkte sich die Bewegung für Selbstbestimmung.

Anfang September erfolgte der Angriff von Armeeinheiten auf Mahabad und mehrere kurdische Dörfer. Mahabad war bis zu diesem Zeitpunkt das Zentrum des kurdischen Widerstandes gewesen, die Stadt war das Koordinationszentrum der kurdischen Milizen, von der aus die Unterstützung der angegriffenen Dörfer und Städte geleitet wurde. Gleichzeitig war Mahabad der Hauptsitz der einflußreichsten kurdischen Partei, der KDP, und des religiösen Führers Sheik Ezzein Husseini. Die Stadt wurde mit Phantom-Jägern und Panzern angegriffen, Truppen besetzten Zufahrtsstraßen und Orte.

Dieser Angriff stellt eine Wende im Kampf gegen die Autonomiebestrebungen der iranischen Völker dar. Waren die Auseinandersetzungen bisher zum größten Teil zwischen khomeini-treuen Milizen und kurdischen Kämpfern erfolgt, ist es nun der Zentralregierung gelungen, die Armee gezielt zum Einsatz zu bringen. Zwar ging das nicht reibungslos, wie die Erschießungsdrohungen gegen Befehlsverweigerer bewiesen haben und offenbar mußten die Einheiten aus allen Landesteilen zusammengezogen werden, aber der Regierung ist es gelungen, eine Befreiungsbewegung durch Einsatz der Armee vorerst zum Rückzug zu zwingen.

Diese Entwicklung in der Armee bedroht nicht nur das kurdische Volk, sondern jegliche Selbstorganisation und Selbstbestimmungsbewegungen der Arbeiter und Bauern im Iran.

Zwar verhält sich die Armee in Kurdistan im Mo-

ZU DEN VORFÄLLEN WÄHREND DER LETZTEN IRAN-DEMONSTRATION!

Am 4.Oktober rief die AKSA (Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland) zu einer Demonstration für den kurdischen Widerstandskampf in Iran auf. Zwei Tage vorher begannen einige ihrer Genossen in der Opernpassage einen Hungerstreik. Die GRM, wir und der ISV (Iranischer Studentenverband) unterstützten diese Aktionen. Letzterer versteht sich als Unterstützerorganisation der Volksfedajin.

Die Vorkommnisse rund um die Demonstration am 4.10. erinnerten frappant an die erste Kurdendemo in Wien gegen Ende der Sommermonate. Es gab wieder die üblichen Meinungsverschiedenheiten auf der Aktionseinheitssitzung, wobei wir sozusagen von vornherein den ‚Nachteil' besaßen, keine Kurden zu sein - als würde nicht auch uns die Wut im Halse steckenbleiben, wenn wir von dem Leid des Kurdenvolkes erfahren. Das sei ‚ihre' Demonstration, und deswegen würden auch sie bestimmen, welche politischen Inhalte auf ihr zu vertreten sind.

Die Angelegenheit ist etwas wirr. Wirr wird sie aber in erster Linie durch den ISV und auch teilweise durch das Verhalten der AKSA. Einig sind sie sich nämlich in einer Sache auf jeden Fall: gegen das Prinzip der Propagandafreiheit. Es sei nicht zulässig, daß andere Organisationen auf der Demonstration andere, weitergehende Losungen schreien, als jene, die von ISV und AKSA zugelassen wurden. Zuerst sah es auf der Aktionseinheitssitzung ja sogar so aus, als würden sie ihren Einheitsfetischismus in Sachen Propaganda auch auf Flugblätter und Transparente ausdehnen wollen. Daß sie später in diesen Punkten nachgaben, d.h. also, einerseits Flugblätter und Transparente(!) ‚freigaben', während sie auf der anderen Seite weiterhin die Parolen zensurieren wollten, ist ein Widerspruch, den sie sich einmal durch den Kopf gehen lassen sollten.

Wohlgemerkt, auch wir treten nicht für ein Chaos auf der Demonstration ein. Doch meinen wir, daß Organisationen mit verschiedenen Auffassungen zur iranischen Revolution – sofern sie nicht gegen den Widerstandskampf der Kurden gerichtet sind – das Recht besitzen sollten, diese auch zu äußern. Organisatorisch wäre solches sicherlich kein Problem. Man könnte sich absprechen, damit sich die Demonstrationsteilnehmer nicht gegenseitig überbrüllen. Verschiedene Flugblätter und Transparente würden ebenfalls nur der Realität gerecht werden: Hier marschieren Organisationen und Personen, die sich in der Solidarität mit dem Kampf der Kurden einig sind, obwohl sie zu bestimmten Fragen verschiedener Auffassung sind. Erst eine solche Vorgangsweise ermöglicht eine breite Aktionseinheit über die vorhandenen Differenzen hinaus. Das Ansinnen einiger ISV-Mitglieder, daß wir ja unsere eigene Demo machen könnten, bezeichnen wir in diesem Zusammenhang als spalterisch! Arbeiter, Studenten u.a. am Gehsteigrande, denen gegenüber demonstriert werden sollte, daß Solidarität notwendig ist, können unserer Meinung nach von einem solchen Konzept der Propagandafreiheit nicht abgestoßen werden. Wer dies argumentiert, muß schon ein gehöriges Maß an Mißtrauen gegenüber den ‚Massen' besitzen!

Die Debatten auf der Aktionseinheitssitzung waren wie immer ungemein ermüdend. Nachdem ISV und AKSA ihre schon oben beschriebenen Abstriche von ihren Beteiligungsbedingungen gemacht hatten, erregte der Flugblattentwurf der AKSA das Mißfallen eines ISV-Vertreters. Der Titelvorschlag „IM NAMEN KHOMEINIS WIRD KURDISTAN VERBRANNT!" müsse gestrichen werden. Auch unter den Kurden gab es also Meinungsverschiedenheiten – für jedermann, der sich im Geflecht der Ausländerorganisationen noch auskennt, ist das kein Geheimnis. Daraufhin gab es auf der Aktionseinheitssitzung einiges Durcheinander und schließlich gab auch die Mehrheit des ISV nach. Man ging, ohne sich in den strittigen Fragen geeinigt zu haben, auseinander.

Wir beteiligten uns an der Demonstration am 4.10. mit einem eigenen Block: „GEGEN DEN TERROR DES KHOMEINI-REGIMES!", „TRUPPEN RAUS AUS KURDISTAN!", „FÜR DIE ARBEITER- UND BAUERNMACHT IN IRAN!". Doch kaum hatten wir gerufen, was wir auf unseren Transparenten geschrieben hatten, kamen auch schon die ersten ISV-Ordner außer Atem dahergehetzt, um temperamentvoll auf ihre Art Khomeini in Schutz zu nehmen. Das sei nicht ausgemacht worden(? ? ?), „jedesmal das gleiche mit euch", etwas leiser dann: man sei zwar gegen Khomeini, dürfe es aber noch nicht laut rufen(? ? ?).

In Gesprächen mit diesen Volksfedajin geben sie ohne weiteres zu, daß sie für den Terror gegen die Kurden das Khomeini-Regime verantwortlich machen. Vor den ‚Massen' – in Wien(!) – halten sie jedoch mit ihrem Wissen bewußt zurück und drohen sogar mit der Polizei, wenn andere dieser politisch-schizophrenen Logik nicht folgen wollen. Ein ISV-Vertreter auf der Demonstration zu uns: „Ihr zwingt uns, die Polizei zu holen!" Ein Polizeibeamter etwas später: „Hört's auf, das macht doch kein gutes Bild." Und noch später derselbe ISV-ler: „Gleich hole ich meine Leute und lasse euch zusammenschlagen!" Nun, es war sicherlich auch für den ISV gut, daß es zu dieser Aktion nicht gekommen war. Seine Absicht alleine jedoch genügt schon, um dazu unseren schärfsten Protest dagegen einzulegen.

Es ist sicher eine Sache, in Teheran offen gegen Khomeini aufzurufen, wo die Linke größtenteils illegalisiert ist und auf Demonstrationen mit den Überfällen der fanatischen „Wächter der Revolution" rechnen muß. Wir können uns sehr gut diese Schwierigkeiten vorstellen, doch dürften sie nicht der Grund sein, jede Propaganda gegen die islamische Diktatur einzustellen. In Wien herrschen solche bedrückenden Verhältnisse nicht, und in Wirklichkeit sind es auch nicht diese Überlegungen, die die Volksfedajin zu ihren politischen Positionen bringen. Ihre Argumentation setzt am Bewußtsein der iranischen Massen an, so wie sie es einschätzen. Die Mehrheit stünde noch hinter Khomeini und würde eine khomeinifeindliche Propaganda nicht verstehen. Darin kommt voll die politische Unfähigkeit dieser Genoss(inn)en zum Ausdruck, die Perspektiven der iranischen Revolution anzugeben. Ein ganzes Volk kämpft heute gegen die Khomeini-Diktatur, unter anderen nationalen Minderheiten macht sich Unzufriedenheit mit Teheran breit, von den Erdölarbeitern hört man, daß es Unruhe unter ihnen gibt, daß der Leiter der iranischen Erdölindustrie vor kurzem von Khomeini abgesetzt und vor ein Gericht gestellt wurde, weil er zu wenig gegen oppositionelle Arbeiter und Techniker vorgegangen sei, in Studenten- und Intellektuellenschichten steigt der Mißmut mit Khomeini an, weil er die demokratischen Freiheiten mit Füßen tritt... Und die Volksfedajin, bzw. der ISV argumentieren mit ihrer Mehrheit des iranischen Volkes, die – so meinen wir – auch wenn es wirklich eine Mehrheit ist, eine Mehrheit für eine konterrevolutionäre Diktatur ist. Der Platz von Revolutionären ist in einer solchen Situation auf der Seite der ‚Minderheit' und sie sagen auch gleich dazu, gegen wen das gerichtet ist.

GEGEN DEN TERROR DES KHOMEINI-REGIMES!

ment passiv, aber ihre Anwesenheit und Einsatzfähigkeit deckt die Aktivitäten der Khomeini-Milizen ab.

Nach der Einnahme von Mahabad und der Kontrolle über die Zufahrtswege nach Kurdistan haben die islamischen Milizen Blutbäder unter der kurdischen Bevölkerung angerichtet. Täglich werden kurdische Kämpfer hingerichtet, aber die Terrorurteile der „islamischen Gerichte" treffen vor allem die einfache Bevölkerung, da es großen Teilen der bewaffneten Milizen gelungen ist, sich in die Berge im Westen zurückzuziehen. Ganze Dörfer werden von den „Wächtern der Revolution" vernichtet, Bauern gefoltert und hingerichtet. Die Angriffe konzentrieren sich vor allem auf Gebiete, in denen die Bauern aktiv waren und Ländereien besetzt hatten.

Nach Angaben linker Zeitungen aus dem Iran und Berichten von Kurden, wird der Guerilla-Kampf gegen die Besetzung im Moment hauptsächlich von den Peshmergas der KDP geführt. Sie greifen Patrouillen und Polizeistationen an. Gleichzeitig werden nachts in Dörfern und Moscheen Versammlungen abgehalten. In den Städten wird passiver Widerstand geleistet, die Läden bleiben geschlossen, die Bereiche des öffentlichen Lebens sind lahmgelegt. Den Guerilla-Verbänden gelingt es zeitweise, die islamischen Milizen zu überfallen und Geiseln zu nehmen, die sie als Verhandlungsobjekt mit der Regierung benutzen wollen. Der letzte Überfall auf einen Lastwagenkonvoi, der die Gefangennahme von 52 Khomeini-Milizionären brachte, hat eine erneute Invasionsdrohung der Regierung hervorgerufen.

Militärisch ist die Situation für die Kurden im Moment schlecht, da eine Koordination der Widerstandsaktionen offenbar fehlt. Auf der anderen Seite sind immer noch große Teile der Bevölkerung unter Waffen.

Durch das Verschulden der KDP ist es nicht gelungen, eine breite militärische Abwehrfront zu organisieren. Die KDP hat nach Angaben eines kurdischen Genossen die militärische Front von der Anerkennung ihrer politischen Grundlagen abhängig gemacht.

Die Mitglieder der Associationen und der Volksfedajin sollen sich vorerst zurückgezogen haben und versuchen, den Kampf gegen die Besetzung zu organisieren.
Wesentliche Aufgabe in dieser Situation muß sein, ein breites militärisches Bündnis gegen die Besatzung zu organisieren. Das bedeutet Aufstellung und Reorganisation von bewaffneten Milizen zum Kampf gegen Armee und „Wächter der Revolution", aber auch zur Rückgewinnung der besetzten Ländereien.
Gleichzeitig muß versucht werden, Zersetzungsarbeit in den Militärgarnisonen zu beginnen.

Der militärische Kampf kann aber nicht vom politischen Kampf getrennt werden. Zentral ist in dem Moment, wo die Unterdrückung diese Formen angenommen hat, der Kampf für das Recht auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf Abtrennung.

Von vielen politischen Gruppierungen wird das Recht auf Abtrennung verworfen, da die ökonomische Situation Kurdistans einen eigenen Staat nicht zulasse und mit der Abtrennungsforderung die Hetzkampagne der iranischen Zentralregierung gegen die kurdischen ‚Separatisten' noch gefördert wurde.
Bei der Frage der Lostrennung ist die ökonomische Potenz keineswegs entscheidend. Die Zukunft eines Staates Kurdistan wird in jedem Falle von der politischen Entwicklung im gesamten Nahen Osten abhängen, d.h. seine längerfristige Existenz ist nur im Rahmen einer Föderation sozialistischer Staaten im Nahen Osten gewährleistet. Eine revolutionäre Organisation hat aber die Aufgabe, einem unterdrückten Volk die demokratische Entscheidung über seine politische Zukunft anzubieten, im Rahmen einer freien Abstimmung. Unabhängig davon ist die Frage, ob in der politischen Propaganda nicht Wert darauf gelegt wird zu betonen, daß der Kampf für die Befreiung der kurdischen Arbeiter und Bauern gemeinsam mit den iranischen Arbeitern und Bauern für einen sozialistischen Staat bessere Bedingungen schafft. Aber nur eine Organisation,die einem unterdrückten Volk die Entscheidung darüber selbst zugesteht, kann eine ernsthafte Unterstützung der unterdrückten Massen gewinnen. Voraussetzung für die Abstimmung ist der Kampf für den Abzug sämtlicher Truppen und islamischen Milizen aus Kurdistan. Den Grundbesitzern muß die Möglichkeit genommen werden, in den Auseinandersetzungen mit den Bauern die Zentralgewalt einzuschalten.

Zweite wesentliche Forderung ist die Landaufteilung an die Bauern unter Kontrolle von gewählten Bauernräten und die Koordination dieser Räte. Keinerlei Entschädigungszahlungen an die Grundbesitzer und Verteidigung des enteigneten Landes durch bewaffnete Arbeiter- und Bauernmilizen!
Der Kampf des kurdischen Volkes um diese Forderungen wird die Kämpfe anderer unterdrückter Nationalitäten im Iran, sowie der Kurden in anderen Ländern entscheidend beeinflussen.

Anmerkung der Redaktion:
Zum Zeitpunkt, in dem der Artikel geschrieben wurde, war scheinbare ‚Ruhe' in Kurdistan.
In den letzten Tagen ist es aber wieder zu heftigen Kämpfen gekommen, in deren Verlauf die Befreiungskämpfer die Truppen der Zentralregierung an den Rand einer Niederlage brachten!

Anmerkung: KDP = Kurdische Demokratische Partei.
Peshmerga = militanter Arm der KDP

Zwei Jahre deutscher Herbst!

Vor genau zwei Jahren brach der „deutsche Herbst" über die Linke der BRD herein. Massiver staatlicher Terror, Einschüchterung, Bespitzelung auf der einen, hektische und zum nicht unerheblichen Teile ratlose Suche nach dem politischen Standort auf der anderen Seite, bestimmten das politische Bild. Kaum einem Linken schien im September 1977 vorstellbar, daß die angespannte Situation, die für viele schon den Eintritt in eine neue faschistische Ära ankündigte, sich in absehbarer Zeit wieder in die politische „Alltagsarbeit" auflösen könnte, daß die Diskussionen um staatliche Vernichtungsprogramme, Distanzierungswellen und die Organisation einer wirksamen Gegenwehr so sang- und klanglos im trüben Sumpf von Wahlkampf-Strategien und „Alternativ-Programm" ersticken würden. Im Gegenteil: Stammheim und Mogadishu schienen nur der Anfang einer unaufhaltsam sich steigernden Entwicklung der Liquidierung der extremen Linken der BRD zu sein, und nur wenige Gruppen erkannten und problematisierten die isolierte, das heißt die politisch verzweifelte Lage der zersplitterten Linken gegenüber diesem Angriff der Bourgeoisie.

Aber die Einschätzung der Lage war falsch, weil sie auf der bornierten Sicht eben dieser Isolation beruhte; und die Fehler der Vergangenheit haben allemal, wenn sie nicht verarbeitet wurden, neue Fehler und neue Niederlagen hervorgerufen.
Das knarrende Rad der Geschichte ist nicht über die Linke hinweggerollt, es rollte — und das ist nicht weniger schlimm — an ihr vorbei, ohne daß sie es bemerkte. Mit den verblassenden Erinnerungen an die Toten von Stammheim, an Großfahndungen und Verbotsanträge rückten neue Ereignisse in den Mittelpunkt des linken Interesses — Parlaments- und Betriebsratswahlen, Indochinakonflikt und iranische Revolution reaktivierten national wie international die Erfahrungen mit der SPD-regierten Repression und der verschreckten und zutiefst entwürdigten Haltung eines aufgescheuchten Kaninchens, die so manche(r) Genoss(in)e demgegenüber eingenommen hatte. Den Kampf gegen die Repression delegierte der Großteil der organisierten und unorganisierten Linken an Russell III, und indem er delegiert wurde, verlor er gleichzeitig jede vorwärtstreibende, kämpferische Perspektive. Indem sie den bürgerlichen Juroren vertrauensvoll die Generalvollmacht zur Kritik an der „Demokratie" in die Hände legte, überantwortete die Linke ihnen gleichzeitig - mehr oder minder bewußt — die Entscheidung über ihre eigene Politik: Es ging um „die" Demokratie, um die Verurteilung „ungerechtfertigter" Repression, um die politische Scheidung zwischen „humanem Sozialismus" der Reformisten und „terroristischem" Kommunismus.
Wir alle kennen das Ergebnis: An den tragenden Säulen der kapitalistischen Herrschaft brachte das Tribunal einige verzierende linke Inschriften an, während die Linke staunend und mit offenem Mund den Graveuren noch das Minimum an politischem Druck zu Füßen legte, über das sie verfügt. Es gilt heute zu diesem Spektakel der Entwaffnung eindeutig Stellung zu nehmen: Organisatorisch getragen wurde es von der Linken, politisch dominiert vom Reformismus, und sein Ergebnis haben Brandt und Konsorten grinsend in die Rocktasche gesteckt. Von Beginn an war für Kommunisten einsichtig gewesen, daß die ganze Funktion des Tribunals nur darin bestehen konnte, einen Ansatzpunkt für die unabhängige Organisation des Widerstandes zu liefern, Möglichkeiten der Intervention und der Strukturierung. Wurden Vertreter dieser Position auf dem Höhepunkt des Russell-Fiebers noch als „sektiererische Spinner" verleumdet, so drückt sich die Richtigkeit dieser Einschätzung nach dem Abebben der reformistischen Flut doch ebenso in der kritischen Nachdenklichkeit einiger Genoss(inn)en positiv wie in der allgemeinen Ratlosigkeit negativ aus.

Das Ende der lautstarken Beschäftigung mit dem „Modell Deutschland" durch große Teile der Linken bzw.die Verlagerung dieses Interesses von den politischen Gefangenen weg auf die „Faschisierung" im großen und ganzen bedeutete nicht das Ende der Repression, wohl aber die Veränderung des Kräfteverhältnisses auf politischer Ebene. Sowohl der Staatsapparat und seine Repressionsorgane als auch die legale Linke veränderten — teils kosmetisch, teils inhaltlich — die Schwerpunkte ihrer Arbeit. Das Ergebnis dieser Verschiebung des Kräfteverhältnisses ist, daß die Linke mehr denn je hinter dem Staatsapparat herläuft, mehr denn je nur reagieren kann, mehr denn je zwischen brutaler Repression und reformistischer Schönheitschirurgie aufgerieben wird.

Die Repressions-Panik des Jahres 1977 ging davon aus, der sozialdemokratische Staat stehe unmittelbar an der Schwelle zum „modernen" Faschismus, und folgerichtig erwartete man eine Verlängerung der hysterischen Rundumschläge, der „Einheit der Demokraten", der waffenstarrenden Großfahndungen in eine unabsehbare Zukunft. Diese Erwartung hat aus mehreren Gründen getäuscht: Sie beruhte auf einer falschen, impressionistischen Einschätzung des nationalen und internationalen Kräfteverhältnisses und damit auch des Charakters und der unmittelbaren Ziele dieses Staates. Sicherlich ging und geht es dem Staatsapparat und dem westdeutschen Kapital darum, seine wirtschaftliche Vormachtstellung in Europa und seine Konkurrenzfähigkeit im internationalen Maßstab auf der Grundlage einer „Friedhofsruhe" im eigenen Land auszubauen.

Aber die Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen, beschränken sich keineswegs auf polizeiliche Maß-

nahmen; diese stehen vielmehr in einem bestimmten politischen Verhältnis zum bereits „Erreichten".

Die politische Unterdrückung der Linken ist in erster Linie die Festigung ihrer Isolation von der Arbeiterbewegung. Die Verhinderung einer Verbindung zwischen revolutionären Elementen und erneut aufflammenden Kämpfen der Arbeiter ist insofern allgemeines Interesse der Bourgeoisie und kann in „friedlichen" Zeiten des Klassenkampfes sicherlich den Kampf verschiedener Kapitalfraktionen vollständig in den Hintergrund drängen – durchaus auch als vorbeugende Maßnahme gerade angesichts der sich absehbar verschärfenden Krise. Die „Einheit der Demokraten", für manchen Linken Sinnbild des „klassenunabhängigen" faschistischen Staates ist in diesem Zusammenhang jedoch eine kurzlebige, taktische Erscheinung, zu bestimmten Zeiten für bestimmte Zwecke geeignet. Die Annahme, damit seien die Möglichkeiten bürgerlicher Politik bereits ausgeschöpft, beruht auf einer durchwegs falschen Einschätzungen der Kräfte und der Entwicklungsrichtung beider Lager.

Die Überschätzung des eigenen Gewichtes ist dabei der schwerste Fehler, der andererseits nichts als eine Kapitulation vor dem Reformismus hervorrufen kann. Sicherlich ist dem einen oder anderen Kapitalisten und bürgerlichen Politiker im Herbst 77 das Herz in die Hose gerutscht – als Klasse war und fühlte sich die Bourgeoisie jedoch zu keinem Zeitpunkt bedroht. Die absurde Selbstüberschätzung der illegalen Linken, die mit der Liquidierung einzelner Repräsentanten dieses System im ganzen ins Wanken zu bringen glaubt und die der schauspielerischen Leistung der angeblich bis ins Mark getroffenen „Demokraten" aufsitzt, zeigt ihre fatale Kehrseite in der Verwechslung von Logistik und Politik, von Dominanz des Reformismus und reaktionärer Massenmobilisierung.

Dem bürgerlichen Staatsapparat ist es nicht um hysterische Repressionshöhepunkte zu tun, sondern um Ruhe auf der ganzen Linie. Großfahndungen und Heerschauen ersetzen heute nicht die „demokratische" Herrschaft, sondern ergänzen sie und sichern sie demonstrativ ab. Die Repression erfolgt selektiv, die Salami-Taktik der Unterdrückung ergänzt die Zersplitterung der Linken und nutzt sie für ihre Zwecke. Der bürgerliche Staatsapparat und seine Träger haben zwei Linien der Anwort auf den Herbst 77 verfolgt, und beide, wie wir feststellen müssen, mit relativ großem Erfolg:

Auf der einen Seite wurde die ganze feingliedrige Maschinerie des Reformismus in Gang gesetzt, um die Ansätze zur Solidarität zu zerstören: Der Polizeiapparat hatte seine ‚Skandale' und die Auswechslung einiger besonders ‚harter' Marionetten, die SPD hatte wieder ihre ‚Linken' von Brandt bis Jusos, die sich von sich selbst distanzierten und den ‚liberalen' Reformismus wieder attraktiver gestalteten, die die ‚übertriebene' Repression zu bekämpfen versprachen und sich nach dem alten Motto 'Integration ist besser als Konfrontation' an die Spitze der ‚demokratischen' Bewegung zu setzen versuchten.

Auf der anderen Seite wurden die Strukturen der Repression technisch verbessert und verfeinert: perfektionierte Vorfeld-Strukturen ersetzen unliebsam auffallende Holzhammer-Methoden. Die Erschießung von W.P.Stoll und E.v.Dyck, die Festnahme Rolf Heislers und eine lange Reihe anderer ‚Erfolge' der Fahndung zeigen, daß das Netz der Repression enger, die Methoden zielsicherer geworden sind. Das von der TAZ und dem PFLASTERSTRAND veröffentlichte BKA-Fahndungsraster ‚Wohnungen' beleuchtet eindrucksvoll Aufwand und Effezienz der kritischen Lehren, die der Apparat gezogen hat: An die Stelle bedauerlicher Überreaktionen ist die Verbesserung der vorbeugenden Überwachung, an die Stelle der unerwünschte Solidarität erzeugenden Rundschläge die professionellere ‚Verhältnismäßigkeit der Mittel' getreten. Diese Veränderungen schließen neue Kraftanstrengungen nach dem bewährten Muster keinesfalls aus, wenn diese notwendig und opportun erscheinen sollten. Vorerst jedoch ist das Ziel des ‚deutschen' Herbst' erreicht: In der heutigen Situation der verschärften Krise und angesichts eines in der nächsten Zeit möglichen Aufschwungs der Kämpfe der Arbeiter gegen die Auswirkungen der Krise ist die revolutionäre Linke weiter von der Klasse isoliert als jemals zuvor während des letzten Jahrzehnts.

Welches sind die Antworten der Linken auf diese Situation? Wenn wir das Scheitern der Ansätze zu einer breiten, unabhängigen nationalen Antirepressionsbewegung kritisieren, so tun wir das nicht aus kleinlicher, rückwärtsgewandter Besserwisserei, sondern weil die vergangenen Fehler auch hier negativ auf der aktuellen und zukünftigen Politik lasten, wenn sie nicht kritisch verarbeitet werden.

Die Gruppierung, die sicherlich am wenigsten ‚gelernt' und aufgearbeitet hat – bedingt durch ihre besondere organisatorische Lage – und deren politischer Niedergang sich schlicht in der auch für die eigenen Genoss(inn)en immer unglaubwürdigeren Wiederholung alter Patentrezepte ausdrückt, ist die illegale Linke, d.h. RAF, RZ usw. Für sie stellt sich die politische Entwicklung zwangsläufig als eine kontinuierlich ansteigende schnurgerade Linie des ‚Weltfaschismus' unter der Kontrolle des CIA dar, einzig und allein geschaffen, um die Metropolenguerilla und die Strategie der ‚Einkreisung der Städte durch die Dörfer' zu zerschlagen. Dem begegnet die RAF mit den alten Formeln; die politischen Erklärungen aus dem Untergrund unterscheiden sich voneinander nur durch die proportional zur verstreichenden Zeit zunehmende Verwendung der Begriffe ‚noch mehr', ‚immer mehr' usw. Daß dem eine falsche und gefährliche Einschätzung der politischen und wirtschaftlichen Situation zugrunde liegt, braucht nicht mehr ausführlich bewiesen zu werden – die ‚Analyse' der RAF spricht für sich selbst: ‚Was sich verändert hat seit der politischen und militärischen Niederlage der Vereinigten Staaten in Vietnam ist, daß ihre Aggressivität zugenommen hat statt abgenommen, ist, daß die Völker der Welt mit einer neuen amerikanischen Offensive konfrontiert sind...Durch die Befreiungssiege in Südostasien und Afrika (wurde der) Rückzug des US-Imperialismus taktisch und strategisch unvermeidlich gemacht. (Sie) bauen die BRD als aggressive US-Base auf...das ganze Land eine einzige Kaserne...Für die sozialliberale Regierung unter Schmidt heißt das, daß das sozialdemokratische Projekt der verdeckten Kriegsführung, das schon an ihrer Maßnahme gegen die RAF gebrochen ist (!!), abgewirtschaftet hat' usw. usf., bis zur beschwörenden Schlußformel ;Der Kampf hört nie auf', die angesichts der Liquidierungserfolge des Staatsapparates einen zynischen Beigeschmack erhält. (Aus der Kommando-Erklärung zum Haig-Attentat)

Der Moralismus der RAF schlägt sich letztlich selbst die Waffen aus der Hand: Die Verachtung für die ‚integrierte' Arbeiterklasse, die (nicht unberechtigte) angewiderte Abkehr von der legalen Linken, die, um die Gefangenen aus der RAF nicht als um *ihre* Genossen kämpfte und die politische Verantwortung mit pazifistischen Distanzierungen von sich schob, reproduzieren immer wieder die gleichen Schemata des Kampfes und des Widerstandes gegen die Repression: letzten Endes nichts als ein moralisch legitimiertes Selbstmordprogramm, dessen fatale selbstzerstörerische Wirkung oft genug seine Stumpfheit als isoliertes Kampfmittel bewiesen hat. Der letzte, im Juni beendete Hungerstreik ist deutlicher Ausdruck der Ratlosigkeit der Guerilla, deren Selbstverständnis als ‚stellvertretende' Speerspitze der internationalen Revolution die Isolierung der Linken von der Arbeiterbewegung ‚ins Groteske verzerrt' als Isolierung der RAF von der legalen Linken steigerte. Ebenso, wie die Mittel des individuellen Terrors aber nur *Ergänzung*, Teile des revolutionären Massenterrors sein können (den man allerdings nicht voluntari-

stisch aus dem Boden stampfen kann!) muß der Kampf gegen die staatliche Vernichtung von Revolutionären, wie ihn die RAF innerhalb und außerhalb der Gefängnisse führt, zur Selbstvernichtung führen, wenn er nicht durch den Druck eines organisierten ‚legalen' Kampfes abgesichert wird. Das Fehlen einer solchen organisierten solidarischen Verteidigung durch die legale Linke (die Kritik nicht ausschließt) ist der RAF nicht vorzuwerfen, wohl aber der Ultimatismus, mit dem sie die politische Diskussion zu verhindern trachtet. Die Verteidigung der Preungesheimer Gefangenen und der unbedingt notwendige Kampf gegen die brutale Repression des Polizeiapparates durfte zum Beispiel die Kritik an der so offensichtlich schwachsinnigen Aktion der Frankfurter DPA-Besetzung nicht verhindern. Umgekehrt sprechen wir allerdings einer sich ‚akademisch' distanzierenden Linken, die sich aus Angst um ihr heute noch unbehelligtes Stück Freiheit weigert, die RAF-Genoss(inn)en konsequent zu verteidigen, das Recht auf Kritik ab; sie begibt sich selbst dieses Rechts, indem sie linke Variationen reformistischer Salamitaktik darbietet und mit der falschen Politik der RAF ihre eigene Verantwortungslosigkeit zu legitimieren versucht.

Der Hungerstreik vom Mai und Juni war wohl der letzte dieser Art, ein letzter verzweifelter Versuch starr an die ‚alten Traditionen' sich klammernde Aktionen und ‚Zeichen' zu setzen. Die Mehrzahl der politischen Gefangenen in der BRD beteiligte sich – aus unterschiedlichen, aber z.T. sehr überzeugenden Gründen (siehe die Erklärung von Fritz Teufel in der TAZ!) von Anfang an nicht an dem Hungerstreik (von 120 Gefangenen hungerten nur 46); die zweifelhafte Solidarität des Bis-zum-letzten-Blutstropfen-Aushaltens bricht angesichts der hoffnungslosen politischen Lage auf, und auch den Nachplapperern der RAF, die das richtungslose Sponti-Milieu regelmäßig unter Blähungen ausscheidet, gelingt es nicht mehr, solche Genoss(inn)en, die sich nicht für die Genfer Konvention zu Tode hungern wollen, glaubhaft als ‚Verräter' und ‚Schweine' zu diffamieren.

Der Großteil der organisierten und unorganisierten Linken – mit Ausnahme der Mao-Stalinisten, denen jede Repression gleich welcher Art eh nur als geschickt getarnter Angriff auf die‚Partei'gilt – hat erleichtert auf die Veränderungen der letzten zwei Jahre reagiert. Die Verlagerung der Schwerpunkte der linken Diskussion über Repression: Von Zensur auf Selbstzensur, von Faschismus auf Faschismus-in-uns-allen, von „Freiheit für die politischen Gefangenen" auf „Freiheit für alle Gefangenen", von militantem Kampf auf „Amnestie", von BKA-Terror auf Strauß-Kandidatur, bietet Möglichkeiten der Vergangenheitsbewältigung, die die eigene Verantwortung und Schuld unter den Tisch kehrt. Mit dem Hurra-Ruf „Freiheit für alle!" stürzen Teile der Spontis nach rechts, froh, eine „Theorie" der Distanzierung und des Defätismus gefunden zu haben. Denn eines darf bei aller Wortradikalität der „Freiheit für alle Gefangenen"-Schreier nicht übersehen werden: Diese Parole hat an sich keinerlei mobilisierenden Charakter, sie verpflichtet zu nichts und sie ist nicht „realistischer", sondern utopischer angesichts der aktuellen politischen Lage und angesichts der Weigerung gerade der lautstärksten Freiheitsapostel, ihren Worten organisierende Taten folgen zu lassen. Moralischer Utopismus aber war schon immer ein berechtigter Anlaß zu Mißtrauen.

Die Vorstellung, man könne die politischen Gefangenen durch genügende Mobilisierung im linken Lager befreien oder sie zumindest vor den schlimmsten Auswirkungen des staatlichen Vernichtungsprogramms schützen, ist an den politischen und polizeilichen Antworten des Apparates gescheitert, nachdem sich ihre Träger bereitwillig dem reformistischen Russell-Spektakel und anderen Ablenkungsmanövern anschlossen. Daß die RAF ihre gefangenen Genoss(inn)en in mörderischen Hungerstreiks zur Durchsetzung bürgerlich-juristischer Spitzfindigkeiten jagt, ist die Kehrseite derselben Medaille, die letzten Endes beim ‚ kleineren Übel' landen muß. Natürlich gibt es weiterhin Forderungen im Zusammenhang mit den politischen Gefangenen, „an denen es nichts zu rütteln gibt, für die wir uns einsetzen und bei denen wir mit Bedauern feststellen müssen, daß die linke Öffentlichkeit versagt hat ... zum Beispiel:

– die Abschaffung der Isolation,
– die Abschaffung der Isolationsbunker und Isoliertrakts,
– die Aufhebung der Informationsbeschränkungen und der Trennscheibe,
– die sofortige Haftentlassung von Günther Sonnenberg und Herbert Soffel, die haftunfähig sind."

(Rote Hilfe München, TAZ vom 18.6.)

Diese Forderungen lassen sich nicht ohne weiteres in ein Konzept der „Freiheit für alle Gefangenen" einordnen, will man nicht zynisch die besondere Situation derjenigen Genoss(inn)en leugnen, die durch physischen Terror und seelische Deprivation binnen kurzer Zeit zerstört werden sollen.

Von einigem Interesse – und bisher in der linken Diskussion sicherlich zu kurz gekommen – ist die Forderung „Völlige Integration in den Normalvollzug", die vor allem von den Rote-Hilfe-Gruppen aufgestellt wird. Die Stoßrichtung dieser Forderung zielt auf eine breite Kampagne innerhalb und außerhalb der Knäste, die den Kampf um das Leben der politischen Gefangenen ebenso einschließt wie den um die Rechte und Bedürfnisse der „sozialen" Gefangenen und die Knast-Isolation als ganze aufbricht. Aber auch diese Forderung hat ihre Schattenseite: Ausdrücklich setzt sie da an, wo unter den heutigen politischen Bedingungen „eh nichts zu machen ist", d.h. sie akzeptiert die Unmöglichkeit, die politischen Gefangenen durch einen starken organisierten Druck in absehbarer Zeit zu befreien. Gerade an diesem Punkt aber kann eine solche Kampagne in ihr Gegenteil umschlagen. Zum einen bedarf es einer nicht weniger starken, nicht weniger organisierten Bewegung, um die „vollständige Integration" durchzusetzen, und diese Bewegung wird ebensowenig wie jede andere sich „spontan" um irgendeine besonders schlaue Forderungs-Formel scharen; zum zweiten beinhaltet eine solche „Integration", wenn sie nicht durch eine massenhafte revolutionäre Bewegung kontrolliert werden kann, die Gefahr, die politischen Gefangenen dem Druck und der zusätzlichen Repression reaktionärer Gefangenen-Gruppen auszuliefern, die sich durch ein Zusammenspiel mit dem Justizapparat Vergünstigungen erkaufen wollen. Eine Bewegung aber, die die„Integration" nicht dem Staatsapparat überlassen würde, würde die Gefangenen befreien und sie nicht „integrieren"!

Auch diese Forderung ist also an sich keineswegs fortschrittlich oder gar revolutionär. Sie könnte die Spitze oder eine Spitze eines breiten Widerstandes gegen die Repression und gegen die Menschenvernichtung in den Knästen sein – wenn sie aber ausschließlich als mobilisierende Formel aufgestellt wird, führt sie mit Sicherheit zur Delegation der anstehenden Aufgaben an bürgerliche „Reformer", zum Vertrauen in den bürgerlichen Staat und zum Mißtrauen in die eigene Stärke.

Wie also kann der Kampf geführt werden? Der Platz dieser Zeitung war immer an der Seite der mutigen (und auch der weniger mutigen!) Kämpfer gegen die kapitalistische Herrschaft, und es ist die Aufgabe jedes Kommunisten, die Genoss(inn)en der RAF ungeachtet aller politischer Kritik gegen den Staatsapparat zu verteidigen.

Allerdings ist dieser Kampf wie der gegen die Repression im allgemeinen für uns nicht Selbstzweck oder rein moralische Verpflichtung. Die Rechtsentwicklung der BRD-Linken zeigt die Unfähigkeit zu erkennen, daß der Kampf um die Verteidigung gefangener Genoss(inn)en auch der Kampf um die eigene Zukunft, die eigene Stärke und die Verbesserung des entscheidenden Kräfteverhältnisses ist.

Wenn von den Stalinisten Moskauer, Pekinger und albanischer Coleur die Verbindung zwischen aktueller Repression und der.. Kampf gegen den Kapitalismus mit dem bornierten Hinweis auf einige besonders heroische bolschewistische Gefangene der zaristischen Repression abgetan wird, so können uns solche empörenden Verzerrungen und solche Ignoranz doch nicht daran hindern, den Kampf gegen die Repression im Zusammenhang mit dem sozialen Kampf für die proletarische Revolution zu betrachten. Letzten Endes – und dies ist nichts als geschichtliche Erkenntnis – hängt das Schicksal der RAF-Genoss(inn)en ebenso wie das der gesamten Linken und das aller Gefangenen von diesem einen Faden ab. Mögen uns die Spontis, die es schon beim Lesen des Begriffs Proletariat zu würgen beginnt, erklären, in welche Gesellschaft sie „alle Gefangenen freilassen" und nach welchem gemeinsamen Plan sie nicht nur die „Integration in den Normalvollzug", sondern auch die Integration einiger hunderttausend asozial zerstörter Menschen in die „freie" Gesellschaft, d.h. das Ende jedes „Vollzuges" bewerkstelligen wollen!

Es ist nicht akademische Spitzfindigkeit, sondern lebendige Erfahrung, daß der Kampf gegen die bürgerliche Repression auf allen Ebenen nur dann von einer reinen Verteidigungsschlacht mit ungleichen Waffen in eine Offensive verkehrt werden kann, wenn es der revolutionären Linken gelingt, diesen Kampf als Teil des proletarischen Kampfes in die Arbeiterbewegung hineinzutragen. Das bedeutet heute, in zwei Richtungen zu arbeiten:

Einerseits die Verbindung zwischen Repression gegen die extreme Linke und kapitalistischer Herrschaft (einschließlich der Repression gegen die Arbeiter) propagandistisch in die Arbeiterbewegung zu tragen und immer wieder aufzuzeigen, sich politisch und organisatorisch auf einen Aufschwung der Arbeiterkämpfe vorzubereiten; auf der anderen Seite in der heute möglichen und auch notwendig beschränkten Form solidarische Verteidigung gegen die Repression zu organisieren. Nur dann, wenn es der Linken gelingt, unabhängig vom bürgerlichen Staat, unabhängig von der Bourgeoisie und ihren reformistischen Agenturen diese Verteidigung wirkungsvoll zu organisieren, hat sie eine Chance, aus ihrer Isolation auszubrechen, die sie dem Staatsapparat ausliefert.

Wir haben am Anfang dieses Artikels darauf hingewiesen, daß die politischen Bedingungen, mit denen wir heute konfrontiert sind, großangelegte Kampagnen und überzogene Hoffnungen nicht rechtfertigen. Es kommt uns auch weder darauf an, an dieser Stelle propagandistische Joker aus dem Ärmel zu ziehen, noch halten wir eine hysterische Kampagnen-Politik, die sich bald auf diese, bald auf jene „demokratischen" Kräfte und Bündnispartner stürzt, für ernsthaft und glaubwürdig. Unglücklicherweise scheint es heute so, als könne eine solche Politik im Zuge der Anti-Strauß – und „kleinere Übel"-Hektik des nächsten Jahres noch traurige Höhepunkte erreichen. Eine weitere Entwaffnung der Linken gegenüber der bürgerlichen Herrschaft wäre damit vorprogrammiert.

Von verschiedener Seite, vor allem aus dem Sponti-Milieu und Rote-Hilfe-Kreisen, ist während der letzten Monate die Diskussion um die Repression und die Gegenwehr belebt und neu aufgenommen worden. Wir haben hier teilweise kritisch dazu Stellung genommen. Trotzdem halten wir die Diskussion für notwendig und richtig.

Ein breiter, offener Diskussionsprozeß in der westdeutschen Linken, der zu organisatorischen Konsequenzen führt, könnte den steckengebliebenen Anti-Repressionskarren noch einmal in Gang setzen. Die nächste Zeit muß zeigen, in welcher Form dieses möglich ist (lokale Veranstaltungen, nationales Treffen etc). Diesen Artikel verstehen wir als einen ersten Beitrag zu dieser Diskussion.

Nico Hübner und Rudolf Bahro – zum Beispiel

Ein Bischof sprach es aus: „Das Spiel, das mit Rudolf Bahro und mit Nico Hübner getrieben wird, ist beschämend." Im westdeutschen Rundfunk beklagte Frenz (Generalsekretär der deutschen Sektion von Amnesty International) „die schleppende Bearbeitung der Asylgesuche von chilenischen und argentinischen politischen Verfolgten durch die deutschen Behörden." Bahro und Hübner müßten eine Feigenblattfunktion übernehmen, da sich hier aus „Menschlichkeit politisches Kapital" schlagen lasse.

Das Feigenblatt steht allerdings in umgekehrter Größe zu dem Rummel der westdeutschen bürgerlichen Journaille – Nico Hübner zeigte uns, wie man einen Politstar und „Freiheitskämpfer" künstlich aufbaut. Die bürgerliche Presse brauchte auch endlich einen deutschen Dissidenten ihrer Couleur. Biermann, Havemann, Bahro – na schön, Anlaß, zum x-ten Mal Storys über das „unmenschliche SED-Regime" ablassen zu können, aber doch leider etwas unhandlich für eine antikommunistische Propagandaattacke. Nico Hübner ist dafür schon besser geeignet.

Kaum im „freien Westen" angekommen, so ordnet er sich selbst „der rechten Mitte" zu, findet den „Liberalismus verteidigenswert" (wir befürchten, er bemerkt nicht, daß man sich in der Bundesrepublik gegen den Liberalismus verteidigen muß), verkündet, daß er keinen Kontakt zu Bahro gehabt habe, und „...ich distanziere mich auch davon. Ich bin schließlich kein Kommunist und auch kein Marxist." Da freut sich ~~sich~~ die Reaktion, daß sie endlich auch einen eigenen „Freiheitskämpfer" aus dem „unfreien Teil Deutschlands" vorweisen kann. Dies muß natürlich auch gebührend honoriert werden. Ein Exklusivvertrag mit der Bild-Zeitung, einen Brief und eine Unterstützungszusage vom Westberliner Bürgermeister Stobbe und, last but not least, eine Einladung von Strauß, um den mit 10.000 DM (West) dotierten Konrad-Adenauer-Preis entgegen zunehmen. So ist gesichert, daß Hübner die Segnungen der freien Marktwirtschaft schätzen und genießen lernt.

Daß es in der DDR zwischen 1964 und 1977 neun- bis zehntausend Wehrdienstverweigerer gab, von denen sich Nico Hübner kaum unterscheidet, spielt keine Rolle. Irgendeiner mußte ja den „kommunistischen Utopisten" à la Biermann, Havemann und Bahro gegenübergestellt werden – damit das Frontbild wieder stimmt. Daß es jene gleichen Reaktionäre sind, die Hübner feiern, welche hier in Westdeutschland Wehrdienstverweigerer mit politischen und juristischen Mitteln unter Druck setzen („linke Drückeberger") wundert uns nicht. Wer kümmerte sich eigentlich um jene Wehrdienstverweigerer in der DDR, die Ende der 60er Jahre gegen den Vietnamkrieg Stellung nahmen, in einem offenen Brief den Präsidenten der USA verurteilten und ihre Solidarität mit Nordvietnam bekundeten ? – das paßte nicht ins Bild.

Nico wurde also aufgebaut. Die ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung' (FAZ) spricht wie so oft die Strategie der bürgerlichen Presse offen aus: „Alles sprach in der Bundesrepublik dafür, sie (Bahro und Hübner) als DDR-Gefangene im gleichen Atemzug zu nennen. Der freie Teil Deutschlands ist verpflichtet, im unfreien auf die Einhaltung der Menschenrechte zu pochen...Aber es läßt sich nicht übersehen, daß dieses Argument am Ende dieser Woche nicht mehr so stark ist wie in der vorigen. Seit ihnen das Freiheitsminimum zurückgegeben ist, sind die Unterschiede wieder deutlicher, die zwar immer bestanden, aber bis dahin keine Rolle spielten...Aber für Bahro, den marxistischen Theoretiker aus der Schule Ernest Mandels (? ?), wird von nun an eine differenzierendere Betrachtung gelten: Seine Meinungen sind frei, aber sie dürfen bekopfbeschüttelt werden. Hübner und Bahro werden getrennte Wege gehen und man kann sie fortan wieder als verschiedene Wesen betrachten." (FAZ, 13.10.1979) Na bitte, da sage doch einer, sie wissen nicht was sie tun. Solange Bahro und Hübner in der DDR im Gefängnis saßen, waren sie für antikommunistische Hetze gut zu mißbrauchen – jetzt gilt es aber die Frontlinien neu zu ziehen. Hier unser Nico, ein „mutiger Freiheitskämpfer", dort Bahro, ein „kommunistischer Utopist" (flüstert da jemand etwas von Berufsverbot?).

Die Amnestie und die Opposition

Zum 30.Jahrestag verkündete die SED-Führung eine Amnestie. Es war nicht die erste und wird auch nicht die letzte sein. Bei allen bisherigen Amnestien waren auch politische Häftlinge betroffen. 1951 bei der ersten Amnestie wurden ca. 20.000 entlassen, 1972 über 31.000, über 2.000 „durften" in die Bundesrepublik ausreisen. Die DDR hat bis jetzt zu jedem Jubeljahrestag Häftlinge entlassen, die Zahl von 20-25.000 der diesjährigen Amnestie liegt dabei eher an der unteren Grenze. Diese Amnestie steht keinesfalls im Widerspruch zu der allgemein verschärften Situation in der DDR, wie sie sich z.B. auch im neuen, verschärften Strafrecht niederschlägt. Aber noch nie wurde eine Amnestie zu einem solchen Politikum. Nico Hübner und Rudolf Bahro sind nur die Spitzen zweier Eisberge. Verschwommen, mit Überschneidungen und politisch unausgegoren, verkörpern sie zwei sich keimhaft herausbildende unterschiedliche Oppositionsströmungen in der DDR. Beide sind für die SED-Bürokratie gefährlich, aber auf unterschiedliche Weise.

Die Hauptopposition von rechts wird von der Kirche in der DDR getragen. Während die höheren Offiziellen der evangelischen Kirche sich zurückhaltend und kooperativ geben, wird die Dreckarbeit von den Mitgliedern der „Jungen Gemeinde" getan. Sicherlich, dies sind nicht alles verstockte Reaktionäre, darunter sind verworrene junge Menschen, viele zeigen sogar ein starkes soziales Engagement (Sozialarbeit), andere drücken hier nur ihre allgemeine Unzufriedenheit aus. Durch die geradezu plumpe und unfähige Religionspolitik treibt die SED noch zusätzlich Jugendliche in die religiöse Ecke. Nichts desto trotz liegt hier das aktuell vielleicht stärkste, auf jeden Fall das stärkste organisierte und aktive antikommunistische Potential. Natürlich ist der Einfluß der Kirche weder in der Breite noch in der Tiefe zu vergleichen mit dem Einfluß der Kirche z.B. in Polen, aber der Fall Hübner ist durchaus typisch. Nicht zufällig war seine geschiedene Frau, die mit ihm ausreiste, bis zuletzt in „kirchlichen Diensten" tätig.

Die evangelische Kirche in der DDR ist zwar viel zu schwach, als daß über diesen Hebel langfristig eine bürgerliche Opposition aufzubauen ist, aber aktuell stellt sie die wichtigste organisierte Kraft.

Die andere Oppositionsströmung wird durch Leute wie Rudolf Bahro verkörpert. Sie beschränkt sich keinesfalls auf Intellektuelle wie Biermann, Bahro, Havemann, Heym u.a. Die Oppositionsgruppe aus Jena, die ‚Zwischen-den-Zeilen' Berichte der FDJ-Organe und die Solidaritätskundgebungen mit Robert Havemann zeigen, daß hier auch jugendliche Arbeiter ihre politische Heimat suchen (wie verschwommen diese Heimat auch aussieht). Die SED wußte nach den Erfahrungen der Weltjugendfestspiele, als sie versuchte, Linke aus Westberlin zu isolieren, warum sie auf ihrem nationalen Jugendfestival in diesem Jahr Angehörigen der „Sozialistischen Jugend – Die Falken" die Einreise verweigerten. An den Tagen, als der Prozeß gegen Havemann lief und als Bahro entlassen wurde, kontrollierte die Volkspolizei und der Staatssicherheitsdienst Züge aus der DDR nach Ostberlin. Der Versuch Havemanns, sich am Tag der Entlassung Bahros mit ihm in Verbindung zu setzen,wurde von der Stasi unterbunden.

Sicher, die Oppositionsströmungen in der DDR sind erst in winzigen Ansätzen vorhanden, aber sie liegen als Sprengstoffpakete bereit. Die Linke in der BRD trägt eine große Verantwortung dafür, daß auch das richtige Sprengstoffpaket hochgeht – zur Hoffnung besteht allerdings wenig Anlaß. Die unkritische Befürwortung der Amnestie an sich hilft nicht, die politischen Frontlinien stärker herauszuarbeiten.

Nico Hübner ist nicht unser Mann und dies muß auch deutlich gesagt werden. Gegen Mißbrauch durch die bürgerliche Presse kann sich niemand gänzlich schützen, aber die Äußerungen von Hübner verlangen von der Linken eine klare Antwort, Humanitätsduselei schadet da nur. Wer den Preis der Adenauer-Stiftung von Strauß entgegennimmt und Exklusivverträge mit der Bild-Zeitung abschließt, muß von uns als das behandelt werden, was er ist, ein Reaktionär. Hat die Linke die Pflicht, sich mit den Positionen von Rudolf Bahro kritisch und solidarisch auseinanderzusetzen, wenigstens halbwegs versucht, so steht sie der vorhandenen Opposition in der DDR, die sich nicht als marxistisch versteht, weitgehend rat- und hilflos gegenüber. Das ist kein Wunder. Wer unter der politischen Leitlinie der „Menschenrechte" an sich, der politischen Freiheit an sich, d.h. klassenneutral antritt, für den verschwindet alles hinter der dunklen Gewitterfront politischer Unfreiheit in der DDR oder umgekehrt hinter der rosaroten Amnestiewolke der Freiheit für alle politischen Gefangenen. Die SED-Bürokraten können mit Recht darauf hinweisen, daß Linke in der BRD auch für eingefleischte Antikommunisten politische Freiheit fordern. „Die politische Freiheit ist unteilbar" jault ein Teil der hiesigen Linken. Auf die Gefahr hin, uns zu wiederholen: politische Freiheiten sind für Revolutionäre nur als geteilte Freiheiten denkbar, klassenmäßig geteilt: Freiheit für die Linke und Arbeiterbewegung, aber nicht für aktive Antikommunisten.

Natürlich kann man eine solche Entscheidung nicht den SED-Bürokraten überlassen. Bei dem unentwickelten Stand der politischen Klarheit der Oppositionellen in der DDR muß hier auch sehr vorsichtig mit Losungen umgegangen werden, und nicht zuletzt muß berücksichtigt werden, daß die SED selbst durch ihre Politik junge Leute zu Antikommunisten werden läßt. Aber eine klare Antwort, wer auf unserer Seite der Barrikade steht und für wessen Freiheit wir mit Kopf und Herz eintreten, und wer nicht auf unserer Seite steht – eine solche Antwort muß von der Linken verlangt werden.

Die Losung Freiheit für alle politischen Gefangenen in der DDR ist zu wenig und zu undifferenziert. Mit der Beschränkung auf eine solche Losung, der Fixierung auf scheinbar klassenneutrale Menschenrechte, steht man plötzlich (ungewollt) in einer Reihe mit SPD und CSU. ●●



Leo Trotzki

Zum 100. Geburtstag

Er ist mir nie größer erschienen und war mir nie teurer, als in den armseligen Kammern der Arbeiter in Leningrad und Moskau, wo ich mehrmals erlebt habe, daß er, der einer der beiden unangefochtenen Führer der siegreichen Revolution gewesen war, stundenlang sprach, nur um einige Männer aus den Fabriken und von der Straße zu überzeugen. Er war damals noch Mitglied des Politbüros, war aber im Begriff, die Macht und wahrscheinlich auch das Leben zu verlieren. (Wir wußten es alle genau wie er, da er mit mir darüber gesprochen hat.) Er war fest davon überzeugt, daß der Augenblick gekommen sei, um das Gewissen jedes einzelnen Proletariers zu kämpfen – wie seinerzeit in der Illegalität unter dem alten Regime –, um eine revolutionäre Demokratie zu retten oder neu zu schaffen. Wohl dreißig oder vierzig Gesichter armer Menschen waren ihm zugewendet, manchmal stellte ihm eine Arbeiterin, die zu seinen Füßen auf dem Fußboden saß, Fragen, und er wog seine Antworten genau ab... (1927). Wir wußten, daß die Aussicht, besiegt zu werden, größer war als die zu siegen; aber auch die Niederlage würde einen Sinn haben. Ohne unseren mutigen Widerstand wäre das Ergebnis für die Revolution hundertfach schlimmer.

(Victor Serge, „Der Alte")

Abgeschreckt von „marxistisch-leninistischer" Heldenverehrung gehört es gewissermaßen zum ‚guten Ton' vor allem der ‚undogmatischen' Linken, der Beschäftigung mit dem Leben von Menschen, die der Arbeiterbewegung einen bleibenden Stempel aufgedrückt haben, aus dem Weg zu gehen, weil Verehrung zu zeigen ja in die Nähe jener grausigen Komödie des stalinistischen Führer-Kultes gerückt werden könnte.

Aber diese beiden Haltungen sind nur die zwei Seiten einer Medaille. So wie es falsch und abzulehnen ist, etwa das Leben Lenins als einen in der Wiege beginnenden schnurgeraden Weg zur Machtübernahme 1917 zu sehen, stets kompromißlos Opportunismus und Revisionismus bekämpfend; so wie es generell abzulehnen ist – weil unwissenschaftlich –, die Ideen, Aussagen und theoretischen Konzeptionen derjenigen, in deren Namen vielzuviele sprechen, unabhängig von der realen gesellschaftlichen Entwicklung – quasi als in die Geschichte gestellte Wahrheiten, nach denen sich die Welt nun einmal zu orientieren hat (oder sie wird umgedeutet) – aufzufassen, so ist auch die Kehrseite dieser Anschauungen zu verwerfen, nach der der besondere Einsatz, die außergewöhnlichen Fähigkeiten und Leistungen einzelner Menschen keinen bestimmenden Einfluß auf den Gang der Geschichte nehmen können.

Notwendig ist es vielmehr, den Zusammenhang herzustellen, in dem die außergewöhnliche Leistung von Individuen entscheidenden Einfluß auf gesellschaftliche Entwicklungen nehmen kann – die aber in den objektiven Grundlagen angelegt sind! Anders formuliert: Die marxistische Geschichtsbetrachtung unterscheidet sich von der bürgerlichen nicht dadurch, daß sie völlig und absolut auf die Hervorhebung des außergewöhnlichen Menschen verzichtet (der in der bürgerlichen Geschichtsbetrachtung das allein bestimmende Moment der historischen Entwicklung ist), sondern vor allem durch die Verbindung der objektiven gesellschaftlichen Entwicklung mit dem subjektiven Wirken und Schaffen des Menschen!

Dies verstanden, wird die stalinistische Geschichtsbetrachtung als Abklatsch des bürgerlichen Verständnisses vom ‚Lauf der Welt' begriffen werden. Die ‚Säulen' der „Wissenschaft des Proletariats" stehen unverrückbar und unveränderbar in der Geschichte der Arbeiterbewegung, ihr Handeln und Denken ist nicht Konsequenz der Entwicklung, nicht abhängig von Diskussionen und Auseinandersetzungen, sondern Ausgangspunkt aller Tätigkeit der Bewegung. Lenin, geboren im Sternbild des „Kampfes gegen Revisionismus und Trotzkismus", wird chemisch gereinigt dargeboten. Seine Aussagen werden nicht als abhängig von den konkreten Umständen, in denen sie formuliert wurden,(und daher auch als nicht veränderbar) aufgenommen, nicht als Ausdruck und Konsequenz von Diskussionen,in die Hunderte und Tausende einbezogen waren, begriffen, sondern sind per definitionem die ‚Wahrheit'.

Daß mit diesem Sieg der bürgerlichen Ideologie innerhalb der

Arbeiterbewegung auch die Auseinandersetzung selbst weitgehend ihren Sinn verlor, ist einsichtig!

Daß jene, die aus den Kämpfern für die Emanzipation des Proletariats, Marx und Lenin, kleinbürgerliche Karikaturen einer bürokratischen Kaste gemacht haben, am lautesten und aufdringlichsten sich auf den Buchstaben berufen, mag als zynischer Scherz der Geschichte gewertet werden, die sich für Versäumnisse und Fehler rächt.

Aber so wie Lenin zur „Unfehlbarkeit" verurteilt wurde und seit Jahrzehnten dazu herhalten muß, die Verbrechen und Dummheiten von Bürokraten und Ignoranten abzudecken, so wurde letztlich – warum sollte es anders sein? – auch Trotzki zum „Verkünder ewiger Wahrheiten" degradiert. In seinem Namen werden Standpunkte formuliert, die in die Praxis umgesetzt auf verschiedene Seiten der Barrikaden führen, in seinem Namen bestehen verschiedene „IV. Internationalen", von denen die quantitativ größte sich brav als „die einzige" wähnt, und in seinem Namen wurde auch Gewalt angewendet gegen andere, die ebenfalls seinen Namen benutzten, um ihre Aussagen mit der Autorität des Bolschewismus abzudecken.

Muß dieser scheinbar unvermeidliche Gang der Geschichte nicht zur Resignation führen?

Resignation wird tatsächlich die Folge eines Verständnisses sein müssen, das die Methode der Geschichtsbetrachtung, welche Marx und Lenin heimgesucht hat, einfach auf Trotzki erweitert.

So soll gerade anläßlich des 100. Geburtstages Trotzkis festgehalten werden, daß Trotzkist-Sein nicht bedeuten kann, alle Aussagen Trotzkis herauszulösen aus dem Zusammenhang der geschichtlichen Periode, in der sie getroffen wurden, sie unabhängig davon anzuerkennen, in welcher konkreten Auseinandersetzung sie formuliert wurden. Denn ein derartiges ‚Trotzkist-Sein' würde nichts anderes als eine etwas wissenschaftlichere Modifizierung des sogenannten „Marxismus-Leninismus" sein!



Die große Bedeutung Trotzkis lag darin, daß er in der großen Welle des historischen Niedergangs, in der Periode der Müdigkeit der ausgebeuteten Massen, den Bolschewismus ‚rettete'. Nicht indem er einfach andere und sich selbst wiederholte, sondern indem er anwendete und erweiterte, was in der Periode nach dem 1. Weltkrieg theoretischer Ausdruck des proletarischen Massenkampfes war. Und seine Bedeutung lag darüberhinaus in seiner Verweigerung fatalistischer Positionen. Bewußt wie kaum ein zweiter Mensch in dieser Periode die Geschichte verarbeitend, war er sich der Grenzen des menschlichen Willens ebenso bewußt, wie er andererseits dessen Möglichkeiten begriff. Und kaum ein anderer Mensch hätte seinen Rückzug auf die Warte des Betrachters einleuchtender begründen können als Trotzki. Vertrieben von jenen Orten, deren Schicksal er jahrelang direkt mitbestimmt hat, getrennt von vielen Freunden und Kampfgefährten, deren Niedergang und Ermordung er mitansehen mußte, schlug der Stalinismus unbarmherzig auf sein persönliches Schicksal ein. Der Sohn und Genosse ermordet, die Gefährtin und Genossin aus frühen Tagen, Kinder und Enkelkinder – alle Opfer des bewaffneten Arms einer Bürokratie, die Ausdruck des Rückgangs und der Degeneration war.

Doch gerade weil Trotzki alle Konsequenzen aus der Wahrheit gezogen hatte, daß es nicht gelte, die Welt zu kommentieren, sondern sie zu verändern, also eben weil er auch in den ungünstigsten Momenten alle seine Aussagen auf die organisierte Tätigkeit ausrichtete, konnte der Bolschewismus als Ideologie des revolutionären Proletariats den Niedergang zumindest überleben.

So bedeutet Trotzkist-Sein für uns zweierlei: Zum ersten die Verehrung eines Menschen, der, wie kaum ein anderer, in die Geschichte eingriff und dieses Eingreifen als Theorie der Befreiung des Menschen formulierte. Und zum zweiten, daß bewußte Einreihen in die Tradition des Bolschewismus, ohne Trotzkis (oder Lenins) Aussagen, in ihrer buchstabengetreuen Wiederholung, als die einzige Anleitung zum Handeln zu begreifen!

Resignation kann nur die Folge einer nicht fragenden, nicht selbständig forschenden Haltung sein, niemals das Produkt einer Haltung, die in Lenin und Trotzki zwar außergewöhnliche Vertreter des proletarischen Kampfes, dennoch aber Menschen sieht, die vom Stand der Erfahrungen, von Diskussionen und Auseinandersetzungen abhängig waren.

Im allgemeinen wird der Bolschewismus als geglückte Synthese aus Lenins Organisationsmodell und Trotzkis Permanenter Revolution verstanden. Nach diesem Verständnis haben beide im Verlauf der russischen Revolution die Halbheiten und Unzulänglichkeiten an ihren Anschauungen abgeworfen und sich getroffen.

Abgesehen davon, daß diese zweifelhafte Annahme eine Trennung zwischen politischem Programm und Organisationsmodell vornimmt, übersieht sie, daß Lenins in ‚Was tun?' entworfenes Organisationsmodell – wie er selbst rückblickend feststellte – nur in einer eng begrenzten Periode Gültigkeit besaß. Lenins Trennung von ökonomischem und politischem Kampf – die hier nicht gewertet werden soll – entsprach ein weitgehend vom Proletariat getrenntes Organisationsmodell. So wie also bei Lenin die Konzeption des politischen Kampfes gegen den Zarismus Folgen für den Charakter der aufzubauenden Organisation hatte, so folgerte Trotzki aus den ersten Ansätzen der Permanenten Revolution ein Modell der revolutionären Organisation.

Man wird einfach der Bedeutung Lenins und Trotzkis nicht gerecht, wenn man – nachdem das an beiden weggedacht ist, was das ‚vollendete Bild' stören könnte – eine einfache Addition vornimmt und das Ergebnis Bolschewismus nennt!

Nicht zufällig haben Lenin und Trotzki immer wieder auf die Bedeutung der ideologischen Auseinandersetzung der Fraktionen für die Entwicklung des Bolschewismus hingewiesen. Wenn die ideologische Auseinandersetzung aber Voraussetzung für die Formung des Bolschewismus war, dann muß gefolgert werden, daß die Weiterentwicklung der revolutionären Theorie (nicht die Wie-

derholung einst gemachter Aussagen) ohne diese Auseinandersetzung nicht möglich ist.

So wie Marx ist es auch Trotzki ergangen. Ignoranten glauben, einen „jungen Trotzki" festmachen zu können, dessen vehementer Kampf gegen den leninschen Dogmatismus ihnen ihren heutigen Opportunismus abzusichern scheint. Der Trotzki der Jahre 1917–1921 behagt ihnen weniger, der konsequenten Durchsetzung der bolschewistischen Politik – mit Kriegskommunismus und Kronstadt – können sie nichts abgewinnen. Statt die Abhängigkeit der Aussagen und Handlungen vom Stand der Erfahrungen zu begreifen, wird eine Phase in der politischen Entwicklung zum Revolutionär verabsolutiert.

War das Prägende an Trotzkis Entwicklung bis zur Zeit des 1.Weltkrieges ohne Zweifel die Formulierung der Grundlagen der Theorie der Permanenten Revolution, so verkörperte er in den Jahren der Revolution und des Bürgerkrieges nach dem 1. Weltkrieg den Willen der europäischen Arbeiterklasse, die bürgerliche Klassenherrschaft abzuschütteln. Wie für Lenin und andere Bolschewisten war das revolutionäre Rußland für ihn nur ein Ausgangspunkt, ein erster Stützpunkt der europäischen Revolution,und nicht selten stand er in der Welle des Niedergangs den nationalistischen Orgien des „Aufbaues des Sozialismus in einem Land" fassungslos gegenüber.

Nicht selten werden Überlegungen laut, die meinen, ein früheres und konsequenteres Eingreifen Trotzkis hätte den Sieg des Stalinismus verhindern können. Welch ein unsinniger Gedanke! Als ob der richtige Hieb des richtigen Mannes, zur richtigen Zeit gemacht, den geschichtlichen Prozeß aufhalten könnte!

Abgesehen also davon, daß Trotzki seine Überlegungen nicht mit den uns heute zur Verfügung stehenden Erfahrungen treffen konnte, begriff er, daß der rückläufige Prozeß nicht einfach durch einen Putsch zu stoppen gewesen wäre. Der Todesstoß für die russische Bürokratie konnte nur von einer siegreichen proletarischen Revolution kommen, die die Flamme auch in der Sowjetunion erneut entzünden und der Opposition die Verankerung in den Massen bringen würde.

Nach der Niederlage der chinesischen Revolution 1927, die von der Führung der Kommunistischen Internationale unter Stalin und Bucharin in das todbringende Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie getrieben wurde, konzentrierte sich Trotzki, mittlerweile aus der Sowjetunion vertrieben, auf Deutschland, wo der Schlüssel für die weitere internationale Entwicklung lag. Gerade jene Periode, mit ihren unvergänglichen Schriften zur Einheitsfrontpolitik, gehört sicherlich zu den produktivsten Abschnitten in Trotzkis Leben. Obwohl weit von der deutschen Arbeiterklasse getrennt, begriff er die Gefahren einer faschistischen Machtergreifung. Zu einer Zeit, in der Sozialdemokraten und die degenerierte KPD einen Standpunkt vertraten, der darauf hinauslief, daß Hitlers Machtergreifung ihnen die Massen zutreiben würde, formulierte Trotzki das, was später zur furchtbaren Wahrheit werden sollte: Der Faschismus an der Macht würde eine ganze Generation von kämpferischen Arbeitern vernichten und die gesamte Arbeiterklasse weit zurückwerfen.

Trotzkis Stellung zur Sowjetunion war entsprechend der Entwicklung in der Machtübernahme der Bürokratie nicht immer gleicher Natur. Selbstverständlich war sie abhängig vom konkreten Erfahrungsstand. In den ersten Jahren nach der Formung der Linken Opposition bestand die Aufgabe nach Trotzkis Ansicht in einer weitgehenden Reformierung des sowjetischen Systems. Im Wesentlichen übertrug er diese Haltung auch auf die Kommunistische Internationale. Etwa bis 1934 (der Beginn jener Periode, in der der Stalinismus nicht nur die bolschewistische Partei liquidierte, sondern auch das Bündnis mit dem „demokratischen Imperialismus" suchte) blieb er im Groben bei dieser Stellung. Die Gesetzmäßigkeiten,die zur Machtübernahme der Bürokratie in der Sowjetunion führten und deren Folge es war, daß die Kommunistische Internationale zu einem außenpolitischen Instrument der Bürokratie degenerierte, waren Trotzki bekannt,und er hat sie weit genauer und treffender analysiert, als manche der heutigen „Euro-Kommunisten". Er hoffte nicht auf die ‚Einsicht' der Bürokratie, er unterstellte ihr nicht die Fähigkeit, aus eigenem Antrieb zu einem revolutionären Faktor zu werden. Der Adressat seiner Politik waren die



hunderttausenden Arbeiter in den Parteien der Kommunistischen Internationale und in der Sowjetunion selbst, die noch an die Ideen der Revolution glaubten. Nur sie konnten bewirken, daß durch einen Wechsel in der Führung die stumpfsinnige Wiederholung bürokratischer Weisheiten einer revolutionären Politik wich!

Von diesen Arbeitern wollte Trotzki sich nicht freiwillig trennen, und nur darum verstand sich die Linke Opposition auch in jenen Jahren noch als Fraktion der offiziellen kommunistischen Politik, in denen bereits Gewalt und Verleumdung gegen sie eingesetzt wurde.

Es wäre natürlich lächerlich, rückblickend zu behaupten, da diese Politik nicht zielführend gewesen sei, sei sie auch falsch gewesen. Aber dennoch sollten jene Aussagen diskutiert werden, die bereits Jahre bevor Trotzki den Bruch mit der offiziellen kommunistischen Politik vollzog, diesen Weg verlangten. Es geht uns nun nicht darum, hier und heute eindeutig Stellung zu beziehen, sondern einzig darum, zu betonen, daß diese und andere Fragen keineswegs genügend diskutiert wurden, und daß unser eindeutiges Bekenntnis zu Trotzki nicht davon abhängig ist, jeden einzelnen seiner politischen Schritte unkritisch zu bejahen.

Waren in den Reihen – etwa der KPD – wirklich die fortgeschrittensten Arbeiter? Wäre eine Politik, die schon Jahre vor der faschistischen Machtergreifung nicht nur eine alternative politische Linie entworfen, sondern auch den entsprechenden organisatorischen Rahmen geschaffen hätte, wirklich ohne jede Perspektive geblieben?

Mitte der dreißiger Jahre erlebte und verspürte Trotzki die Nacht der Reaktion und mußte seine weitgehende Isolierung zur Kenntnis nehmen. Der Stalinismus wütete in Spanien und in der Sowjetunion. Eine ganze Generation der großartigsten Revolutionäre

Seine Persönlichkeit war nur in der Gemeinsamkeit denkbar, nur für das kollektive Leben hervorragend geeignet. Alle Merkmale seines Charakters, seines Geistes, seiner Lebensauffassung waren seit über einem halben Jahrhundert auch die der russischen revolutionären Intelligenz. Zehntausende Kämpfer besaßen sie ebenfalls, bewiesen sie an seiner Seite (und ich schließe in diese Menge auch viele seiner politischen Gegner ein). Wie Lenin und einige andere Männer, die die Zufälle des Kampfgeschehens nicht zur Berühmtheit gelangen oder nicht aus dem Schatten heraustreten ließen, hat er nur die Charakterzüge mehrerer Generationen zu einem sehr hohen Grad persönlicher Vollkommenheit entwickelt. Diese Generationen, ein Ergebnis der gleichen historischen Umstände, waren als Ganzes identisch mit ihm, obwohl jeder um ihn herum, hinter ihm, auf irgendeine Weise ihm unterlegen war. Während ich diese Zeilen schreibe, habe ich so viele Namen, so viele Gesichter vor Augen, daß ich darin eine auffallende Bestätigung sehe. Man hat diese Generation zur Gänze vernichten müssen, um das Niveau unserer Zeit zu senken. Diese Generation erwartete zuviel vom Menschen der Zukunft; sie verlor in dem Augenblick den Zusammenhalt mit der großen Masse, als die große Masse nach Ruhe strebte.

(Victor Serge, „Der Alte")

wird hingemordet, während die sowjetische Diplomatie das Bündnis mit dem Kapitalismus eingeht. Ohne Zweifel ist er überrascht über die Ausmaße der konterrevolutionären Wut, mit der der Stalinismus die Bolschewistische Partei vernichtet. Dennoch hat bis heute es niemand vermocht, exakter die Grundlagen des unwürdigen Schauspieles der Moskauer Schauprozesse zu analysieren.

Gerade er, der in jeder Situation eine Politik für die Massen des Proletariats entwarf, der den kleinbürgerlichen Zirkeln und den Diskussionen um der Sache willen, stets ablehnend gegenüberstand, der seine wirkliche Größe erst gemeinsam mit den Massen erreichen konnte, erlebte nun die letzten Jahre in tiefer Isolierung.

Von den Revolutionären aus der Periode des Aufschwunges, waren viele ermordet, andere wieder hatten sich selbst aufgegeben.

Nirgends war es gelungen, die proletarische Basis einer Partei gegen die degenerierte Führung zu wenden; enttäuscht und tiefgehend desillusioniert ging die Arbeiterklasse dem Abgrund des Völkermordens entgegen. In vielen Ländern gab es zwar Gruppen und Organisationen der Bewegung für die IV. Internationale, die sich nicht beugten und es wäre nicht gerecht, deren Arbeit und die Opfer, die sie bringen mußten, nicht zu würdigen, doch darf diese Tatsache nicht darüber hinwegtäuschen, daß vor allem solche Revolutionäre der Bewegung für die IV. Internationale angehörten,

Trotzki arbeitete mit der ganzen Partei an der Aufgabe der Schaffung der Roten Armee. Er hätte seine Rolle ohne die Partei nicht ausführen können. Ohne ihn hätten aber die Schaffung der Roten Armee und ihre Siege viel größere Opfer erfordert. Wenn unsere Partei die erste Partei in der Geschichte des Proletariats sein wird, die es verstanden hat, eine große Armee aufzubauen, so wird dieses glanzvolle Blatt in der Geschichte der russischen Revolution für immer mit dem Namen Lew Dawydowitsch Trotzkis verbunden sein, als eines Menschen, dessen Werk und Arbeit Gegenstand nicht nur der Liebe, sondern auch der Wissenschaft der neuen Generationen der Arbeiterklasse sein wird, die sich zur Eroberung der Welt anschicken.

(Radek – Leo Trotzki, der Organisator des Sieges)

die nicht in den Massenkämpfen der Jahre nach dem 1. Weltkrieg geformt wurden, denen die Erfahrungen aus den Klassenkämpfen fehlten.

Und Trotzki mußte darüberhinaus bald erkennen, daß sich in seinem Namen nicht wenige kleinbürgerliche Intellektuelle, die allein vom Reiz der neuen Idee, oder vom demokratischen Haß auf Stalin getrieben wurden, formierten. Der Kampf gegen große Teile der amerikanischen Organisation, den er in seinen letzten Jahren führen mußte, zeugt davon.

Dem Verfall der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern stand die Entschlossenheit der Massen in den unterdrückten Ländern gegenüber, wo die bolschewistische Politik, nach dem Bündnis des Stalinismus mit dem Imperialismus auf unverbrauchte Energien und eine große Aufnahmebereitschaft für eine revolutionäre Theorie stieß. Die Minenarbeiter in Bolivien, die Arbeiter und armen Bauern in Vietnam begriffen, daß nicht das Bündnis mit den „Demokratien" England und Frankreich, sondern allein die Praxis der Permanenten Revolution ihre Klasseninteressen durchsetzen konnte.

Mit der Gründung der „IV. Internationale" 1938, verband Trotzki vor allem die Perspektive, daß im unvermeidlich ausbrechenden 2. imperialistischen Krieg, eine grundlegende Änderung der Situation eintreten würde. Es war nicht die Anzahl jener, die 1938 die „IV Internationale" gründeten, die Trotzkis revolutionärem Optimismus rechtfertigten, sondern die Perspektive, daß ihr Programm letztlich die Massen erreichen und zu einer realen Gewalt werden würde.

Die Massen würden – darüber gab sich Trotzki keinen Illusionen hin – anfänglich mit chauvinistischer Begeisterung in den Krieg ziehen. Aber die Schrecken des Völkermordens und die Unfähigkeit von Stalinismus und Sozialdemokratie, dem Krieg ein Ende zu bereiten, würde das Proletariat der Sowjetunion und das der kapitalistischen Länder nach links stoßen und damit der „IV. Internationale" den Weg zu den Massen öffnen. Es ist nicht leicht, heute zu wissen, daß einige von den Prognosen Trotzkis nicht eintrafen, daß Sozialdemokratie und Stalinismus doch in der Lage waren, den Willen der getretenen Massen, jenes Gesellschaftssystem, welches immer wieder den Völkermord erzeugt, zu zerstören, in „demokratische" Bahnen zu lenken und abzuwürgen!

Trotzki konnte die neue Situation nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr analysieren. Die Hand eines Kretins vollzog 1940 den Willen Stalins und brachte den letzten jener großen Revolutionäre zum Schweigen, die entscheidend die politische Entwicklung nach dem 1. Weltkrieg bestimmt hatten.

Der „IV. Internationale" blieb der Weg zu den Massen versperrt. Der Großteil ihrer Kader wurde von Faschismus und Stalinismus ermordet, ein anderer Teil bezog – desorientiert durch die Entwicklung – andere politische Positionen, oder zog sich völlig zurück. Das entscheidende Ziel Trotzkis, den 2. Weltkrieg in einen Krieg gegen den Kapitalismus umzuwandeln und in diesem Prozeß tatsächlich die „IV.Internationale", als lebendige Massenpartei aufzubauen, wurde nicht erreicht, die Bewegung, die sich nach dem 2. Weltkrieg unter der Fahne Trotzkis neu sammelte, blieb weiter isoliert und schaffte nicht mehr, als Aussagen Trotzkis zu wiederholen, ohne zu begreifen, daß diese in der Vorkriegssituation und mit bestimmten Perspektiven getroffen wurden.

Trotzki war sich stets der Tatsache bewußt, daß der Bolschewismus als Ideologie der revolutionären Arbeiterklasse, nicht als ideologische Hülle bestehen könnte, daß die Trennung vom revolutionären Proletariat, unweigerlich deformierende Auswirkungen haben müßte.

Die Geschichte des „Trotzkismus" nach dem 2. Weltkrieg, jene im gesellschaftlichen Abseits vollzogene Auseinandersetzung zwischen wirklichkeitsfremder Buchstabentreue und dem Druck nachgebenden Opportunismus, ist ein nachträglicher Beweis für diese Einschätzung.

Eine Bewegung, die über ihre Vergangenheit nicht frei und offen diskutiert, wird keine Zukunft haben. Die Geschichte der trotzkistischen Bewegung ist noch nicht geschrieben und nicht zuletzt sollte es für Revolutionäre selbstverständlich sein, der Wahrheit zum Siege verhelfen zu wollen – unabhängig ob kurzfristige und billige ‚Erfolge' winken!

Widelin

Gegen jene Kaste der gierigen Parvenus, die „im Namen des Sozialismus" dem Volke die Kehle zudrücken, fühle ich unversöhnliche Feindschaft und, wenn man will, Haß. Doch ist in diesem Gefühl nichts Personelles. Ich habe nahezu alle Etappen der Entartung der Revolution und die fastautomatische Usurpation ihrer Errungenschaften beobachtet, ich habe zu beharrlich und eingehend Erklärungen für diese Prozesse in den objektiven Bedingungen des sozialen Kampfes gesucht, um meine Ansichten und meine Gefühle auf eine einzelne Person zu konzentrieren. Allein schon der Beobachtungsstandpunkt, den ich innehatte, erlaubte mir nicht, die reale menschliche Figur mit ihrem gigantischen Schatten auf dem Hintergrunde der Bürokratie zu identifizieren. Ich halte mich deshalb für berechtigt zu sagen, daß ich Stalin niemals in meinem Bewußtsein bis zu dem Gefühl des Hasses erhoben habe.

(Trotzki, Stalins Verbrechen)

INTERNATIONALE NACHRICHTEN

Frankreich

Am 20.September wurde Genosse Pierre Goldman Opfer eines Mordanschlages der rechtsradikalen Gruppe ‚Ehre der Polizei'. Nachdem er gerade seine Wohnung im 13.Bezirk (Paris) verlassen hatte, feuerten zwei Mitglieder dieser Bande neun Schüsse auf ihn ab, wovon drei tödlich trafen. Goldman fühlte sich schon seit mehr als einem Jahr bedroht. Nach dem durch eine Explosion seines Wagens verursachten Tod des Pol-Büro-Mitgliedes der faschistischen ‚Nationalen Front' Francois Duprat am 18. März 1978, hatte nämlich die faschistoide Wochenzeitung ‚minute' eine Beschreibung des mutmaßlichen Initiators dieses Anschlages veröffentlicht, die Goldman auf sich bezog. Seine Freunde versuchten ihn deswegen so gut als möglich vor etwaigen Anschlägen zu schützen.

Pierre Goldman war in den 60iger Jahren Mitglied der „Union der kommunistischen Studenten" und hatte sich 1968 der Guerilla in Lateinamerika angeschlossen. Nach Frankreich zurückgekehrt, sympathisierte er mit der extremen Linken. Bekannt wurde er in der Öffentlichkeit, als er des Mordes an einer Apothekerin angeklagt und trotz keiner Beweise für schuldig befunden wurde. Nach 6 1/2 Jahren Gefängnis, die er zusätzlich für einen von ihm gestandenen Raubüberfall verbüßen mußte, wurde dann dieses Urteil aufgehoben.

Sein Leben war sicher nicht frei von Widersprüchen. Vielleicht ganz das Gegenteil! Wir können uns dazu kein Urteil anmaßen. Aber er kämpfte und blieb Zeit seines Lebens aktiver Antifaschist. Sohn jüdischer Kommunisten, die im 2.Weltkrieg gegen die Nazi-Besetzung Frankreichs innerhalb der Resistance gekämpft hatten, bezeichnete er sich selbst als einen „in Frankreich geborenen polnischen Juden".

Die Ermordung von Pierre Goldman war ein Schlag gegen die Arbeiterbewegung. Der Sekretär der KP-Gewerkschaft CGT, Gerard Gaume, stellte zu dieser mörderischen Provokation fest: „Ein weiteres Mal hat die faschistische Gewalt zugeschlagen." Am Tage des Begräbnisses von Pierre Goldman bildete sich ein Demonstrationszug von 20.000 Personen. Im Gegensatz zur CGT hatte die KPF kurioserweise nicht für die Demonstration aufgerufen. Schon 8 Tage vorher hatten tausende Menschen am Platz der Ermordung demonstriert.

Die Gruppe ‚Ehre der Polizei' hat diesen Mord für sich beansprucht und verlautbart: „Die solidarischen Polizisten werden von nun an selbst für ihre Verteidigung sorgen. Sie haben die dafür notwendigen Mittel." Diese Banditen sind das erste Mal am 8.Mai dieses Jahres in Erscheinung getreten, als sie im Auto eines CGT-Mitgliedes eine Bombe anbrachten. Nur durch Glück entging der Genosse diesem Anschlag. Die Täter wurden bis heute nicht ermittelt...

Auch im Falle der Ermordung des Genossen Pierre ist vieles in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt. So war die Polizei mit mehreren Kriminalinspektoren (!) bis eine halbe Stunde vor dem Mord am Tatplatz anwesend. Laut offizieller Begründung überwachte die Polizei, nachdem sie diesbezügliche Informationen erhalten hatte, ein Cafe, in dem sich Leute treffen sollten, die eine bewaffnete Aktion planten. Den Abzug der Inspektoren kurz vor dem Mord, rechtfertigten die Behörden mit dem Dienstschluß der dorthin beordeten Beamten. Jedenfalls konnten diese Herren Polizisten nach dem Mord genaue Personenbeschreibungen über die rechtsradikalen Banditen anfertigen. Aufmerksam geworden durch deren gespanntes Verhalten, hatten nämlich die Polizisten diese bis zu ihrem Dienstschluß scharf beobachtet. Sind all diese Pannen wirklich nur unglückliche Zufälle? Das KP-Zentralorgan ‚l' Humanite' mutmaßt sogar: „Sie (die Polizei – Anm. d. Red.) weiß auch, wer sich hinter der Etikette ‚Ehre der Polizei' versteckt.

Es ist aber eher unwahrscheinlich, daß sich heute Teile der Polizei in Richtung selbständiger Terroraktionen gegen die Arbeiterbewegung radikalisieren. Aber die überwiegende Mehrheit der französischen Polizei weiß schon seit langem sehr genau, wo ihr Platz in den sozialen Auseinandersetzungen ist. Und wenn nun die Polizei angekündigt hat, ihre Untersuchungen auf das Milieu der extremen Rechten auszurichten, so wird sich nicht nur die Linke dazu denken: „Eine Hand wäscht die andere..."

ITALIEN

Die Steigerung der Streikquote und damit der Produktionsausfälle in diesem Jahr haben Unternehmer und Gewerkschaften gleichermaßen beunruhigt. So zählte man im April 19,5 Millionen und im Mai gar 25 Millionen Streikstunden. Zum Vergleich: Im Jahr 1977 stand Italien in Europa mit 116 Millionen Streikstunden an der Spitze. Und die Streiks im öffentlichen Dienst und im Transportwesen seit dem 12.September lassen in der Tendenz eine Wiederholung des Ausmasses an Streiks und Arbeitsniederlegungen von 1977 annehmen. Deswegen wird nun seitens der Unternehmer und der Gewerkschaften offen über eine Limitierung der Streiks diskutiert. Die KPI-dominierte Gewerkschaft C.G.I.L. steht dem Plan einer Selbstreglementierung des Streikrechtes sehr ‚gesprächsbereit' gegenüber. Das KPI-Zentralorgan ‚L'Unita' scheute sich nicht, zu erklären: „Die Zusammenarbeit muß dem Konflikt folgen. Über das Problem der Selbstreglementie-

rung hinausgehend, müssen wir eine Kampfform als Ersatz für den Streik entwickeln, die es den Gewerkschaften ermöglicht, einen breiteren Konsens zu erreichen, wenn wir die Verbraucher weniger treffen wollen." Zwar ist auch in der Verfassung durch den Artikel 40 die rechtliche Möglichkeit für eine Limitierung des Streikrechtes gegeben, jedoch begnügen sich die Gewerkschaften vorerst mit mehr oder minder gemäßigten Überlegungen, zumal die Unternehmerschaft ihrerseits nun versucht, die Kampfkraft der Arbeiter zu schwächen.

Am 9.Oktober wirft FIAT-Boß Agnelli 61 Arbeiter vom Turiner Werk auf die Straße. Er lastet ihnen an „die Prinzipien der dem Arbeitsplatz zukommenden Koexistenz nicht beachtet zu haben." Gleichzeitig verfügt er über alle 150 Werke des FIAT-Konzerns einen Einstellungsstop, „um Infiltrationen zu vermeiden und die Wiederherstellung eines normalen Klimas zu ermöglichen." Selbstverständlich steht in der Begründung dieser Entlassungen der Vorwurf „terroristischer" Gesinnung und gewalttätiger Handlungen an erster Stelle. Nun, FIAT erklärt zwar dementsprechende Dossiers als Beweismaterial über die entlassenen Arbeiter zu besitzen, möchte sie aber nicht veröffentlichen, um nicht neue Opfer und Repressalien auszulösen. Sie werden zeitgerecht dem Arbeitsgericht übergeben, heißt es.

Dabei haben die Unternehmer allen Grund über die Aktionen der „terroristischen" Gruppierungen beunruhigt zu sein. Am 21.September wurde in Turin ein Ingenieur des dortigen FIAT-Werkes von der Gruppe ‚Prima Linea' getötet. Laut Angaben der KPI haben sich die Aktivitäten der „terroristischen" Gruppen in Turin im Vergleich zum vorhergehenden Jahr (1978) sprunghaft gesteigert. Am 10.Oktober konnten die ‚Roten Brigaden' eine erfolgreiche Aktion im Alfa-Romeo-Werk in Mailand gegen die Entlassung von 4 Arbeitern durchführen. Ebenso ist es ihnen möglich in etlichen Betrieben eine beschränkte Öffentlichkeitsarbeit (Verbreitung von Flugblättern, Erklärungen etc.) zu organisieren.

Was nützt es den entlassenen FIAT-Arbeitern, wenn sie erklären: „Wir sind keine Terroristen." Die Unternehmer streben derzeit eine allgemeine Disziplinierung der Arbeiterschaft an. Das zeigt sich u.a. darin, daß sofort einen Tag nach dem Vorstoß des FIAT-Boß Agnelli der Alfa-Romeo-Konzern 4 Arbeiter wegen „Absenz" entlassen hat.

Der FIAT-Direktor für Industriebeziehungen, Cesare Annibaldi, drückt das Anliegen der Unternehmer offen aus. Der „Terrorismus" ist dabei nur mehr eine von drei Formen der Gewalt. Aus seiner Klassifizierung der Gewalt spricht offensichtlich leidvolle Erfahrung. Die Grundform der Gewalt bezeichnete er als die „physiologische", spontane Aktion, für die es typisch sei, einem Werkmeister oder einem leitenden Angestellten bei einem Streik eine rote Fahne in die Hand zu drücken und diese zu zwingen an der Spitze des Zuges zu marschieren. Die zweite Form der Gewalt, die er von der ‚terroristischen' unterscheidet, bestünde darin, den Vorgesetzten während und nach der Arbeit zu beleidigen, tätlich anzugreifen bzw. ihn oder seine Familie zu bedrohen. Es spricht für die Offenheit des Herrn Annibaldi wenn er fordert u.a. auch von den Gewerkschaften, diese ‚gewalttätige' Situation in den Betrieben verstärkt zu bekämpfen.

Wenn auch die ‚Verdienste' der Gewerkschaften im Kampf gegen die ‚terroristische Gewalt' von den Unternehmern durchaus anerkannt werden, so werfen diese ihnen doch vor, nichts gegen die täglichen Spannungen und Auseinandersetzungen in den Betrieben selbst zu tun.

Wenn der Arbeiterbetriebsrat C. Veronesi der Turiner FIAT-Werke als Reaktion auf die Entlassung 61 seiner Kollegen der Unternehmensleitung versichert, „zu einer konkreteren, weniger verbalen Kampfform gegen den Terrorismus" kommen zu wollen, kommt dies zwar den unmittelbaren Plänen der Unternehmer entgegen, bedeutet für sie aber nicht die Erfüllung ihres grundlegenden Zieles einer allgemeinen Befriedung der Arbeiterklasse. Oder mit den Worten des gleichen Betriebsrates anders ausgedrückt: „Diese entlassenen Genossen kennen wir; das sind Menschen wie wir. Sie haben die gleichen Kämpfe wie wir geführt." Eben! Ist das kein Grund?

NAHER OSTEN

Die Regierung Israels unter Premierminister Begin kommt vermehrt in Schwierigkeiten. Am 7.Oktober trat der Finanzminister Ehrlich zurück. Die Auslandsverschuldung ist mittlerweile auf 4,5 Milliarden Dollar angewachsen. Das Budget mußte um 10 Milliarden israelische Pfund (1 Pfund = ca. 0,45 ÖS) gekürzt werden. Die Inflation beträgt im Jahresdurchschnitt nicht weniger als 100% (!).

Auf der anderen Seite versucht die Regierung vorsichtig und schrittweise die weitere Besiedelung der besetzten arabischen Gebiete vorzubereiten. Dabei gerät sie teilweise in Widerspruch mit dem ‚Goush Emounim' – ‚Glaubensblock' – der radikalere Maßnahmen fordert. In der Nacht vom 14. auf den 15. Oktober besetzten Anhänger des ‚Glaubensblocks' 30 Stellen in den besetzten arabischen Gebieten. Während die Regierung vorerst nur eine Vergrößerung der schon bestehenden 7 Siedlungen um 400 Hektar plant, verlangte der ‚Glaubensblock' die Gründung weiterer Siedlungen mit einem Umfang von insgesamt 20.000 Hektar. Obwohl die Regierung die Armee beauftragte, die Anhänger des ‚Glaubensblock' zu zerstreuen, wurden keine Maßnahmen in diese Richtung gesetzt.

Die Regierung versucht nicht so offen die arabische Bevölkerung zu enteignen. Mit Rücksicht auf die Verhandlungen mit Ägypten will sie ihren Plänen einen legalen Anschein geben. Hauptziel ihrer verschleierten Besiedelungspläne ist jenes Land, das zwar rechtlich nicht als Besitz aufscheint, aber von der arabischen Bevölkerung bearbeitet wird. Ungefähr 20-50% des annektierten Territoriums ist in diese Kategorie einzureihen. Für 1980 hat die Regierung die Gründung von 6 neuen Siedlungen geplant. In den arabischen Städten Ramallah und El-Bireh sind die Gemeindeverwaltungen als Protest daraufhin in den Streik getreten. Auch in Israel selbst bildete sich eine Opposition gegen diese neuen Besiedelungsvorhaben heraus und fordert die Regierung auf, ihre Besiedelungspläne in den besetzten arabischen Gebieten aufzugeben...

Spanien: Faschistisches Wetterleuchten!

Labilität und Unruhe machen sich in der spanischen Gesellschaft breit. Die Arbeiterklasse ist mit Inflation, Arbeitslosigkeit und der Regierung unzufrieden. 10% Inflation, offizielle 8,7% Arbeitslosigkeit – in Wirklichkeit sind es selbstverständlich mehr und in manchen Regionen Spaniens übersteigen sie bereits die 20%-Marke. Streiks durchziehen viele Städte. Am 9. Oktober wurde in der andalusischen Stadt La Linea de la Concecion ein Generalstreik gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt. Alle Gewerkschaftszentralen unterstützten diesen Streik. In La Linea sind 22% der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Arbeit, in ganz Andalusien sind es 13,8%...

TERROR UND TERROR ...

Die Zentren der Unruhe liegen nach wie vor in den von Madrid aus regierten und unterdrückten Provinzen der nationalen Minderheiten. Im Baskenland wächst der Terror. Die bürgerliche Presse berichtet vorwiegend über den Terror der Unterdrückten. ‚Vergessen' wird wieder einmal die ungeheure staatliche Repression der Guarda Civil und der Polizei. Am 3.September riefen alle(!) nationalen und linken Kräfte der drei baskischen Provinzen Navarra, Viczaya und Guipoczoya wegen der Ermordung eines baskischen Demonstranten durch die Polizei zum Generalstreik auf. Der öffentliche Verkehr erlahmte, die Ämter und Geschäfte blieben geschlossen, die Arbeit wurde niedergelegt.

Die extreme Rechte verstärkte in den letzten Wochen ihre Provokationen, wobei sie traditionellerweise auf keinen Widerstand seitens der Staatsgewalt stieß.

Das rechte Lager Spaniens spielt zur Zeit die Anschläge der ETA hoch und teilweise ist es auch die Angst der hohen Militärs und Polizeiobersten um ihre leiblichen Kadaver, die ihnen im Nacken sitzt und sie unruhig werden läßt. Einige von ihnen leben nicht mehr und so feierlich können die Begräbnisse gar nicht sein, um die Zurückgebliebenen zu beruhigen. Vom November 1978 bis zum 28.September 1979 sind zehn höhere Militärs von der ETA beseitigt worden. Anfang Oktober mehrten sich erneut die Anschläge auf Zivilgardisten und Polizisten.

„...DES TERRORISMUS HERR ZU WERDEN."

Die Regierung tut was sie kann. Ihr Sprecher Jimenez Blanco meinte, sie sei im Begriff, des Terrorismus Herr zu werden, indem sie die ETA-Leute isoliere. Was rege sich denn die Rechte derart auf?

Suarez' Regierungspartei UCD operiert dabei auf drei Ebenen. Durch Abkommen mit den französischen Behörden soll der Kampf gegen den baskischen Widerstand vervollkommnet werden. Denn dieser hat sich längst über die spanisch-französische Grenze hinweg entwickelt. Am 3. September, dem Tage des Generalstreiks im spanischen Baskenland, kam es im französisch-baskischen Biarritz zu einer Solidaritätsdemonstration mit mehr als 1 000 Teilnehmern.

Suarez verpflichtete als zweites den gemäßigten baskischen Nationalismus auf den Regierungsentwurf eines Autonomiestatuts für die Provinzen. Vorläufiger Abschluß der Regierungskampagne zu diesem Punkt werden die Referenda am 25. Oktober im Baskenland und in Katalonien sein. Später folgen Andalusien, Galizien usw.

Und außerdem, so Blanco, besäße die Regierung eine „*erfolgreiche Polizeistrategie gegen die ETA-Terroristen*". Der Innenminister verlautbarte, daß die Polizei in diesem Jahr 59 ETA-Kommandos „zerschlagen" und 248 ETA-Mitglieder verhaftet hätte. Doch die Rechte ist damit keineswegs zufrieden.

DIE STÄRKE DER RECHTEN

Der deutlichen Minderheit der Rechten im Parlament entspricht nicht eine ebensolche Schwäche in der spanischen Gesellschaft. Mit dem Tode Francos starb keineswegs dessen staatliches System mit. Das erhielt den Faschisten viele ihrer früheren Positionen und ihren Einfluß: vor allem im Heer, in der Guarda Civil, im Polizeiapparat und in der Justiz.

Iribarnes vergangener Auftritt im Parlament verdeutlicht seine Funktion als ‚Stimmungsmacher' für die extremere Rechte, zu der seine ‚Allianz' sicherlich massive materielle Verbindungen unterhält. Iribarnes Schärfe in den Angriffen auf die Regierungspolitik steht außerdem in einem Mißverhältnis zu jener Art von Politik, die er noch zu den Parlamentswahlen im März bevorzugt hatte. Damals gab er sich stark gemäßigt, am 14. Oktober verlangte er im Parlament hingegen den Ausnahmezustand. Darin kommt zum Ausdruck, wie sehr im rechten Milieu die politische Verunsicherung angesichts der Dynamik eines Suarez einem gewachsenen Selbstbewußtsein zu weichen beginnt. Dies äußert sich heute in Spanien nicht nur in den Parlamentsreden Iribarnes. In den Kasernen hingen nach Francos Tod noch immer dessen Bilder – neben jenen von Juan Carlos. In Iribarnes Rede am 14. kam Carlos nicht gut weg und in den Garnisonen verschwinden seine Abbildungen von den Wänden bereits wieder.

Im rechten Lager Spaniens wird heute Resümee über die letzten vier Jahre und über Suarez gezogen. Er hätte Spanien „*Terrorismus, Unsicherheit, Inflation, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Pornographie und Autoritätskrise*" gebracht (Generalleutnant Milans de Bosch, Kommandant der 3.Militärregion). Es gelte militärisch zu intervenieren, „*wenn es augenscheinlich geworden ist, daß die Gesetze, die polizeilichen und rechtlichen Maßnahmen ungenügend sind.*" Oft sind die Töne höherer Offiziere von denen der faschistischen Aktivisten auf der Straße nicht mehr zu unterscheiden. „*Wenn wir sie angreifen, werden sie wie Ratten, die sie sind, davonlaufen.*" In Valladolid forderten rechte Demonstranten „*einen neuen Bürgerkrieg, um mit den Ratten aufzuräumen.*" Wenn Ratten schon über „Ratten" pfeifen...

SPANIENS LABILITÄT – SUAREZ UND DIE REFORMISTEN

Der Aufschwung der Rechten kommt nicht zufällig. Spaniens Kapitalismus kann nur mehr auf der Basis sozialer Unruhe funktionieren. Die Probleme, die er schafft - Lohnraub, Arbeitslosigkeit, Verarmungstendenzen in der Bauernschaft u.a. - wachsen infolge seiner Schwäche auf dem Weltmarkt an und führen in den unterprivilegierten Gebieten zum offenen Aufruhr. Eine Entwicklung zur ‚friedlichen' sozialen Beruhigung des kapitalistischen Spaniens könnte nur auf einem wuchtigen wirtschaftlichen Aufschwung basieren, der allerdings weit und breit nicht in Aussicht steht. Ohne dem ist schließlich jede liberalisierende Politik Flickwerk und bringt vielleicht kurzfristig ein wenig Erleichterung für das kapitalistische Werkel.

Suarez' Autonomiestatut löst keines der brennenden Probleme der nationalen Minderheiten – das Statut brächte lediglich gewisse Autonomien im Unterrichtswesen, im Polizeiapparat und in wirtschaftlichen Bereichen u.a. Mit einem Erfolg am 25. Oktober würde die Regierung in Madrid zwar das Selbstbewußtsein der konservativen nationalen Kräfte stärken und sie noch näher an sich binden, keinesfalls aber könnte sie die Wut und den Haß der arbeitslosen Jugendlichen, der Arbeiter und Arbeiterfrauen mindern. Deswegen setzt Suarez auch nach den Referenda auf den staatlichen Terror, was der Rechten aber als zu inkonsequent erscheint.

Sie kann sich zur Zeit ohne Zweifel auf die Enttäuschung über Suarez in vorwiegend kleinbürgerlichen Schichten stützen, die ‚ihr' Spanien im Chaos versinken sehen und durch die Bedrohung ihrer eigenen ökonomischen Existenz aufgestachelt werden. Die spanische Rechte fordert den Ausnahmezustand, der ohnehin in der Verfassung vorgesehen ist. Die entsprechenden Artikel genügten an sich, das Militär im Baskenland einmarschieren zu lassen. Sich dann an der Liqidierung der „Ratten" zu beteiligen – davon träumt heute die extreme Rechte.

Doch Suarez und sein bourgeoiser Flügel schätzen dabei das Risiko zu groß ein. Eine solche Politik könnte allzu leicht ins Auge gehen, eine breite Radikalisierung in der Arbeiterschaft einleiten, zudem der Mobilisierungsgrad im konservativen kleinbürgerlichen Milieu äußerst ungewiß wäre. Das hätte Konsequenzen für die Schlagkraft des Heeres. Nein, Suarez will noch keinen Bürgerkrieg, diese ‚Unkosten' mutet sich sein Flügel noch nicht zu.

PSOE UND PCE

Wichtige Unterstützung, um den ‚liberalen' Kurs noch beizubehalten, erhält Suarez von den Reformisten. Sie sind es, die ihm noch immer die Gewähr geben können, daß sich die Arbeiterkämpfe in Spanien nicht ausweiten, daß sie nicht zentralisiert(!) werden und daß sich die spanischen Arbeiter nicht mit den nationalen Minderheiten auf breiter Grundlage solidarisieren.

Dadurch sind es jedoch gerade die Reformisten, die die erregten Teile des Kleinbürgertums nach rechts drängen, da sie für sie keinerlei Alternative zur politischen Mitte darstellen. Erst recht haben PSOE und PCE mit ihrer Kompromißpolitik für die kämpfenden nationalen Minderheiten keine befriedigenden Antworten bereit. Hier erwachsen immer drohender – vor allem für das Baskenland – die Gefahren, daß die kampfgewilltesten Schichten nach vorne breschen und von der Reaktion leicht zu besiegen sind. Die Reformisten unterstützen Suarez in seiner Isolationstaktik (sie stehen hinter dem Autonomiestatut) und helfen die Kräfteverhältnisse zu Ungunsten der Basken, Katalanen u.a. zu verschieben, sodaß auch für Suarez eine militärische ‚Lösung' – d.h. vordererst einmal die Vernichtung der baskischen Linken – überlegenswert wird.

Die PSOE spiegelt ungebrochen die Politik einer Partei wider, die sich weigert auf den Klassenkampf zu setzen und sich deswegen vor der Reaktion abducken muß. Ganz offen unterstützt sie heutzutage Suarez, schont sie ihn, macht sie ungeheure Zugeständnisse - um der rechten Gefahr zu begegnen und wie sie meint, sich dabei noch zu stärken.

Die SP-Gewerkschaft UGT unterzeichnete einen Lohnpakt, der die Forderungen auf höchstens

2%(!) festlegt. Auf dem außerordentlichen Parteitag setzte die Parteiführung um Gonzales alles ein, der Partei ihren konservativen Anstrich zu lassen. Bekanntlicherweise hatte es noch am vergangenen ordentlichen Parteitag im Mai heftige Kritik an der Zusammenarbeitspolitik mit der Bourgeoisie gegeben (siehe ‚p.r', Nr 28/29). Damals gab es 1 200 Delegierte, jetzt durften von rund 400 nur mehr 60 abstimmen. Das Resultat: eine überaus gemäßigte Plattform, die Partei wird nicht mehr als „marxistisch", sondern als „Massenpartei, demokratisch und föderalistisch" bezeichnet. Der spanische Kapitalismus soll ganz „langsam verändert" werden – nur unter Erhaltung der „Einheit der Gesellschaft" und mit einer „großen Mehrheit".

An der Reaktion der SP-Parteibasis auf diese Parteitagsfarce und die utopisch-demokratischen Anwandlungen wird man ersehen können, inwieweit der Kampfeswille des spanischen Proletariats vorhanden ist, oder ob es den Reformisten bereits gelungen ist, Resignation in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Selbst aus der Sicht der PSOE-Bürokraten sind hiebei die Möglichkeiten für ihre Partei noch komplizierter als jene der UCD. Die „große Mehrheit" droht auch für Suarez zu schmelzen, während die Sozialdemokraten schon seit vier Jahren auf die Angestellten- und Beamtenschichten und die begüterte Bauernschaft Castilliens, die die soziale Grundlage für das ‚demokratische' Spanien abgeben, keine überwältigende Anziehungskraft ausüben konnten.

Einer „langsamen" Veränderung des spanischen Kapitalismus steht die Schnelligkeit der wirtschaftlichen und sozialen Zerrüttung entgegen, die immer breitere Bevölkerungsteile unzufrieden und ungeduldig macht. Die politischen Kräfte der Mitte haben dabei längerfristig keinen Bestand.

Das Fatale an der Situation ist die Politik der Reformisten und das durch sie hauptsächlich verursachte am Platzetreten des spanischen Proletariats. Die sozialdemokratische Feigheit vor sozialer Unruhe und militärischen ‚Lösungen' wird von den PCE-Kommunisten geteilt. Sie ergänzen sie zur Zeit wieder verstärkt mit dem Ruf nach „Einheit". Als Italiens KP-Berlinguer Anfang Oktober Carillo traf, stimmte er mit ein, daß es notwendig sei, den „*Dialog und das gegenseitige Verständnis mit den Sozialisten, Sozialdemokraten und allen Kräften christlicher Inspiration und progressiver Ausrichtung zu verstärken.*" Auch deswegen, weil eine „*engere Zusammenarbeit der progressiven Kräfte angesichts der Fortschritte der Konservativen*" angestrebt werden müsse. Allerdings folgt auf Berlinguers Anleihen an der alten Idee des historischen Kompromisses kein Angebot an die Sozialdemokratie, die Übereinkünfte mit einer Erhöhung der proletarischen Kampfkraft zu beleben. Die spanischen ‚Kommunisten' bleiben weiterhin auf diesem Ohr taub.

Ihre Einheitsvorstellungen gehen nicht von einem Programm des Kampfes aus, das alleine imstande wäre, das Selbstbewußtsein des spanischen Proletariats wieder zu wecken. Dies wäre eine Wende, die am besten einem Militärputsch und einer Rechtsenwicklung Paroli bieten könnte.

Doch machen sich heute in Spanien eher gegenteilige Tendenzen im Proletariat bemerkbar. PSOE und PCE unterstützen zwar mancherorts die Streiks der Arbeiter und die Demonstrationen der nationalen Minderheiten. Doch ist es eine Sache an kleinen ermüdenden Streiks teilzunehmen, die gegen die gewaltigen Probleme der Arbeitslosigkeit und nationalen Unterdrückung nichts ausrichten können (während PSOE und PCE jeden Kampf ja in den ‚höheren' Gremien hintertreiben); etwas anderes ist es, eine große Kampfperspektive anzugeben, die das spanische Proletariat vorwärtsreißen könnte. Doch während Carillo Anfang Oktober in einer großen öffentlichen Rede die spanischen Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit mit seiner Partei aufrief, hatte sich schon längere Zeit in den Reihen der kommunistischen Arbeiter Verzagtheit breitgemacht. Die große Demonstration der ‚Arbeiterkommissionen' (von der PCE dominiert) vom 15. Oktober kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Arbeiter desorientiert sind. Die Hälfte ihrer Mitglieder zahlen keine Beiträge mehr, die Kassa der Kommissionen ist leer.

21.10.1979

FUSION ZWISCHEN IKL UND DEM SPARTACUSBUND

Ende Juli 1979 fand die Fusionskonferenz von SPARTACUSBUND und IKL statt. Ihr ging eine lange Periode gemeinsamer Politik voraus, in der neben der politischen Diskussion regelmäßig ein gemeinsames theoretisches Organ (‚ergebnisse und perspektiven') und monatlich erscheinende Zentralorgane (‚spartacus', ‚permanente revolution') herausgegeben wurden, zu deren wichtigsten Artikeln es meistens Übereinstimmung gegeben hat.

Diese Einigkeit kann sich jedoch darüber hinaus noch teilweise auf das theoretische Erbe des ‚alten' Spartacusbundes stützen, den es heute in der einstigen Zusammensetzung nicht mehr gibt. Ohne hier erneut auf jene Entwicklung einzugehen, die schließlich bei beiden Organisationen zu Abspaltungen geführt hatte (siehe dazu ‚ergebnisse und perspektiven' Nr. 8, Resolution der 2.Konferenz der IKL, S.16), seien hier doch noch einmal die seinerzeit gelegten programmatischen Grundlagen in Erinnerung gerufen, die ganz wesentlich zum politischen Werdegang von SPARTACUSBUND und IKL beigetragen haben: Die Einschätzung der Sozialdemokratie und die Position zur Problematik Volksfront/Arbeiterregierung (‚ergebnisse und perspektiven' Nr. 2 und 3), die Stellung zum Nahen Osten und vor allem die Erkenntnisse aus der Diskussion zur portugiesischen Revolution.

Im Herbst 1977 begann für unsere Organisationen eine neue politische Periode. Die damalige Ausgangsposition war nach den Abspaltungen keine besonders günstige: quantitative Schwächung, politisch führende Genossen fielen weg, die ‚Notwendige Internationale Initiative' (die aus der italienischen FMR, dem Spartacusbund, der englischen ICL und der IKL bestand) war gescheitert, international blieben wir isoliert. Es folgte eine Phase der politischen und organisatorischen Festigung, in der sich zwar die gemeinsame politische Arbeit verstärkte, es uns aber andererseits nicht gelang, unsere internationale Isoliertheit zu durchbrechen.

Der fortschreitenden theoretischen Vereinheitlichung von SPARTACUSBUND und IKL (in den Fragen des individuellen Terrors, der Methode des Übergangsprogramms, in der Frauenfrage, zur Frage der Diktatur des Proletariats u.a.m., ohne hier die zahlreichen gemeinsamen Positionen zu historischen und aktuellen Fragen des internationalen Klassenkampfes aufzuzählen, wie sie sich in unseren TOs und ZOs ausgedrückt haben) stand unsere Schwäche gegenüber, durch eine verbindliche internationale Diskussion erneut einen Schritt zum Aufbau einer revolutionären internationalen Tendenz zu setzen. Denn darüber waren sich beide Organisationen klar: Unser nächstes strategisches Ziel blieb die Bildung einer solchen internationalen Tendenz!

Die 2.Konferenz der IKL, an der auch Vertreter des SPARTACUSBUNDES teilnahmen, formulierte unseren Willen, die Lösung dieser Frage verstärkt anzugehen, folgendermaßen: „Negativ an der letzten Periode unserer Politik war das weitgehende Fehlen (durch die Notwendigkeit der organisatorischen Stabilisierung bedingt) einer internationalen Propaganda für unsere Politik. Dies muß und wird sich in der kommenden Periode ändern, auch wenn wir eine Politik der ‚schnellen Projekte' ablehnen. Neben dem politischen Agieren auf internationalen linken Pressefesten werden vor allem die Verbreitung der noch 1979 zu verabschiedenden Programmatik der beiden fusionierten Organisationen (die in mehrere Sprachen übersetzt werden wird) und die Wahrnehmung aller Möglichkeiten, in Diskussionsprozesse einzugreifen, im Mittelpunkt der anzugehenden Aufgabe stehen, dem Ziel der Gründung einer internationalen revolutionären Tendenz näher zu kommen."

Bis dahin besaßen wir nur noch einen losen Kontakt zur englischen ICL. Auf dem Fest der französischen ‚Lutte Ouvriere' Mitte des Jahres gelang es uns indes, Verbindung mit anderen englischen trotzkistischen Organisationen aufzunehmen, die ebenso wie wir an einer internationalen Diskussion interessiert sind. Es ist klar, daß wir mit der Fusion, d.h. gestützt auf eine noch engere Zusammenarbeit über die deutsch-österreichische Grenze hinweg, eine noch bessere Ausgangsposition für diese internationale Diskussion besitzen werden.

Trotz der Erfolge in der vergangenen Periode ist uns bewußt, vor welchen riesigen Schwierigkeiten SPARTACUSBUND/IKL noch stehen. Beide Gruppen befinden sich in ihren Ländern in einem linken Milieu, das sich zunehmend entpolitisiert und dem jedwede Dynamik nach links fehlt. Weder SPARTACUSBUND noch die IKL sind in der Arbeiterklasse verankert und sehen sich (mit quantitativen Unterschieden) einem relativ passiven Proletariat gegenüber. Das sind Nachteile, die sich längerfristig für die Organisationen sehr negativ auswirken können.

Andererseits stehen wir heute erst vor dem Aufbau einer internationalen revolutionären Tendenz, d.h. können uns nicht an den Erfahrungen orientieren, die eine solche Internationale besitzen würde. Schon die jetzige internationale Diskussion – etwa die mit einem Vertreter der ICL auf unserer Fusionskonferenz oder zuletzt die Diskussionen, die wir über den Sommer mit der ‚Workers Socialist League', der Gruppe ‚Workers Power' und der ICL in England geführt haben – haben gezeigt, wie beschränkt ein programmatisches Fortkommen auf einer national isolierten Basis, ohne Zugang zu einer kämpfenden Arbeiterklasse möglich ist. Gerade die Debatte zur Labour-Party und zur Frage der Wahltaktik in England, die auch auf unserer Fusionskonferenz geführt wurde, hat darauf hingewiesen, daß wir in Zukunft unsere nationalen Erfahrungen nicht starr den Klassenkämpfen in anderen Ländern entgegenhalten dürfen. Ohne von vornherein auf unsere programmatischen Positionen zu verzichten, dürfen wir uns nicht weigern, so manche unserer ‚selber' erarbeiteten Positionen abermals zur Diskussion zu stellen und – wenn notwendig – zu modifizieren. Das ist letztlich auch eine Schlußfolgerung aus unserer Erkenntnis, daß die umfassende Rekonstruktion des revolutionären Programms und die Klärung wichtiger bolschewistischer Prinzipien nur eine internationale revolutionäre Tendenz vollbringen kann, die mit dem kämpfenden Proletariat verbunden ist.

Im Mittelpunkt der programmatischen Diskussion auf der Fusionskonferenz standen die Punkte „Volksfront/Arbeiterregierung", die Methode des Übergangsprogramms (mit dem Unterpunkt „35-Stunden-Woche"), die Frage der IV. Internationale und Reformismus/Eurokommunismus. Hier ist nicht der Platz, auf den Verlauf der Diskussion einzugehen. Die entsprechenden Papiere werden in nächster Zeit veröffentlicht werden.

FÜR DEN AUFBAU EINER REVOLUTIONÄREN INTERNATIONALEN TENDENZ!

Gründung des Komitees zur Verteidigung der arabischen Revolution

Vor gut einem Monat riefen die Initiative für die Bildung eines Komitees „Solidarität mit der arabischen Revolution" und die ‚Internationale Kommunistische Liga' mit Flugblättern und Einladungen alle linken Organisationen zur Gründung eines Komitees auf, dessen Ziele im Wesentlichen sein sollen:

- Widerstand gegen jede Repression in allen arabischen Ländern, vor allem aktuelle Solidarität mit der ägyptischen Linken gegen den Terror des Sadat-Regimes
- Unterstützung der palästinensischen Revolution, Ablehnung des Sadat-Friedens
- Selbstbestimmungsrecht für alle nationalen Minderheiten in allen arabischen Ländern
- Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und die arabische Reaktion.

Bei dem ersten Treffen am 1. Oktober nahmen die AKSA (Auslandsorganisation der Kurden in Wien), ASO (Arabische Studentenorganisation), chilenische Genossinnen und Genossen, der KSV, und unorganisierte arabische und österreichische Genossinnen und Genossen teil. Bereits hier zeigte sich das nahezu völlige Desinteresse der meisten linken Organisationen in Österreich an den Fragen der internationalen Solidarität, die gerade durch die letzten Entwicklungen im Nahen Osten eine brennende Aktualität erhält.
Außer den bereits oben genannten Zielen, die die minimale und deshalb für alle politischen Strömungen akzeptierbare Basis einer Solidaritätsarbeit darstellen, schlugen wir als Grundlage der Arbeit des Komitees vor, daß jede Gruppe und jeder teilnehmende Genosse das Recht auf Freiheit der Kritik an im Komitee vertretenen Positionen besitzt und daß die notwendigen politischen Diskussionen in solidarischer Art und Weise geführt und auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Daß dieses grundlegende Verstandnis, das die einzige Möglichkeit ist, dem Komitee eine breite Basis zu geben, nicht von allen an diesem ersten Treffen teilnehmenden Gruppen getragen wurde, zeigte sich bereits bei der allgemeinen Diskussion über die Grundlagen des Komitees. So erklärten sich die Vertreter der ASO mit allen Zielen des Komitees einverstanden, weigerten sich aber, zusammen mit der AKSA in ein und demselben Komitee zu arbeiten, da die AKSA „keine anerkannte Studentenorganisation sei". Diese Argumentation war aber bloß ein Vorwand, um den Widerspruch, in dem die ASO steckte, zu verschleiern. Denn einerseits unterstützte sie völlig die Losung des Selbstbestimmungsrechts für alle nationalen Minderheiten im arabischen Raum, während andererseits die Kurden im Irak ganz massiven Repressionen ausgesetzt sind und die ASO aber das irakische Regime unterstützt. Die AKSA forderte natürlich zurecht, daß die Losung des Selbstbestimmungsrechtes auch für die Kurden im Irak zu unterstützen sei. Aus diesem Widerspruch versuchte sich die ASO mit der obigen formalen Argumentation zu stehlen. Wie weit die Präpotenz der Vertreter der ASO gegenüber andersdenkenden arabischen Genossinnen und Genossen geht, zeigte sich, als sie der AKSA das Recht ihrer Existenz als Organisation bestritten, da per definitionem die „Arabische Studentenorganisation" die Vertretung aller arabischen Studenten in Österreich sei. Wenn sich hier die Vertreter der ASO als vehemente Anhänger des irakischen Regimes erwiesen, so versuchte der Vertreter des KSV das Komitee ultimativ auf die Linie der KPÖ einzuschwören. Grundlage des Komitees müsse eine „gemeinsame politische Position zur Situation im Nahen Osten und die Anerkennung der PLO als einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes" sein. Daß unter der „gemeinsamen politischen Posititon" sich die Position der Kremlbürokratie verbirgt und daß die „alleinige Anerkennung der PLO" alle diejenigen Strömungen des palästinensischen Widerstandes ausschließt, die in nicht unbeträchtlichem Maß am Kampf gegen Zionismus und Imperialismus teilnehmen und die nicht bereit sind, den Verrat Sadats und der Führung der PLO hinzunehmen, war bald allen teilnehmenden Genossinnen und Genossen klar. Als er merkte, daß er dem Komitee nicht die sektiererische Linie des KSV aufzwingen konnte, verstieg er sich in die Hornochserei, die IKL des „Sektierertums" zu bezichtigen.

Nachdem keine Einigung erzielt werden konnte, wurde vereinbart, die Diskussion über die Grundlagen des Komitees an Hand eines schriftlichen Entwurfs fortzusetzen. KSV und ASO zogen es jedoch vor, daran und an der weiteren Arbeit des Komitees nicht mehr teilzunehmen. Die Diskussion über die Plattform konnte am 8. Oktober abgeschlossen werden. Als nächste Aufgabe wurde die Durchführung einer Protestkundgebung gegen die politischen Prozesse in Ägypten (und den Sadat-Frieden) beschlossen. 176 Gefangenen aller politischen Schattierungen – angefangen von Nasseristen, über Mitglieder der KP bis zu Trotzkisten – droht eine Haftstrafe von 25 und mehr Jahren.
Bei der Aktionseinheitssitzung, zu der das Komitee alle anderen linken Organisationen eingeladen hatte, blieb der Vertreter des Komitees jedoch allein. Das Komitee und die IKL werden nun am 14. November diese Kundgebung organisieren und rufen alle Organisationen und unorganisierte Genossinnen und Genossen zur Teilnahme auf. Eine Veranstaltung in Salzburg wird vorbereitet. Im Weiteren wird das Komitee ein Bulletin unter dem Namen „Palästina" herausgeben, in dem neben Berichten über die politische Entwicklung im Nahen Osten auch die verschiedensten Positionen dazu diskutiert werden sollen. Die Schwerpunkte der ersten Ausgabe werden die Berichterstattung von den Prozessen, der politischen Repression in Ägypten und der Sadat-Frieden sein. Die nächste Ausgabe wird Palästina und der palästinensischen Revolution gewidmet sein. Die Vorbereitung dieser Ausgabe und die politische Diskussion über die Probleme der palästinensischen Revolution findet am Mittwoch, den 31. Oktober um 19.00 Uhr im Gewerkschaftshaus, 1040 Wien, Treitlstraße 4 statt.
Der nächste Komiteetreff:
Mittwoch, 7. November, um 19.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, 1040 Wien, Treitlstraße, 4. Stock 65a

PLATTFORM DES KOMITEES

Der arabische Raum ist seit Jahren eines der Zentren des internationalen Klassenkampfes. Der Kampf der Palästinenser gegen den Zionismus steht dabei zweifellos im Mittelpunkt. Sie, die in erster Frontlinie gegen den zionistischen Staat stehen, werden aber auch von reaktionären arabischen Regimes unterdrückt. Erinnert sei an die Niedermetzelung von 30.000 palästinensischen Kämpfern in Jordanien 1970 und an die blutige Bekämpfung der Palästinenser und der libanesischen Linken durch das syrische Regime im Libanon. Aber nicht nur in Palästina, sondern auch in anderen arabischen Ländern kämpfen die arabischen Massen immer wieder gegen ihre Unterdrükkung und Entrechtung durch reaktionäre arabische Regimes. Beispiele dafür sind der Kampf der Kurden im Irak, die Streiks der ägyptischen Arbeiter 1977, der Kampf der Gewerkschaften in Tunesien, etc.
Dies alles zeigt deutlich die Notwendigkeit der internationalen Solidarität mit den Kämpfen der arabischen Massen auf. Mit der Gründung des „Komitee zur Verteidigung der arabischen Revolution" wollen wir dem entsprechen. Wir wollen über die ständige Unterdrückung und den Widerstand dagegen berichten, materielle Hilfe leisten und zu den politischen Problemen dieses Kampfes eine Diskussion beginnen.
Die politischen Grundlagen des Komitees sind folgende:
Wir gehen bei unserer Arbeit davon aus, daß Israel in Verbindung mit anderen imperialistischen Ländern, v.a. den USA, den wesentlichen Faktor der Unterdrückung in diesem Raum darstellt. Alleine die Existenz Israels bedeutete und bedeutet den Tod von zehntausenden Palästinensern, nicht zu reden von der tagtäglichen Entrechtung – von der Existenz als Menschen zweiter Klasse innerhalb und dem Leben in Lagern unter menschenunwürdigen Bedingungen außerhalb Israels, dem 2,5 Millionen Palästinenser ausgesetzt sind. Jede Anerkennung dieses Staates, gleichgültig in welchen Grenzen, bedeutet, dies alles zu legitimieren und sich gegen den Kampf der Palästinenser um ihre Befreiung zu stellen. Wir treten demgegenüber für das volle SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER PALÄSTINENSER AUF IHREM GESAMTEN GEBIET ein und lehnen daher jede friedliche Regelung wie den Frieden zwischen Sadat und Begin ab.
Aber auch durch die raktionären arabischen Regimes wurden und werden sowohl die Palästinenser als auch die revolutionäre Bewegungen und die kämpfenden arabischen Massen im gesamten Gebiet unterdrückt:

- *Im Schwarzen September 1970 wurden 30.000 palästinensische Kämpfer vom jordanischen Regime hingemordet.*
- *1976 wurden im libanesischen Bürgerkrieg die Palästinenser gemeinsam mit der libanesischen Linken vom syrischen Regime blutig unterdrückt.*
- *Die Massenstreiks 1977 in Ägypten wurden vom Militär niedergeschlagen, die Repression gegen die Opposition verschärft und hunderte militante Arbeiter und Intellektuelle inhaftiert. Noch heute finden Prozesse gegen die Teilnehmer an diesen Streiks statt, in denen ihnen bis zu 25 Jahren Haft droht.*

Dies sind nur einige Beispiele. Unsere Solidarität mit den kämpfenden arabischen Massen richtet sich daher auch gegen die repressive Politik dieser Regimes. Wir treten für die Gewährung ALLER DEMOKRATISCHEN RECHTE in den arabischen Ländern ein:

- *Freiheit für alle politischen Gefangenen*
- *Rede- und Versammlungsfreiheit*
- *Freiheit der Organisierung und der Presse*
- *Streik- und Demonstrationsrecht etc.*

Ebenso wie die arabischen Massen im Kampf gegen Verelendung und Entrechtung von dem jeweiligen Regime unterdrückt werden, werden die nationalen Minderheiten unterdrückt. Das offentlichste Beispiel dafür ist die Unterdrückung · Kurden im Irak, in Iran, Syrien und der Türi. Trotz schärfster Repression (z.B. die Niedermetzelung tausender Kurden im Irak) kämpfen sie weiter gegen das irakische Regime um ihre Befreiung und stehen heute im Zentrum des Kampfes gegen die theokratische Diktatur in Iran.
Die Arbeiter und Bauern dieser Länder haben kein Interesse an der Unterdrückung des kurdischen Volkes. Im Gegenteil, ihr Interesse muß es sein, gemeinsam mit den Kurden gegen ihre gemeinsamen Unterdrücker, den Imperialismus und die reaktionären arabischen Regimes zu kämpfen. Voraussetzung für diese Einheit ist aber, daß die Kurden frei über ihr Schicksal entscheiden können! Deshalb treten wir für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden im Irak, in Iran, der Türkei und in Syrien ein!
SELBSTBESTIMMUNGSRECHT FÜR ALLE NATIONALEN MINDERHEITEN IM GESAMTEN ARABISCHEN RAUM!

Die verschiedenen arabischen Staaten bestehen innerhalb vom Imperialismus geschaffener Grenzen. Der Zweck dieser Teilung war und ist, die imperialistische Vorherrschaft, die Ausbeutung dieser Länder durch die imperialistischen Nationen aufrechterhalten zu können. Daher können auch die verschiedenen ökonomischen, sozialen und politischen Probleme der arabischen Länder, insbesonders die imperialistische Ausbeutung nur mittels der Schaffung eines einheitlichen arabischen Staates gelöst werden. Selbst die verschiedenen arabischen Regimes und die dahinterstehende nationale Bourgeoisie sprechen immer wieder von dieser Einheit – aber ihre ökonomischen und sozialen Privilegien sind ihnen immer wichtiger gewesen! SIE haben sie nie erreicht! Deshalb wird diese Einheit auch nur im Kampf gegen die eigenen Regimes im Zuge einer sozialistischen Revolution erreichbar sein!

Tony Benn's „Vollblütiger Sozialismus" — gültig bis zur nächsten Wahl?

Nicht nur die bürgerliche Presse Englands war zutiefst aufgewühlt über Vorgänge und Beschlüsse des vor kurzem in Brighton abgehaltenen Parteitages der Labour-Party. Bekam der ‚Daily-Expreß' angeblich „Nürnberger Parteitags-Geschmack" vermittelt, so standen ihm die bürgerlichen Blätter auf dem ‚Kontinent' in der Hetze und Demagogie um nichts nach. Doch noch mehr: Auch die österreichischen und deutschen ‚Genossen' Labours wußten nicht viel Gutes von diesem Parteitag zu berichten!

Der Ausgangspunkt dieses Parteitages war für die rechte Fraktion der Partei alles andere, als günstig. Angesichts der Wahlniederlage im Frühjahr und vor allem angesichts der massiven Bedrohung der sozialen und politischen Existenz des britischen Proletariats durch die Thatcher-Regierung, wächst in den Reihen der Arbeiterklasse der Wille, den bürgerlichen Angriffen entgegenzutreten. Ist Labour als Partei zwar mitgliederschwach (von der Struktur her, unterscheidet sich die Labour-Party wesentlich von SPÖ und SPD), so wirkt sich der Druck der Arbeiter, durch die enge organisatorische. Verbindung von Gewerkschaften und Partei, natürlich gegen die, bis jetzt wesentlich die Politik von Labour bestimmende Parlamentsfraktion und gegen den Parteivorsitzenden Callaghan aus.

So wie bei anderen sozialdemokratischen Parteien üblich, war auch bei Labour, Regierung und Parlamentsfraktion unabhängig von den Beschlüssen eines Parteitages, d. h. die sozialdemokratische Regierung war (ist) nicht bindend verpflichtet, die Parteitagsbeschlüsse in die Praxis umzusetzen. Der bürgerliche sozialdemokratische Apparat hatte sich durch diesen 'realpolitischen' Mechanismus vor einer etwaigen linken Parteitagsmehrheit geschützt. So wurde das Wahlprogramm der Labour-Party bisher allein von der rechts dominierten Parlamentsfraktion bestimmt (das Wahlmanifest ist bindend für Parlaments- und gegebenenfalls Regierungsmitglieder) und der Parteivorsitzende hatte darüberhinaus noch ein Vetorecht.

Die Wahlniederlage war der ausschlaggebende Punkt, an dem sich der Unmut über eine durch bürokratische Kniffe abgesicherte rechte Parteifraktion entzündete. Der Wunsch nach einer „Demokratisierung" der Partei wurde von der Labour-Linken aufgegriffen und der Parteitag in Brighton wurde zur ‚Stunde der Abrechnung'. So scheint es zumindest. Faktum ist, daß die beiden oben erwähnten Sicherungsmechanismen der ‚realpolitischen' rechten Politik gefallen sind. Das Wahlprogramm — wie gesagt, bindend für Parlamentsfraktion und Regierung — wird nun ausschließlich vom Parteivorstand bestimmt, das Vetorecht des Parteivorsitzenden ist gefallen. Darüberhinaus müssen Labour-Abgeordnete vor Neuwahlen von den Parteivorständen der betreffenden Wahlkreise bestätigt werden. Bis Brighton bedeutete einzig eine Wahlniederlage, der Tod oder der freiwillige Rücktritt das Ende einer bürokratischen Karriere.

Neben diesen Beschlüssen in Richtung „Demokratisierung" der Labour-Party, sei noch jener Beschluß erwähnt, der im Falle eines Labour-Wahlsieges eine entschädigungslose Verstaatlichung jener Betriebe vorsieht, die jetzt von den Torys reprivatisiert werden. Ein Beschluß, der natürlich Europas bürgerliche Presse vollends in die Raserei trieb.

Doch wie (fast) immer, sind die diversen Kommentatoren unfähig, diesen Parteitag politisch einzuordnen und so stellt er für sie nichts anderes dar, als einen vorläufigen Höhepunkt des ‚Machtkampfes' zwischen Rechts und Links, den in Brighton der ‚gefährliche Tony Benn' für sich entschieden hat. Ungenügend — wenngleich einen nicht unwesentlichen Teil der Wahrheit berührend — wäre es allerdings auch, die Offensive der Parteilinken allein als Manöver zu charakterisieren, mit dem die Kampfentschlossenheit des Proletariats aufgefangen und untergraben werden soll. Natürlich — Tony Benn wurde in Brighton nicht zum Revolutionär und die Labour-Party mit einem linken Anstrich nützt dem bürgerlichen Großbritannien heute mehr, als das abgenützte und ausgediente Callaghan-Profil der Partei. An sich gefährdet die „Demokratisierung" der Labour-Party natürlich keineswegs die bürgerliche Klassenherrschaft und selbst die radikalsten Forderungen und Ankündigungen aus sozialdemokratischen Mündern klingen aus den bequemen Sesseln der Minister-Büros stets ‚vernünftiger'. Das Moment, des dem Druck der Basis-Nachgebens, um ‚Schlimmeres' zu vermeiden, ist also ohne Zweifel ein wesentlicher Gesichtspunkt in Brighton gewesen. Aber — und dies darf die britische Linke keinen Augenblick übersehen — das Moment der Kampfbereitschaft der Arbeiter, ihr Wille, dem brutalen Feldzug der ‚eisernen Lady' entgegenzutreten, war ebenso anwesend in Brighton. Und sollten Revolutionäre ohnehin nicht die geringsten Illusionen in ‚linke' Sozialdemokraten haben, geschweige denn solche verbreiten, so sollten sie nun alles tun, um aus Tony Benns „Vollblütigen Sozialismus" den Strick für den britischen Kapitalismus und seine Labour-Party zu drehen.

Trotz aller radikalen Töne, konnte auch der Parteitag in Brighton nicht verbergen, daß die Parteilinke nicht gewillt ist, einen konsequenten Kampf zu führen. Abgesehen davon, daß der Parteitag es mehrheitlich ablehnte, eine Resolution zu Nord-Irland, welche den sofortigen Abzug der britischen Truppen forderte, auch nur zu diskutieren, erging es auch einer vorgelegten Resolution so, in der konkrete Kampfschritte gegen die Tory-Politik angegeben wurden. Angenommen wurde stattdessen eine Resolution, die nichtssagend und schwammig der Thatcher-Regierung ‚den Kampf' ansagte.

Gerade die Stellung zur Nord-Irland-Frage zeigt die Weigerung der Labour-Linken an, tatsächliche Kampfschritte zu setzen und vor allem wird das Unvermögen deutlich, dem Nationalismus der britischen Arbeiterklasse entgegenzuarbeiten. Unterstrichen wird dies noch durch die traditionelle Forderung nach dem Austritt aus der EWG. Als ob auch nur eines der Probleme der britischen Arbeiterklasse durch einen solchen Schritt gelöst werden könnte!

Wie ‚konsequent' Benn an der Verwirklichung der linken Labour-Politik zu arbeiten gedenkt, zeigte er auch durch seine Klagen über die bürgerliche Staatsbürokratie, die ihn als Energieminister offen sabotierte (was wir gerne glauben). Der Gedanke, daß allein eine Vernichtung der reaktionären Staatsbürokratie die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Veränderung eröffnet, war in Brighton natürlich nicht vertreten und die Hoffnung auf die ‚bessere Einsicht' der bürgerlichen Beamten, mag man mit einigem guten Willen, einzig als reformerische Spinnerei deuten.

So können etwas klügere bürgerliche Kommentatoren, denen der Schaum aus dem Mund nicht auch gleich das Gehirn verklebt hat, schon beruhigter in die Zukunft sehen. Indem etwa der ‚Spiegel' auf den traditionellen Rhythmus hinweist, der nach Wahlniederlagen stets eine Stärkung der Parteilinken brachte, kann er schlußfolgern: „Keines dieser programmatischen Ziele der Linken wurde je realisiert. Auch diesmal dürfte dem Sturmschritt der Linken nach der verheerenden Wahlniederlage vom Mai rechtzeitig vor den nächsten Wahlen wieder eine Offensive der Rechten folgen". Und hoffnungsvoll kündigt das Blatt an, daß „die in Brighton beschlossenen Änderungen ... vom Labour-Kongreß im nächsten Jahr erst noch bestätigt werden (müssen)".

So kann allein von den Beschlüssen des Labour-Parteitages ausgehend, noch nicht auf einen umfassenden Aufschwung der Klassenkämpfe auf der ‚Insel' geschlossen werden. Wenn es der ausserhalb Labours (und innerhalb der Partei arbeitenden) existierenden Linken nicht gelingt, die Unfähigkeit und nicht vorhandene Bereitschaft der reformistischen Linken, tatsächlich mit dem bürgerlichen Großbritannien zu brechen, mit den Erwartungen der Arbeiter und ihrem Kampfwillen zu konfrontieren, wenn Tony Benn und ‚Genossen' nicht gezwungen werden, in der Praxis des Klassenkampfes Farbe zu bekennen, wird sich das Spielchen fortsetzen und vor den nächsten Wahlen die ‚Realpolitik' der Labour-Party einen weiteren Triumph feiern.

Ist die „Demokratisierung" Labours natürlich ein positiver Aspekt, um Diskussionen und Auseinandersetzungen auszuweiten und voranzutreiben, so stellt die Forderung nach einer entschädigungslosen Verstaatlichung einen Anknüpfungspunkt dar, von dem es nicht allein zu sprechen gilt, sondern um den gekämpft werden muß. Und vor allem: Im Gegensatz zu Benn, der sein ‚Programm' natürlich auf Wahltermine fixiert, muß die britische Linke den von den Wahlen völlig unabhängigen Kampf vorantreiben. Gegen die Angriffe der Torys kann und muß gekämpft werden. Heute und nicht in der Art, wie es in Brighton geschah!

beiter 50 oder 52 ÖS Stundenlohn bekommt (Durchschnitt 45 ÖS), kommt ein Zeitnehmer und schraubt den Akkord in die Höhe. „Die (in der Geschäftsleitung) sind schlimmer als Blutegel, weil Blutegel fallen wenigstens ab, wenn sie genug haben. Doch die kriegen nie genug."

Nach 4 Stunden konzentrierter Arbeit gibt es Pause. Für 15 Minuten. Unbezahlt natürlich. Schlangen vor den Getränkeautomaten und den Klos, dann ein Hasten in den Aufenthaltsraum, um noch einen freien Stuhl er ergattern. Meist ist man zu müde für ein Gespräch, obwohl jetzt Zeit dafür wäre. Diese Pausen müssen selbstredend eingebracht werden. Jeden 4. Samstag arbeitet man demnach 5 1/4 Stunden gratis für die Firma Hämmerle. Und das ohne Pause.

Martin erhielt einen Bruttostundenlohn von 35 ÖS. Eine Kollegin, der zunächst 35 ÖS versprochen worden waren, erhielt dann nur 28 ÖS mit der lapidaren Bemerkung: „Wir brauchen eigentlich niemand mehr." Gleichzeitig hat sich Hämmerle jedoch beim Arbeitsamt um billige „Gastarbeiter" bemüht. Für viele gibt es überhaupt nur ein Auskommen, wenn sie Nachtschichten machen, da es dafür eine 30%ige steuerfreie Zulage gibt.

Die Nachtschicht beginnt und endet in der Dunkelheit. Hier ist es wohl am schwersten, seine Gedanken zu zügeln. Läßt man ihnen freien Lauf, so schwindet die Konzentration,und es gehen Akkordpunkte verloren. So kreisen sie immer wieder um ein belangloses Thema und werden durch die ständig notwendige Konzentration zerhackt. Singt einer ein Lied, so kommt er während der 4 Stunden Arbeitszeit kaum über die erste Strophe hinaus. Gelingt es, sich auf den Zählerstand zu konzentrieren, so beginnt bald ein regelrechter Konkurrenzkampf mit dem Nachbararbeiter. Die Zeit vergeht zwar schneller, doch man versucht bis zur letzten Runde des Laufkopfes, den anderen zu überbieten und ist letztlich in einem derartigen Streß, daß man wohl noch bereit wäre weiterzuarbeiten, nur um den anderen zu überbieten. Jeder gegen jeden.

Die Arbeiter sind in jeder Beziehung völlig abhängig von der Auftragslage. Da in letzter Zeit immer seltener gleiche Stoffmuster in großen Mengen bestellt wurden, nahm die Hektik immer mehr zu, vor allem in der Musterzettelei: Immer häufiger mußte auf- und abgesteckt, Gatter aus- und eingefahren werden. Bei Auftragslöchern gibt es weniger Arbeit und somit weniger Lohn, da die Akkorde nicht mehr erreicht werden können. Bei Konjunkturschwankungen werden die Arbeiter kurzerhand auf die Straße gesetzt. So wurde ein Meister gekündigt und nach Ablauf der Kündigungsfrist wieder als Hilfsmeister eingestellt – 20% Lohnverlust.

Einmal kam ein Betriebsleiter in die Werkshalle. Das macht er sonst nie. Aber diesmal kam er, um über „Beschwerden" zu diskutieren. Allerdings nahm er nur Lohnbeschwerden von Leuten entgegen, die ihren Lohnzettel mithatten. Das hatte natürlich kaum jemand.
Anfang 1979 hatte die Leitung angekündigt, die Firmenpension um 40% zu kürzen. Dagegen soll bei einem Schlußgehalt von monatlich 18.600ÖS die Firmenpension verdoppelt werden: Die Betreffenden haben sich bereits an einen Lebensstandard gewöhnt,und den beizubehalten, soll hiermit ermöglicht werden.
„Unsere Firma ist seit mehr als 140 Jahren stets besonders um ein gutes menschliches Arbeitsklima bemüht und für ihre weit über die gesetzlichen Verpflichtungen hinausgehenden sozialen Leistungen bekannt. Der soziale Friede war nie gefährdet. Das wird die Gewerkschaft ebenso wie unser Betriebsrat bestätigen." (Vorstand der Firma Hämmerle, ‚Kronen-Zeitung', 2. Juni 1979)

„Gastarbeiter"

„Nachtarbeiter sind eine nicht geschützte Minderheit. Gastarbeiter ebenfalls. Darum sind so viele Gastarbeiter Nachtarbeiter."

1977 waren in Vorarlberg 19.657 Gastarbeiter beschäftigt. Das liegt mit 17.8% (am Beschäftigungsstand) weit über dem österreichischen Durchschnitt von 7,2%. Besonders stark konzentriert waren sie in den Branchen Textil(34,04%) Metall (14,8%) und Bau (16,8%). Die Zahl der Arbeitsgenehmigungen für Ausländer wird bestimmt vom Druck der Unternehmer. So hat man durch lange Jahre beim Arbeitsamt buchstäblich um Gastarbeiter gebettelt. In den Jahren der Wirtschaftsrezession ist das Kontingent an ausländischen Beschäftigten jedoch sprunghaft gesunken.

Infolge der Sprachbarrieren durchschauen Ausländer ihre Tätigkeit noch viel weniger als österreichische Arbeiter. Manche wissen gar nicht, ob ihre Anlernzeit schon vorbei ist und sie schon im Akkord arbeiten. Die Nachtschicht ist für Gastarbeiter die einzige Möglichkeit, im Monat auf einen Verdienst von 6.000 ÖS zu kommen. Diese Leute haben kaum je genug Schlaf, da sich der Organismus nicht ständig auf veränderte Bedingungen einstellen kann. Da sie während des Tages schlafen müssen, sind sie nicht nur ständig durch den Straßenlärm gestört (Gastarbeiterunterkünfte liegen ja bekanntlich nicht in ruhigen Villenvierteln), sondern verlieren auch vollends den Kontakt zur Umwelt. Manchmal schlafen 4-6 Kollegen in einem Raum. Da gibt es immer einen, der gerade von der Schicht kommt oder zur Arbeit geht. Auf diese Weise hat keiner Ruhe.

Zahltag ist der 15. des Folgemonats. So nimmt sich Hämmerle monatlich bei seinen Arbeitern ein zinsenloses Darlehen in Millionenhöhe. Außerdem können sich viele nach dieser Zeitspanne gar nicht mehr an ihr Arbeitspensum im Vormonat erinnern. Davon abgesehen sind die Lohnstreifen so unübersichtlich, daß sie mit ihren 116 Spalten und unzähligen Abkürzungen für österreichische Arbeiter ebenso wie für die ausländischen ein Rätsel darstellen.
Eine Jugoslawin ist verzweifelt. Trotz Überstunden und Akkord kommt sie nur auf 4.780 ÖS. Wie soll sie das ihrem Mann erklären? Die Situation der Gastarbeiterinnen ist die schwerste unter allen Beschäftigten. Abgesehen davon, daß sie im Normalfall nebenbei einen Haushalt zu tragen haben, wird ihre Arbeit von den eigenen Männern kaum gewürdigt: „Weiber arbeiten nix." In den seltensten Fällen hat sich eine Jugoslawin oder Türkin selbst für das Leben im Ausland entschieden, sondern mußte ihrem Mann folgen. Eine Frau, die schon in der Familie daran gewöhnt ist, sich unterzuordnen, ist im Sinne der Unternehmer für stumpfsinnige Arbeit im Akkord bestens geeignet. Rivalität am Arbeitsplatz zwischen männlichen und weiblichen Gastarbeitern besteht ebenso wie zwischen Jugoslawen und Türken, und zwischen Ausländern und Einheimischen. Erschreckend viele junge türkische Arbeiter kompensieren ihre berufliche Unzufriedenheit, indem sie sich einer der neofaschistischen Gruppierungen (wie etwa den „Grauen Wölfen") anschließen.

Wohnen bei Hämmerle

Die gesetzlichen Vorschriften für Gastarbeiterunterkünfte sehen vor: pro Person eine Bodenfläche von 4 m2 und einen Luftraum von 10 m3 (der Löwenkäfig im Tiergarten ist größer). „Legal ist also, 50 Gastarbeiter über einer Fabrikshalle in Vierbettzimmern unterzubringen, auch wenn das Massenquartier nur über 2 Waschräume mit je 2 (!) Duschen verfügt. Kostenpunkt 700 ÖS pro Monat pro Gastarbeiter."

Für Werkswohnungen – egal ob in einem Neubau oder abbruchreif – werden eine Art Ablöse 100 ÖS/m2 verlangt, die bei Auflösung des Mietverhältnisses selbstredend verfällt. Wird also ein Arbeiter gekündigt, verliert er gleichzeitig sein Dach überm Kopf. Viele der Wohnungen mußten bei einer Kontrolle des Landesarbeitsamtes Vorarlberg beanstandet werden.

Die Mieten für Werkswohnungen sind gestaffelt. Für nicht berufstätige Ehefrauen und schulpflichtige Kinder werden je 10% Mietzuschuß gewährt. Allerdings erhöht sich die Miete um 30%, wenn eines der ausgelernten Kinder nicht bei Hämmerle arbeitet. Das ist vor allem dann ein Hohn, wenn aufgrund der Arbeitsmarktsituation niemand mehr aufgenommen wird (wie 1974/75).

„Zu den Werkswohnungen muß aus der Sicht des Betriebsrates gesagt werden: Es ist eine große soziale Leistung, wenn eine Firma 583 Werkswohnungen an ihre Mitarbeiter vergeben kann." (Zentralbetriebsrat bei Hämmerle, ‚Kronen-Zeitung', 2. Juni 1979)

„Betrifft: Ihre Krankenstände im Jahr..."

Ein Plakat: „Vorsicht! Ihr erster Unfall kann Ihr letzter sein!" – Wer die Maschinen noch nicht gut kennt, ist in ständiger Angst vor Verletzungen. „Schnell! gerade in dem Augenblick, da man eine fertige Spule abnimmt oder eine neue Spule aufzieht, der benachbarte eiserne Spulenträger aus der Maschine, ‚wird deine Hand ganz weiß und fängt höllisch an zu bluten. Deine Haut kannst du dir dann von der Spule herunterschälen'. Ich frage Frau Mäser, wie oft das vorkommt. ‚Ach', lacht sie, ‚das ist hier jedem schon zehnmal passiert'."

Wer in der Weberei arbeitet, ist ständig einem ohrenbetäubenden Lärm ausgesetzt. Die Phon-Zahl der Maschinenlautstärke entspricht der eines Preßluftbohrers. Gehörschutz nützt kaum etwas. Außerdem fordert das Material eine gewisse Luftfeuchtigkeit. Ununterbrochen wird Wasser in der Luft zerstäubt. Entsteht ein leichter Luftzug, ist man gleich verkühlt.

Viele der Kollegen in der Nachtschicht sind kaum älter als 28 Jahre. Aber sie leiden bereits an chronischen Kopfschmerzen, Nervosität und Magenentzündung. Wenn es die Aufträge erfordern, werden sogar Minderjährige zu Nachtarbeiten aufgefordert. So mußte eine 16jährige zwischen 13.00 Uhr und 1.00 Uhr nachts mit nur 15 Minuten unbezahlter Pause auskommen. Im Interesse des Profits wird eben leichtfüßig über Bestimmungen hinweggestiegen. Manche Arbeiter schuften sogar in Doppelschichten (Durcharbeit von 16 Stunden).

Diese hohen Arbeitsanforderungen, gepaart mit der unverantwortlich kurzen Pausenzeit,bewirken eine hohe Krankheitsanfälligkeit. „Arbeiten, die mit Lärm, Schmutz und Eintönigkeit verbunden sind, gibt es ebenso wie Schichtarbeit weltweit in allen Ländern aller Gesellschaftssysteme. Eine einzelne Firma kann es nicht ändern, auch wenn sie wollte." (Vorstand der Firma Hämmerle, ‚Kronen-Zeitung', 2. Juni 1979)

Wie besorgt sich die Firmenleitung um kranke Arbeitnehmer bemüht, zeigt nachstehender Brief.



fmhämmerle

F. M. Hämmerle Textilwerke Aktiengesellschaft

A-6850 Dornbirn, Austria

Frau
[redacted]
6850 Dornbirn

Betrifft: Ihre Krankenstände im Jahr [redacted]

Bei der Durchsicht Ihrer Personalkarte mußten wir feststellen, daß Sie in diesem Kalenderjahr folgende Krankenstände aufweisen:

krk.
krk.
krk.
krk. [redacted]

Die Häufigkeit bzw. das Ausmaß der Krankenstände übersteigen das normale durchschnittliche Maß sehr stark.

Wir werden in Zukunft darauf achten müssen, ob Ihre Gesundheit durch Ihre Tätigkeit in unserer Firma gefährdet ist. Sollte die Tätigkeit für Sie zu anstrengend und damit gesundheitsschädlich sein, so wären wir genötigt, in Ihrem Interesse das Dienstverhältnis aufzulösen oder für Sie einen anderen Arbeitsplatz zu finden, der Ihnen eine leichtere Tätigkeit bietet, aber auch nicht so gut dotiert ist.

Sollten jedoch diese Krankenstände nicht echt sein, dann ist auch unsere Sorge um Ihre Gesundheit nicht gerechtfertigt. In einem solchen Falle müssen wir Sie ersuchen, mehr Rücksicht auf Ihre Arbeitskollegen zu nehmen, deren Geld Sie im "Krankheitsfalle" verbrauchen und durch Ihre Abwesenheit in ihren gerechtfertigten Ansprüchen auf Urlaub Ihretwegen vielleicht verzichten müssen. Außerdem legen wir Wert auf Mitarbeiter mit hoher Arbeitsmoral und Verantwortungsbewußtsein der Gemeinschaft gegenüber.

Hochachtungsvoll

F. M. HÄMMERLE
Textilwerke Aktiengesellschaft

ppa.

** Von diesem Brief steht mir nur ein Durchschlag zur Verfügung. Der Anschaulichkeit halber wurde der Briefkopf dazukopiert.

permanente revolution
FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV. INTERNATIONALE !
Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

„Sozialpartnerschaft" konkret!

Unzählige Male konnte man es schon von der Sozialdemokratie vernehmen: „Die Arbeitswelt muß humaner werden." Vor allem vor Wahlen bemühen sich die diversen SP-Bürokraten – mit Worten – ihrer ‚Überzeugung' Ausdruck zu verleihen, daß die schlimmen Zustände in den Fabriken gebessert werden müßten.

Der Bericht über die „Arbeitswelt" bei Hämmerle zeigt auf, was hinter diesen frommen Phrasen steht. Eine Realität, in der Menschen um des Profits wegen brutal ausgebeutet und erniedrigt werden; eine Realität, die es den Betroffenen verunmöglicht, sich nach der Arbeit in der Fabrik geistig zu entwickeln und Mensch zu sein, weil der Sinn, den ihnen dieses gesellschaftliche System zugeordnet hat, einzig im gekettet-sein an die Maschine besteht.

Doch Hämmerle ist überall. Und überall gibt es jene „Betriebsräte", die das muntere Treiben der Kapitalisten – im „Interesse der Gesamtwirtschaft" versteht sich – unterstützen und absichern.

Diese Zustände der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, lassen sich auch nur durch den Kampf mit allen Mitteln gegen jene verändern, die von der tagtäglichen Entmenschlichung des Menschen profitieren. Keine Reden und keine Gesetze werden an diesen Zuständen jemals etwas verändern. Und gerade darum kann und wird die Sozialdemokratie niemals dagegen kämpfen. Weil „Partnerschaft" mit den Kapitalisten und Änderung des Bestehenden einander ausschließen, weil SP- und ÖGB-Führung mit hunderttausenden Fäden an diese Ordnung gebunden sind und von ihr profitieren.

Sie sind Teil jener Zustände bei Hämmerle. Und gerade darum werden die Arbeiter ihr Schicksal nur ändern können, wenn sie den Kampf gegen alle tragenden Säulen des Systems richten, welches ihre Existenz zu einem Bestandteil der Maschine degradiert!

„Moderne Maschinen werden von ebenso modernen Leuten bedient. Gesichter und Bewegungen der Männer und Mädchen sind gelöst, unverkrampft, sogar heiter. So stehen, sitzen und schlendern nur Menschen, die unbeschwert und ohne Druck von oben ihre Tätigkeit verrichten. Ist hier nicht wirklich das Schlagwort von der ‚Freude des Schaffens' erlaubt? " – Diese jeglicher Realität Hohn sprechenden Worte stammen aus einer Festschrift der Firma F.M. Hämmerle.

Hämmerle ist Österreichs größtes Textilunternehmen. Die in Dornbirn angesiedelte Fabrik beeinflußt nicht nur die Wirtschaft Vorarlbergs, sondern die des Großraumes Bodenseegebiet. Hans Peter Martin hat – ähnlich wie Günther Wallraff in seinen „Industrie-Reportagen" – ein recht genaues Bild über die Arbeitsbedingungen, die Beschäftigungs- und Lohnsituation bei Hämmerle in seinem Buch „Nachtschicht" (Sensen-Verlag, Wien 1979) zusammengefaßt, nachdem er dort selbst einige Monate als angelernter Arbeiter an der Maschine gestanden hatte.

Hämmerle und die wirtschaftliche Situation in Vorarlberg

Im Großraum Bodensee ist vor allem die Textilbranche auffallend stark konzentriert. So ist im ‚Ländle' jeder 5. Arbeiter in der Textilindustrie beschäftigt. Während Vorarlberg 1971 nur 5,2% der Nettoproduktion Österreichs erstellte, entstanden doch 37% der gesamtösterreichischen Nettoproduktion der Textilindustrie in diesem Bundesland. Obwohl die Vorarlberger Industriearbeiter 1965 noch zu den Spitzenverdienern – im Vergleich mit ihren Kollegen in den übrigen Bundesländern – gezählt haben, lagen sie schon 1978 mit einem Stundenlohn von 45,78 ÖS weit unter dem gesamtösterreichischen Schnitt (49,86 ÖS). Damit steht Vorarlberg im Bundesländervergleich an zweitletzter Stelle. Während der Einkommensrückgang bei Industriearbeitern immer deutlicher wird, steigt hingegen der prozentuelle Rohertrag der Vorarlberger Industrie laufend (35,2% gegenüber einem gesamtösterreichischen Schnitt von 28,3%).

„Die Vorarlberger Industrie zahlt ihren Akkordarbeitern die mit Abstand höchsten Stundenlöhne Österreichs. Mit durchschnittlich 72 ÖS liegen diese Löhne mehr als zehn Prozent über Wien, wo die zweithöchsten Löhne dieser Art gezahlt werden." („Neue Vorarlberger Tageszeitung", 2.Oktober 1978) – Tatsächlich erhalten aber nur etwa 300 hochqualifizierte Fabrikarbeiter in Vorarlberg 72 ÖS Stundenlohn. Arbeiter, die bereits lange Jahre bei Hämmerle angestellt sind, verdienen im Akkord höchstens 42-45 ÖS. Männliche Nachtschichtarbeiter erreichen im Akkord etwa 55 ÖS brutto. Aber das sind schon Spitzenverdienste und nicht die Regel.

Im Oberdorf, einem Teil Dornbirns, liegt das größte Textilunternehmen Österreichs. 2.400 Beschäftigte arbeiten bei Hämmerle, weitere 2.000 bei Herrburger und Rhomberg und F.M. Rhomberg (Eigentümer mit dem Hämmerle-Clan verwandt). Da das Gesamtvermögen im Zuge der Wirtschaftsrezession stetig sinkt (zwischen 1970 und 1978 um 28,5%), ist auch die Arbeitsplatzsicherung in zunehmendem Maße gefährdet. 1974/75 wurde überhaupt ein Aufnahmestopp durchgeführt.

"...um ein gutes menschliches Arbeitsklima bemüht"

Martin wird zunächst in der Schärerei eingesetzt. Hier muß er nach einem vorgebenen Code verschiedenfarbige Spulen auf ein eisernes Gatter stecken. Die Instruktorin, die ihn eigentlich anlernen sollte, erklärt ihm nur das Allernotwendigste. Fehlermöglichkeiten erkennt man erst, wenn sie einem schon passiert sind. Kaum einer der Arbeiter – auch nicht die, die schon lange hier arbeiten – durchschaut die Zusammenhänge seiner Tätigkeit. Daß darin ein System steckt, wird klar, wenn man merkt, daß man für diverse Tätigkeiten wie das Ein- und Ausfahren der Gatter eigentlich Akkordpunkte hätte notieren können. Einmal entdeckte eine Arbeitskollegin eine beschädigte Spule. „Gib's in den Behälter zurück", verlangte die Ausbildnerin von ihr. Als sie zufällig nach einem Arbeitsgang einen Blick in den Behälter warf, war die fehlerhafte Spule verschwunden. Am nächsten Morgen bemerkte Angelika, daß ihrer Instruktorin am Vortag 25 ÖS Prämie zuerkannt worden waren. Erst viel später erfuhr Angelika, daß für eine Spule mit Doppelfaden 25 ÖS Prämie verrechnet werden.

Hier in der Spulerei stehen Maschinen, in die man Papierhülsen (Köpse) einlegen muß. 68 Löcher sind mit Köpsen zu füllen, ehe der Laufkopf um die Maschine kreist und die Hülsen in die Maschine zieht. „Der gnadenlose Lärm der rasenden Spulen versetzt meinen Körper in einen dauernden Alarmzustand". Bei größter Anstrengung schafft Martin nur 40 von den 68 zu füllenden Löchern. „Schneller, schneller, weiter, weiter – sonst verdienst du nix!" – „In acht Stunden legt jeder Arbeiter mehr als 6.000 Köpse ein, in einer Woche mehr als 30.000, in einem Monat zwischen 130.000 und 150.000. Mengen, die man zwar spürt, aber nicht sieht, weil die Garnfahrer unaufhörlich neue Köpse herankarren und die Wagen hinter den Maschinen sofort wegziehehn, sobald die Behälter mit fertigen Spulen gefüllt sind. Obwohl ich dauernd in Bewegung bin, ändert sich nichts. Nicht einmal die Farbe des Garns."

Hier arbeitet jeder gegen jeden.
Die Arbeiter hinter den Maschinen sind zum Beispiel unmittelbar abhängig von den Garnfahrern (die bringen halbfertige Produkte zur Weiterverarbeitung). Läßt sich ein Garnfahrer zu viel Zeit, so hat der Arbeiter einen Leerlauf und verliert wertvolle Akkordpunkte. Beschwert sich der Arbeiter beim Meister, so rächt sich der Garnfahrer bei nächster Gelegenheit: Er bringt Behälter mit fingerdicker Staubschicht, die der Arbeiter erst säubern muß, bevor er mit seiner eigentlichen Tätigkeit beginnen kann.

Martin muß über 400 Fäden durchreißen. Mit der Hand. Ein Vorgang, der sich täglich zehnmal wiederholt. Er bittet die Instruktorin um eine Schere. „‚Was? Eine Schere? ' brauste da Frau Galehr auf. ‚Bei diesen dünnen Fäden; das wär ja noch schöner!' Dünn sind die Fäden, das stimmt schon, aber das Material spielt doch eine große Rolle. Manche Fadensorten schneiden nämlich wie Rasiermesser in die Haut, wenn man sie gebüschelt abzureißen versucht."
Die besten Wachhunde in den Werkshallen sind wohl jene Arbeiter, denen die Unternehmer Privilegien eingeräumt haben, die sich über ihre Kollegen erhaben, ihrer Klasse entrückt fühlen. Die Werkmeister sind unmittelbar daran interessiert, die Arbeiter anzutreiben. Je mehr die Leute an den Maschinen arbeiten, desto höher ist die Prämie, die der Meister erhält. – Jeder Arbeiter wird von seinem Meister benotet. Das heißt, die Akkordpunkte können bei „williger" Arbeitshaltung um ein geringes hinaufgesetzt, im anderen Fall auch herabgesetzt werden. Ein Punkt Abzug bedeutet: ein Monat lang für jede Arbeitsstunde um 40g weniger Lohn.

Zu Gesprächen mit Kollegen kommt es nur, wenn die Maschine einen Defekt hat und abgeschalten werden muß. Die Zeit jedoch, in der der Arbeiter herumsteht und zuwartet, wird selbstredend nicht vergütet. Lohn gibt es nur für Leistung. Und die wird mit einem Zähler gepunktet (Zähler gehen permanent falsch und betrügen die Arbeiter auf diese Weise um ihren Lohn). Bis vor 25 Jahren gab es bei Hämmerle noch keine Punktezähler. Die Arbeit war damals zwar um nichts stumpfsinniger als heute, aber man konnte doch miteinander plaudern und hin und wieder eine Zigarettenpause einlegen. Jetzt geht es nur mehr darum, die Kraft der Arbeiter bis zum letzten auszubeuten. Die Akkorde sind meist so hoch angesetzt, daß man sie nur mit äußerster Anstrengung erreichen kann. Und dabei stundenlanges Stehen am gleichen Platz. Sobald ein Ar-

Fortsetzung auf Seite 23